



10. Heft | 21. Mai 1914

OTTO JÄRTE · DIE POLITISCHE KRISE UND DIE REICHTAGSWAHLEN 1914 IN SCHWEDEN

NACH jahrelangen mühevollen Kämpfen, die in den Sozialistischen Monatsheften von berufener Hand geschildert worden sind,¹⁾ wurde in den Jahren 1907 bis 1909 das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer in Schweden zum Gesetz erhoben. Die Frage wurde nicht von denen zur Lösung gebracht, die ihr den Anstoß gegeben hatten: von der liberalen und der sozialdemokratischen Partei, sondern von den Konservativen, die aus Furcht vor einer Verschärfung der radikaldemokratischen Forderungen schnell eine Entscheidung nach ihrem Rezept herbeizuführen wünschten. Dadurch wurde die große Reform mit allerlei kleinlichen *Garantien* gespickt, die eine demokratische Überflutung des Parlaments verhindern sollten. Sollte den Parteien der Linken dabei der Appetit nicht vergehen, so mußten ihnen auf anderen Gebieten wichtige Zugeständnisse gemacht werden. So wurden ihnen als Zukost angeboten: eine Reform des Gemeindewahlrechts, die einer Demokratisierung der Ersten Kammer gleichkam, da diese von den Vertretern der Gemeinden gewählt wird, Diäten für diese Kammer und Proportionalwahlen für alle öffentlichen Körperschaften. Somit ist der lange Widerstand gegen eine zeitgemäße Reform des Wahlrechts zur Zweiten Kammer der konservativen Partei ziemlich teuer zu stehen gekommen.

Im Jahr 1911 wurde das neue Wahlrecht zur Zweiten Kammer erprobt. Die konservativen Schutzvorrichtungen erreichten insofern ihren Zweck, als von 1 349 207 Männern über 24 Jahren 282 944 oder 21 % ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten; die Mehrzahl unter ihnen war über die Bedingung der 3jährigen Steuerzahlung gestolpert. Die Parteien der Linken erfochten jedoch einen glänzenden Sieg. Bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich nur 57 % waren die Stimmen- und Mandatszahlen für die drei Parteien (die einzigen, die es in Schweden gibt, da der Proporz keine kleinen Fraktionchen aufkommen läßt) die folgenden:

Partei	Stimmen		Mandate	
	1911	1908	1911	1908
Freisinn	242 795	121 308	102	103
Rechte	188 747	130 037	65	92
Sozialdemokratie	172 980	55 110	64	35

¹⁾ Siehe Branting Die Generalstreikprobe in Schweden, ferner Schweden vor einer neuen Stimmrechtskampagne und Die liberale Episode im schwedischen Wahlrechtskampf, in den Sozialistischen Monatsheften, 1902, 1. Band, pag. 420 ff., 1904, 2. Band, pag. 617 ff., und 1905, 2. Band, pag. 657 ff.

Dieser kräftige Ruck nach links unter den großen Wählermassen machte den stärksten Eindruck und wurde selbst von der Rechten als ein politischer Erdbeben richtig eingeschätzt. Nunmehr war freie Bahn für einen neuen Kurs in der schwedischen Politik geschaffen. Die unmittelbare Folge des Wahlsiegs mußte ein Regierungswechsel sein. Das konservative Ministerium Lindman reichte seine Demission ein und soll dabei dem König den Rat gegeben haben sich an den Führer der liberalen Partei, Karl Staaff, zu wenden, um ein lebensfähiges Kabinett zu gewinnen. Jedenfalls wurde Herr Staaff eine Woche nach den Wahlen vom König beauftragt ein neues Kabinett zu bilden. Der König hatte damit ohne den leisesten Widerspruch den Kernpunkt im Wahlprogramm der Linken gutgeheißen: die Forderung eines demokratischen Parlamentarismus, nach dem die Regierungsgewalt der Majorität der Zweiten Kammer zusteht. Dazu kamen noch die äußerst scharfen Bedingungen des liberalen Parteiführers: sofortige Auflösung der Ersten Kammer, um so das oben erwähnte neue demokratische Wahlrecht ausnutzen zu können, Berufung von Nichtmilitärs als Kriegs- respektive Marineminister und vor allem Aufforderung an die sozialdemokratische Partei sich mit 3 Mitgliedern am Kabinett zu beteiligen. Sogar gegen diese letzte Forderung lehnte sich die konservative Partei, die zunächst von den furchtbaren Nackenschlägen bei den Wahlen betäubt war, nicht auf, sondern nahm sie als eine unentrinnbare Prüfung des Himmels hin. Diese Prüfung wurde ihr aber erspart, da die Sozialdemokratie es ablehnte bei der Bildung des Kabinetts mitzuwirken, dies vielmehr den Liberalen allein überließ.



IT tausend Masten schiffte sich die schwedische bürgerliche Demokratie Anfang Oktober 1911 ein, um den Staat nach dem Willen der Volksmehrheit zu lenken. Nicht die Vorteile der Besitzenden sollten weiterhin der Leitstern der Politik sein sondern die Bedürfnisse der großen Massen. Die Ziele, die sich die liberale Politik für die nächste Zukunft gesteckt hatte, waren eine durchgreifende Revision der schwedischen Wehrverfassung, die allgemein als zu drückend empfunden wurde, und eine energische Sozialpolitik zum Ausgleich der sozialen Gegensätze. Schon während der Wahlkampagne hatte Staaff auf der Plattform dieses Programms die Sozialdemokratie zu einem »fruchtbringenden Zusammenwirken« aufgefordert. Die Wahlkämpfe der vorhergehenden Jahre hatten die beiden Parteien der Linken gemeinsam gegen die Rechte geführt. Sie taten das nach der strategischen Formel »Getrennt marschieren, vereint schlagen«. Das getrennte Marschieren wurde ihnen dadurch erleichtert, daß der Proporz alle Reibereien bei den Wahlen ausschließt. Auch als dann die Sozialdemokratie sich weigerte eine Blockregierung zu bilden, wurden damit die Brücken zwischen den beiden Parteien keineswegs abgebrochen. Die Sozialdemokratie erklärte sich auch für die Zukunft bereit die neue Regierung zu unterstützen, unter der einzigen Bedingung, daß diese ihr liberales Programm mit aller Kraft zu verwirklichen strebe. Hjalmar Branting erklärte ausdrücklich: »Die Stellung der Sozialdemokratie den Liberalen gegenüber bleibt wohlwollend abwartend.« Tatsächlich hatte also Herr Staaff einen starken Block der Linken hinter sich, und seine Regierung schien parlamentarisch auf Jahre hinaus gesichert. Aus dem tadellosen Benehmen des Königs während der Ministerkrise wurde

ganz allgemein der Schluß gezogen, daß auch er sich mit dem unaufhalt-samen Gang der Geschehnisse schließlich abgefunden hätte.

Indes, es sollte anders kommen. Der Träger der Krone zeigte sich bald gar nicht geneigt die unpersönliche Existenz eines rein parlamentarischen Monarchen zu führen. Kaum waren die Flitterwochen des neuen Regimes vorüber, als sich der Eigenwille des Königs kundgab. Er hatte seine Zustimmung zu Staaffs oben genannten Bedingungen gegeben. Als aber Herr Staaff ihm das Programm der neuen Regierung in der Landesverteidigungsfrage unterbreitete, verließ ihn doch der Gleichmut.

Im Volk war die Ansicht verbreitet, daß die Militärlasten zu drückend seien. Tatsächlich hatte Schweden im Vergleich zu den übrigen Kleinstaaten, die Balkanstaaten vielleicht ausgenommen, das relativ höchste Militärbudget: 80 Millionen Kronen von 240 Millionen Gesamtausgaben. Trotzdem hielten alle militärischen Sachverständigen diese Opfer noch für ungenügend und erklärten, Armee und Flotte seien mangelhaft ausgebildet und gerüstet. Die letzte Wehrvorlage im Jahr 1901 sollte ihren Zweck teilweise verfehlt haben, weil die Zweite Kammer, in der damals die konservative Bauernpartei ausschlaggebend war, aus Sparsamkeit zu viel von den militärischen Forderungen abgehandelt hätte. Schon das erste Ministerium Staaff erkannte, daß hier mehr Planmäßigkeit herrschen müsse, und stellte eine durchgreifende Revision in Aussicht. Bevor es seinen Plan verwirklichen konnte, wurde es von der Rechten gestürzt. Admiral Lindman, der neue konservative Regierungschef, nahm den Gedanken wieder auf, paßte ihn aber seinen Zielen an. Er setzte im Jahr 1907 ein großes Komitee zur Untersuchung der Wehrfrage ein, spickte es jedoch mit so vielen konservativen Politikern und höheren Militärs, daß eine vcrurteilslose Prüfung unmöglich schien. Um die Unparteilichkeit nach außen zu wahren, wurde Herr Staaff mit einigen liberalen Abgeordneten und ebenso Genosse Branting zum Beitritt in das Komitee aufgefordert. Branting weigerte sich aus dem eben angedeuteten Grund der Einladung Folge zu leisten; die Liberalen dagegen nahmen an.

Die Haltung der Sozialdemokratie wurde natürlich von den bürgerlichen Parteien als eine intransigente Stellungnahme in der Wehrfrage selbst aufgefaßt und getadelt. Das aber war durchaus unrichtig. Bald darauf fand die Partei auch Gelegenheit zu zeigen, daß sie nicht versagte, wenn es galt ernsthafte Militärreformen zu verwirklichen. Im Jahr 1908 hatte sich nämlich das Ministerium Lindman genötigt gesehen den Parteien der Linken wiederum Konzessionen zu machen. Es griff in der Form der Einrichtung einer permanenten Zivilkommission die alte demokratische Idee einer permanenten Kontrolle der Militärverwaltung durch Nichtmilitärs auf. Diese Kommission besteht aus einigen Abgeordneten der verschiedenen Parteien und Kanzlei-beamten und hat ziemlich weitgehende Befugnisse; sie hat überall in das Wirtschaftsgetriebe der Armee und der Flotte einzugreifen, um Kritik zu üben, und kann auch auf eine Anzeige hin Übergriffe gegen die unteren Chargen beanstanden. Diese Aufsicht des Reichstags über die Militärverwaltung hat sich sehr gut bewährt und soll tatsächlich dort einen neuen Geist der Sparsamkeit und der Planmäßigkeit im täglichen Betrieb großgezogen haben. Alte pensionierte Generale, die auch in Schweden die Übermilitaristen spielen, poltern freilich in den Zeitungen gegen diese *Konvetskommisssare*. In dieser Kommission sitzt auch ein Sozialdemokrat, Genosse F. W. Thorsson,

ein langjähriges Mitglied der Budgetkommission des Reichstags, der mit Zustimmung des Parteivorstands und sehr zum Ärger unserer *Radikalen* in diese Zivilkommission eintrat. Das Schicksal des Landesverteidigungskomitees von 1907 hat übrigens Branting recht gegeben. Infolge der Unmöglichkeit mit der militaristischen Mehrheit zusammenzuwirken sind die liberalen Mitglieder im Sommer 1910 ausgeschieden, und das Komitee wurde dadurch gesprengt. Das einzige, was die konservative Regierung aus diesem Schiffbruch ihrer Wehrpolitik zu retten suchte, war der Plan eine Flotte von Miniaturdreadnoughts zu bauen. Der Anfang sollte im Frühjahr 1911 gemacht werden, als noch die Rechte über die Majorität der gemeinsamen Votierung in Budgetfragen verfügte. Gegen die Mehrheit der Zweiten Kammer wurde auch der Bau eines Panzerschiffs von 7000 Tonnen (die alten schwedischen Küstenpanzer haben 3- bis 4000 Tonnen Gehalt) durchgepeitscht. Dies gab Anlaß zu lebhaften Debatten in der Wehrfrage. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einigte sich schon damals über ein positives Programm in der Landesverteidigungsfrage und reichte einen entsprechenden Antrag ein. Es wurde darin eine Wehrorganisation skizziert, die eine Ermäßigung der Lasten von 80 auf 60 Millionen Kronen jährlich und eine Herabsetzung der Dienstzeit bei der Infanterie von 8 Monaten auf 6 ermöglichte. Bei der Beratung dieses Antrags mußten die bürgerlichen Parteien Farbe bekennen. Der Freisinn hielt an seiner Forderung einer durchgreifenden Revision des ganzen Militärsystems fest; die Rechte aber wollte auf dem bisherigen Weg fortfahren. Mit diesem Programm traten die Parteien im Sommer 1911 vor die Wähler des allgemeinen Stimmrechts. Ich berichtete oben schon, welche Niederlage die Rechte dabei erlitt. Dann kamen die Liberalen an die Reihe, um das große Problem anzupacken. Herr Staaff hatte sich den Gang der Prüfung der Wehrfrage, wie er sie versprochen hatte, so gedacht: Einsetzung einer großen parlamentarischen Untersuchungskommission, die unter der Leitung der Regierung arbeiten würde, und zwar in 4 Sektionen (für die Kostenfrage, die Marine, für Ersparnisse und für Übungszeit); Militärs sollten nur als Hilfsarbeiter fungieren, der ungetrübte Laienverstand sich nach fleißigem Studium selbständig ein Urteil bilden. Es sollte auch geprüft werden, welcher Panzerschiffstypus der geeignetste für unsern Küstenschutz sei. (Diese Prüfung hatte zur Voraussetzung, daß der beschlossene Bau eines Panzerschiffs sistiert wurde.) Dieses Programm für die Lösung der Wehrfrage wurde im November 1911 von Herrn Staaff dem König unterbreitet. Gustaf V. erschrak zwar darüber, welche Opfer an seiner persönlichen Überzeugung mit der Zustimmung zu diesem Programm von ihm gefordert wurden; er soll auch zähen Widerstand geleistet haben. Schweren Herzens mußte er schließlich nachgeben.

Diese Episoden stellen die Vorgeschichte der politischen Krise in Schweden dar. Man muß die Entrüstung der Konservativen über diese Maßnahmen mit erlebt haben, um die späteren Ereignisse ganz begreifen zu können.



ER Bau des Panzerschiffs wurde also inhibiert, die große parlamentarische Wehrkommission programmäßig eingesetzt. Sie wurde aus 20 Abgeordneten, darunter 4 Konservativen und 4 Sozialdemokraten gebildet. Mit der starken liberalen Mehrheit wollte die Regierungspartei betonen, daß sie die Lösung der Wehrfrage für ihre besondere Pflicht halte.

Schon vorher hatte Herr Staaff mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand Verhandlungen angeknüpft, um 4 Mitglieder unserer Reichstagsfraktion zum Eintritt in die geplante Kommission zu bewegen. Da jetzt ganz andere Garantien für eine unbefangene Prüfung bestanden als sie Admiral Lindman mit seinem Komitee von 1907 bieten konnte oder wollte, war es nicht angängig bei dem starren Prinzip der Negation stehen zu bleiben und sich jeder Möglichkeit einer positiven Mitwirkung an dem bevorstehenden Reformwerk zu entschlagen. So entsandte der Parteivorstand 4 Abgeordnete in die Wehrkommission, darunter Branting. Darüber entrüstete sich zwar die kleine Gruppe der *Radikalen*, sonst aber niemand in der Partei. Der Parteitag hatte ja im Frühjahr 1911 die Haltung der Reichstagsfraktion in der Militärfrage, die in dem erwähnten Antrag zum Ausdruck kam, gebilligt, und so konnte die Partei ihren Abgeordneten nicht untersagen in Zukunft für dieses Wehrprogramm zu wirken. Dazu aber bot die große Wehrkommission die beste Gelegenheit.

Der Rechten wurde sie dadurch nicht schmackhafter gemacht. Sie sah vielmehr darin die Bestätigung, daß die Regierung es mit ihrem demokratischen Wehrprogramm bitter ernst meine, und ihr Ärger, der durch das wahlpolitische Wundfieber noch gesteigert wurde, kannte bald keine Grenzen mehr. Nur die Klügsten unter ihnen freuten sich, daß die Sozialdemokratie positiv an der Lösung der Wehrfrage mitwirken wollte. Die Rechte ließ es nicht bei Leitartikeln und Protestresolutionen bewenden sondern leitete sofort eine energische Propaganda der Tat ein, unternehmungsfreudig und vor allem organisatorisch begabt wie es das moderne schwedische Bürgertum nun einmal ist. Als erster trat dabei der berühmte Tibetforscher Sven Hedin auf den Plan. Eine von ihm verfaßte Agitationschrift Ein Warnungsruf wurde in einer Million Exemplaren (Schweden hat 5,6 Millionen Einwohner) gedruckt und überallhin verbreitet. Hedin versucht darin nachzuweisen, daß die Gefahr eines russischen Kriegs gegen Schweden unmittelbar bevorstehen könne. Auf diesem pechschwarzen Hintergrund beleuchtet er dann die Wehrpolitik der Linken und brandmarkt sie scharf als Verrat am Vaterland. So schlug Hedin den Auftakt zu dem politischen Höllenlärm, der in den letzten beiden Jahren in Schweden tobte. Alle Register des Nationalismus sind dabei gezogen, alle Leidenschaften des odium politicum aufgestacheln worden. Aber auch an die Opferwilligkeit der Besitzenden appellierte man nicht vergebens. Um freiwillig Ersatz für das gestrichene Panzerschiff zu schaffen, wurden im Frühjahr 1912 innerhalb 100 Tage 18 Millionen Kronen gespendet, ein ganz großartiges Ergebnis, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß ähnliche Nationalsammlungen in so großen und reichen Ländern wie Deutschland und Frankreich (zum Beispiel für die Luftschiffahrt) nur einige Millionen eingebracht haben. Mit dieser Nationalspende, die die Regierung mit gemischten Gefühlen aufnahm, hatte die Rechte vorläufig ihren stärksten Trumpf ausgespielt.

Es folgte ein Jahr relativer Ruhe in der Wehrfrage. Der König trat nicht aus seiner Reserve heraus, die große Kommission arbeitete unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit, und Regierung und Reichstag konnten tüchtige Leistungen aufweisen. Eine neue verbesserte Arbeiterschutzgesetzgebung sowie ein Gesetz über obligatorische Invaliden- und Altersversicherung für das ganze Volk (beides Produkte langjähriger Arbeit zweier Spezialkommissionen) wurden vom Reichstag angenommen. Aus eigener Initiative errichtete

die Regierung ein Reichsarbeitsamt, sie trat dem Problem der Arbeitslosenversicherung näher und kam einem sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer Kommission für das Studium der Wohnungsfrage entgegen. Um der mächtigen Abstinenzbewegung Rechnung zu tragen, ist eine besondere parlamentarische Kommission auch für diese Fragen gebildet worden, die unter anderm prüfen soll, ob es möglich wäre den Vertrieb alkoholischer Getränke gesetzlich zu verbieten.

In der Sozialpolitik ist man also in der neuen Ära tatkräftig vorgegangen; nur die konservative Mehrheit der Ersten Kammer hat mit ihrem Vetorecht in Gesetzesfragen manche guten Ansätze vernichtet. Umso kläglicher ist die Ausbeute des demokratischen Durchbruchs auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Die Sozialdemokraten machten hier energische Vorstöße. Eine Enquete über die Lebensmittelzölle, die verlangt wurde, kam nicht zustande. Gegen die Teuerung, durch die nach einer Aussage des Ministerpräsidenten im Reichstag die Reallöhne der Arbeiterschaft sanken, wurde nichts getan, und die geplante Aktion gegen den Zuckertrust scheiterte völlig. Diese Passivität der Regierungspartei in der Wirtschaftspolitik stellte ihren Verbündeten, die Sozialdemokratie, auf harte Geduldsproben. Manchmal drohte die Blockpolitik in die Brüche zu gehen. Eine solche Sprengung herbeizuführen war der sehnlichste Wunsch der Rechten. Von der bürgerlichen Sammlung, die sie bei solchen Gelegenheiten eifrig propagierte, war für die Arbeiterklasse nichts Gutes zu erwarten. Die Taktik der Sozialdemokratie war daher stets darauf bedacht die (aus ganz heterogenen Elementen zusammengesetzte) liberale Partei nicht durch unnötige Schroffheit und zweckloses Draufgängertum abzuschrecken. Dank der politischen Reife der schwedischen Arbeiterschaft und der klugen Taktik ihrer Führer ist es auch gelungen durch die »wohlwollend abwartende« Haltung ein gewisses Maß von »fruchtbringendem Zusammenwirken« zu erreichen, ohne daß die Sozialdemokratie sich dabei eine lästige Einschränkung an Kritik und Bewegungsfreiheit aufzuerlegen brauchte.

Ein Abschwenken der Liberalen nach rechts wurde freilich hauptsächlich durch das fortgesetzte rabiate Gebaren der Konservativen verhindert.



FÜR ein Jahr hatte die Regierung Schonzeit in der Wehrfrage. Inzwischen wurde die Landesverteidigung, abgesehen von der Arbeit der Wehrkommission, in keiner Weise versäumt. Im Gegenteil: Keine Regierung hat eine so intensive militärische Tätigkeit entfaltet wie die liberale. Große Manöver wurden abgehalten, eine Probemobilmachung verschiedener Truppenteile und Festungen in Nordschweden angeordnet, die militärische Luftschiffahrt organisiert und die Kriegsbereitschaft der Flotte erhöht. Nicht im Prinzip sondern, weil sie in den Details anderer Meinung waren, stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag oft gegen diese Vorlagen. Den Flottenetat nahmen sie aber aus Solidarität mit der Marinepolitik der Regierung unverändert an, und beim Etat des Kriegsministers befolgten sie, wie immer, die Taktik des kleinern Übels, das heißt sie stimmten, wo es möglich war, für alle Abschlüsse. Das System »Keinen Mann und keinen Groschen« war bei der schwedischen Sozialdemokratie niemals zu Hause, wie sie auch niemals das Gesamtbudget abgelehnt hat.

Aber alle nützlichen militärischen Anordnungen fanden keine Gnade vor den Augen der Konservativen. Ihrer Meinung nach hatte die Regierung sich in so unverzeihlicher Weise wider das Vaterland versündigt, daß es nur mit ihrem Sturz gesühnt werden konnte. Und jetzt schien der günstige Augenblick dafür gekommen. Staaff hatte am Schluß der Reichstagssession 1913 angekündigt, daß der von der Wehrkommission ausgearbeitete Plan zur Lösung der Wehrfrage im Frühjahr 1914 dem Reichstag vorgelegt werden sollte. Damit wurde die Wehrfrage von neuem aktuell. Die Rechte konnte diesmal weit stärkere Beweise für sich ins Feld führen. Tripolis, der Balkan, die Kriegsgefahr zwischen den Großmächten hatten ihre Wirkungen auf die Gemüter ausgeübt. Und dazu die Vorgänge in dem nahen Finnland. Jede Woche wurden finnländische Beamte und Richter, die gesetzwidrigen Befehlen nicht gehorchen wollten, nach Petersburg und dort vor russische Gerichte geschleppt und zu horrenden Strafen verurteilt. Es wimmelte von russischen Truppen in Finnland, strategische Bahnen und Kasernen wurden gebaut, die angeblich zur Defensive gegenüber einem deutschen Überfall dienen sollten, aber ebenso gut als strategische Stützpunkte in einer Offensive gegen Schweden benutzt werden konnten. Und als das wurden sie natürlich von der Presse und den Agitatoren der Rechten hingestellt. Geradezu wie ein Zeichen vom Himmel kam dann für die Konservativen die freche russische Spionage in Schweden, über die auch in den deutschen Tageszeitungen berichtet worden ist. Mit allen Mitteln suchte die Rechte die starke Erregung des Volks bis zur tollen Panik zu steigern. Eine an sich großartige Bewegung zur raschen Lösung der Wehrfrage im Sinn der Konservativen wurde eingeleitet. Zahlreiche Volksversammlungen wurden abgehalten, die Studierenden erboten sich freiwillig länger zu dienen, Sven Hedin trat wieder auf und blies die Posaune des jüngsten Gerichts.

Indessen waren aller Augen auf die Wehrkommission gerichtet, auf die man mit alledem einen moralischen Druck ausüben wollte. Es war inzwischen bekannt geworden, daß ihre Arbeit nur langsam vorwärtsgehe, weil die Regierung es an den nötigen Direktiven habe fehlen lassen, und daß in vielen Fragen, besonders in der Frage der Übungszeit für die Infanterie, eine ziemlich starke Verwirrung unter ihren Mitgliedern herrsche. Die Mehrzahl der Liberalen in der Kommission und mit ihnen natürlich die 4 Konservativen wollten nämlich die Übungszeit auf 8 Monate verlängern, und zwar sollte die Ausbildung der Rekruten nicht mehr, wie jetzt, im Sommer stattfinden sondern vom November bis zum Juli. Diese Ausbildungszeit sollte auch dem Rhythmus des Arbeitsmarkts besser entsprechen. Die Minderheit der Liberalen wollte dagegen von einer längeren Übungsdauer nichts wissen, und die Sozialdemokraten glaubten an ihrer alten Auffassung festhalten zu müssen, daß bei intensiverer Ausnutzung der Zeit und rationelleren Ausbildungsmethoden die Übungsdauer verkürzt werden könne. Nur ein Genosse, der sich speziell mit dem Studium der Übungszeitfrage beschäftigte, der Abgeordnete Christiernsson, war der Ansicht, daß die Hauptmasse der Infanterie mit Rücksicht auf das nordische Klima eine spezielle Ausbildung für einen eventuellen Winterfeldzug unbedingt brauche, und befürwortete deshalb ebenfalls die Verlegung der Ausbildungszeit in den Winter, die eine Herabsetzung der gegenwärtigen Übungsdauer ausschließt. Wegen dieser Meinungsdivergenz mit den übrigen 3 Genossen in der Wehrkommission, und da die Partei entschieden gegen seine Anschauungen stel-

lung nahm, trat dieser *Abtrünnige* aus der Kommission aus, legte sein Reichstagsmandat nieder und kehrte auf seinen frühern Posten als Parteidirektor in Schonen zurück, ist aber im April wiedergewählt worden. Dieser Zwischenfall war für die sozialdemokratische Partei recht unangenehm, und die liberalen Zeitungen entrüsteten sich auch eifrig über den *Kadavergehorsam* in der Sozialdemokratie, in der Hoffnung damit die Spaltung in ihrem eigenen Lager verschleiern zu können. In ihrer Partei ist der Riß weit ernsterer Art, denn dort ist er durch die soziale Kluft hervorgerufen, die von jeher die liberale Partei spaltete und einmal auch ihr Verhängnis werden dürfte. Sie besteht nämlich auf der einen Seite aus der intellektuellen Oberschicht, liberalen Städtern, die in der Partei tonangebend, aber auch sehr wehrfreudig gesonnen sind. Auf der andern Seite aus der großen Masse ihrer Wähler, den kleinen Leuten draußen in den Provinzen, die dem Militärwesen feindlich gegenüberstehen und in dieser Abneigung durch die rege Verbindung mit den nach Amerika Ausgewanderten bestärkt werden, die sich dort akklimatisieren und die starken angelsächsischen Züge im schwedischen Liberalismus immer von neuem beleben. Eine Brücke über die Kluft zwischen diesen beiden Schichten zu schlagen war von jeher das Problem für die Führer der liberalen Partei. Im übrigen war die Wehrkommission einstimmig der Meinung, daß die Landesverteidigung, wesentlich durch die Unterlassungssünden des konservativen Regimes, in anderen Punkten Mängel aufweise und verstärkt werden müsse. Dafür waren auch die Sozialdemokraten; sie bestanden aber darauf, daß die Kommission sich nicht unter dem Eindruck des draußen tobenden Rüstungssturms mit ihren Beratungen überstürze. Erst nach den Neuwahlen sollte der Reichstag die Wehrvorlage prüfen, sonst wäre das Volk nicht imstande sein Votum darüber abzugeben. Für eine Hochseeflotte aus Miniaturdreadnoughts waren die Sozialdemokraten nicht zu haben. Dagegen legten sie sich eifrig für die Torpedowaffe ins Zeug und befürworteten den Bau großer Unterseeboote. Die liberale Linke, soweit sie aus Bauern bestand, wollte den Konservativen ihre Schiffe gern gönnen, wenn sie damit die Beibehaltung des Statusquo der Übungszeit erkaufen konnte. Denn die Bauern haben bei uns vielfach Sympathien für die Flotte, für deren Kosten ja, dank der Selbsteinschätzung der Landwirte bei der Einkommensteuerveranlagung, hauptsächlich die anderen Klassen aufzukommen haben; dagegen wollen sie bei der Leutenot in der Landwirtschaft ihre Söhne und Knechte nicht gern in die Kasernen schicken.

Die Stellung der Regierung war bei dieser Lage recht schwierig. Ihr Wehrprogramm bei den Wahlen von 1911, mit dem sie ihren großen Sieg errungen hatte, war ja rein negativ gewesen. Es war nun die Frage, ob es ihr gelingen könne die gesamte Linke von dem *militaristischen* rechten Flügel bis zu den radikalen Antimilitaristen in der Sozialdemokratie um ein positives Wehrprogramm zu sammeln, wie es die Logik des Blockparlamentarismus erforderte.



NDE November 1913 war die Arbeit in der Wehrkommission so weit vorgeschritten, daß in den wichtigsten Fragen vorläufige Beschlüsse gefaßt werden konnten. Die Öffentlichkeit erfuhr einstweilen nur so viel, daß nicht alle Differenzen ausgeglichen worden seien. Gleichzeitig wurde der Vorstand der liberalen Landespartei zur Beratung nach Stockholm berufen. Als dann nach Wochen der Erwar-

tung, nach vielem Zögern und häufigen Kabinettsitzungen der Ministerpräsident vor Weihnachten die Veröffentlichung des Wehrprogramms in Aussicht stellte, herrschte im Land atemlose Spannung. Staaff trat in seiner Rede, die seinem Ruf als Meister politischer Rhetorik und parlamentarischen Schachspiels alle Ehre machte, der konservativen Panikagitation energisch entgegen; er betonte andererseits mit aller Entschiedenheit, daß Schweden seine altbewährte Neutralität aufrechterhalten und, wenn nötig, mit den Waffen behaupten werde. Nur für diesen Zweck sei die Landesverteidigung da, deren Kosten doch nicht das Maß des Möglichen überschreiten dürften. Um feststellen zu können, wieviel das Land dafür aufbringen könne, hatte die Wehrkommission einen Finanzplan für die nächsten 10 Jahre entworfen, in dem die Staatseinnahmen und das Zivilbudget berechnet worden waren. Der Rest, etwa 80 Millionen Kronen, konnte also für die Landesverteidigung aufgewandt werden.²⁾ Staaff teilte ferner mit, daß die großen einmaligen Ausgaben (60 Millionen) für die besonders dringlichen Wehrverstärkungen durch eine Wehrsteuer nach deutschem Muster gedeckt werden sollten. Die Flotte sollte durch kleine Küstenpanzerschiffe verstärkt, die Übungszeit für verschiedene Spezialwaffen ausgedehnt und für alle Studierenden auf 500 Tage erhöht werden (also kein Einjährigenprivileg sondern das gerade Gegenteil). Die Militärjustiz sollte in durchgreifender Weise reformiert, die Zivilkommission sollte ergänzt, die heikle Frage der Übungszeit für die Infanterie dagegen weiter geprüft und erst nach Neuwahlen (eine Konzession an die Sozialdemokratie!) entschieden werden. So hatte Staaff nach schier unübersteiglichen Schwierigkeiten hier einen parlamentarisch gangbaren Weg zur Lösung der Wehrfrage gezeichnet. In der öffentlichen Meinung (mit Ausnahme von ein paar reaktionären Blättchen) trat auch ein Umschwung ein. Die Rechte hüllte sich in verlegenes Schweigen, sie hatte dem Wehrprogramm der Regierung überhaupt kein eigenes durchgearbeitetes Programm entgegenzusetzen. Staaff schien den Sturm beschwichtigt zu haben und Herr der Situation zu sein. Wenigstens hatte er zu Weihnachten dem Land etwas Ruhe geschenkt.

Um so eifriger soll es hinter den Kulissen der Hofkamarilla und ihrer Verbündeten zugegangen sein. Sollte die geschmähte Demokratie wirklich die Wehrfrage in den Hafen lotsen können? Einen solchen Erfolg durfte man ihr nicht gönnen; dann war es ja wohl mit der letzten Gelegenheit vorbei die verhaßte Regierung zu stürzen. Eine neue Parole war bald gefunden. Sie lautete: Mit Hilfe ihrer Majorität in der gemeinsamen Abstimmung (die Wehrabgabe war Budget-, nicht Gesetzessache) plane die Linke einen Beutezug gegen die Besitzenden. Nähme aber dieser Reichstag die Wehrsteuer und die 500 Tage für die Studierenden an, dann würden sich die Massen bei den Neuwahlen im Herbst 1914 weigern die verlängerte Übungszeit auf sich zu nehmen und den Radikalen und vor allem den Sozialdemokraten in die Arme laufen, die ihnen die Möglichkeit einer Verkürzung vorgaukeln; die Geprellten wären dann wieder die Besitzenden. Also, dekretierte die Rechte schon Mitte Januar bei der Adreßdebatte im Reichstag, die Wehrfrage müsse im Zusammenhang gelöst werden, ohne daß die Entscheidung über die

²⁾ Wie später bekannt wurde, hatte sich Genosse Branting gegen diese Berechnung gewandt, weil sie die notwendige Herabsetzung der drückenden indirekten Steuern nicht berücksichtigt habe; er hatte die Risikoprämie, die Schweden für seine Landesverteidigung zahlen könne, ohne daß es in Gefahr gerate ein »befestigtes Armenhaus« zu werden, auf höchstens 70 Millionen Kronen geschätzt.

Frage der Übungszeit verschleppt werde. Sollten die Reichen ihr Gold hergeben, so müßten die Armen länger dienen. Die Leute um Sven Hedin waren indes nicht geneigt die Wirkung dieser Parole abzuwarten. Sie wollten gleich zu dem großen Wurf ausholen. Als Mittel zu diesem Zweck sollte der Bauernzug dienen. Zunächst war er nur als eine Deputation aus der Provinz geplant, die, wie viele andere solcher Kundgebungen vorher, den König um eine Verstärkung der Landesverteidigung angehen sollte. Nachdem sein Hauptquartier aber nach Stockholm verlegt worden war, schwoll er innerhalb einiger Wochen mächtig an. Die konservative Wählerschaft des flachen Landes wurde mobil gemacht: Gutsbesitzer mit ihren Instleuten, Bauern, denen durch die monatelange Agitation eingeredet worden war, es gelte das Vaterland vor der drohenden russischen Invasion zu retten, und eine Anzahl von Leuten, die gern bei herabgesetzten Preisen und freier Beköstigung die Vergnügungen der Hauptstadt kennen lernen wollten. Geld war in Hülle und Fülle da, und die Maske der politischen Unparteilichkeit wurde so gut gewahrt, daß selbst das liberale Bürgertum in Stockholm in den Taumel mit hineingerissen wurde und vielfach, wie sämtliche konservative Familien, bei der Einquartierung der Bauern mithalf. Der Zweck war ja ein unpolitischer: nur die Wehrfreudigkeit der schwedischen Bauernschaft sollte demonstriert werden. Und daran hatten die städtischen Liberalen um so weniger etwas auszusetzen als der Hader zwischen Bourgeoisie und Bauerntum in der Wehrfrage sich auch in der liberalen Reichstagsfraktion zu einem Bruch auszuwachsen drohte. Der Regierung und der Sozialdemokratie, die die Absicht der ganzen Veranstaltung merkten, wurde es bei alledem schwill zu Mut. Offenbar wollte man dem König sagen: Das Volk selbst kommt, um dich von den Demagogen zu befreien; du wirst einst vor Gott zu verantworten haben, wie du diese Schicksalsstunde benutzt hast! Es wurde ein dynastischer Familienrat abgehalten, und hier soll die Königin ihre ganze Energie für ein entschlossenes Auftreten des Königs eingesetzt haben.

Am 5. Februar liefen die Extrazüge mit 32 000 Bauern aus allen Gegenden Schwedens in Stockholm ein, und am folgenden Tag zogen diese durch festlich geschmückte Straßen, unter Glockenläuten und brausendem Jubel feierlich nach dem Schloß. Auf dem Schloßhof empfing sie der König mit großem Gepränge; der Sprecher des Zugs, ein zum Bauern zurechtgestutzter Großgrundbesitzer und Forstspekulant, sagte sein Sprüchlein her und forderte im Namen der Bauernschaft genau das gleiche wie die Rechte: sofortige effektive Lösung der Wehrfrage. Um den moralischen Druck auf den König noch zu verstärken, ließen ihm die gewiegten Regisseure gleichzeitig eine Unmenge von Telegrammen mit im ganzen 81 000 Unterschriften zugehen, die alle der Forderung des Bauerntums beistimmten. Der König reagierte prompt; seine Antwortrede, die eine sehr schroffe Absage an die Politik der Regierung enthielt, beschwor die politische Krise herauf, die das ganze Land erschütterte. Der König wollte eine sofortige Lösung der ganzen Wehrfrage herbeiführen, »im Einverständnis mit den Sachverständigen innerhalb meiner Armee und meiner Flotte«, und gab den Bauern sein Königswort, daß er mit seiner ganzen Person für dieses Versprechen einstehen würde.

Eine ungeheure Bewegung bemächtigte sich des ganzen Landes. Die Regierung, die so desavouiert worden war, reichte ihre Demission ein. Der König freilich schien diese Wirkung seiner Worte nicht vorausgesehen zu

haben, denn er ersuchte ausdrücklich Herrn Staaff im Amt zu bleiben. Als aber das Ministerium Garantien für die Zukunft und eine Erklärung forderte, nach der die Rede des Königs im Schloß nur als Ausdruck seiner persönlichen Anschauung, nicht aber als Staatsakt gelten sollte, suchte er sich durch unbestimmte Redewendungen aus der Verlegenheit zu ziehen. So blieb der Regierung keine andere Wahl als zu demissionieren. Die gereizte Stimmung entlud sich zuerst im Reichstag. Der Zufall wollte es, daß am Tag nach dem Bauernzug gerade die Zivilliste auf der Tagesordnung stand. Bei dieser Gelegenheit wurden viele bittere Worte an die Adresse des Königs gerichtet. Zum erstenmal lehnten die Sozialdemokraten die Zivilliste ab, und Genosse Branting holte sich während seiner Rede den ersten Ordnungsruf in seiner langen parlamentarischen Laufbahn. Auch aus den Reihen der Liberalen ertönten kräftige Proteste gegen die politische Parteinahme des konstitutionellen Königs. Böses Blut machten im Reichstag besonders die Worte des Königs »meine Armee und meine Flotte«; denn die schwedische Verfassung weiß nichts von einem Obersten Kriegsherrn und seiner Kommandogewalt im preußischen Sinn. Da die große europäische Presse während jener bewegten Tage ihren Blick nach dem sonst etwas abseits liegenden Schweden gerichtet hielt,³⁾ sind die nun folgenden Vorgänge dem deutschen Leser wohl zur Genüge bekannt. So die große Demonstration, die die Sozialdemokraten am 8. Februar veranstalteten, und bei der 50 000 Arbeiter (Stockholm hat 400 000 Einwohner) mit Fahnen und Musikkorps durch die Straßen zogen und am Schloß vorbeimarschierten. Das Auftreten des Königs hatte spontan eine antimonarchische Stimmung ausgelöst, die sich während dieser Demonstration in stürmischen Hochrufen auf die Republik entlud. Da die Polizei ihre Ruhe bewahrte, verlief die Demonstration zum Ärger der Reaktionäre ohne jede Störung und in mustergültiger Ordnung. Nur der sozialdemokratische Bürgermeister von Stockholm, Genosse Lindhagen, der im Reichstag schon oft als Republikaner hervorgetreten ist und sich besonders lebhaft an den Hochrufen auf die Republik beteiligt haben soll, wurde vor den Richter zitiert und — zu einer Geldstrafe von 100 Kronen wegen groben Unfugs verurteilt!

Der konservativen Partei wurde es nun etwas bange. Nachdem der Rausch des Bauernzugs verflogen war, wußte niemand recht über die Stimmung der großen Wählermassen Bescheid. In Stockholm maskierten sich einige Konservative als *Camelots du Roy* und trieben es dabei toll genug. Die Hauptquelle ihrer Freude war der Sturz des gehaßten Ministeriums Staaff, und darüber vergaßen sie die Sorge um die Zukunft. Bei dem König dagegen stellte diese sich sehr bald ein, als er ein neues Ministerium suchen mußte. Um die erhitzten demokratischen Gemüter zu beruhigen und den Anschein zu erwecken, als ob die ganze Aktion sich nur gegen Staaff und seine Kollegen gerichtet hätte, bat man ein sehr angesehenes liberales Mitglied der Ersten Kammer, den Oberpräsidenten Freiherrn Louis de Geer, ein Kabinett aus gleichgesinnten Parteifreunden zu bilden. Außer de Geer selbst, der sich durch ein Versprechen gebunden fühlte (er hatte dem König zugesagt für Staaff einzuspringen, wenn er mit seinem Wehrprogramm scheitern sollte), fand sich aber kein einziger Arbeitswilliger innerhalb der liberalen

³⁾ Die englische liberale Presse tat sich dabei besonders hervor. In langen Leitartikeln wurde König Gustaf wegen seines unkonstitutionellen Verhaltens getadelt und Staaff sogar als schwedisches Gegenstück zu Asquith gepriesen. Man weiß jetzt, daß diese Artikel eigentlich Beiträge zur Ulsterkrise waren.

Fraktion. Als Antwort auf diese Werbeversuche des Königs veröffentlichten die Liberalen vielmehr ein Manifest an das Volk, in dem sie mit scharfer Spitze gegen die Krone ihren Standpunkt in der Konfliktfrage darlegten. Der König war also in höchster Verlegenheit. Die Rechte wollte nicht gern in die Bresche springen; dazu war ihre parlamentarische Stellung zu schwach, auch wollte sie nicht in die unvermeidlichen Wahlkämpfe als Regierungspartei ziehen. Ein konservatives Ministerium wurde deshalb nur als letztes Reservemittel angesehen.

In dieser Not appellierte der König an die außerparlamentarischen Kreise des Großbürgertums und der höhern Beamtschaft. Unter dem Vorsitz eines andern Oberpräsidenten, Hammarskjöld, eines konservativen Beamten und Juristen von internationalem Ruf, wurde ein sogenanntes großes Ministerium gebildet, das sich im Reichstag als »über den Parteien« vorstellte, und dessen einzige Aufgabe die tatsächliche und rasche Lösung der Wehrfrage bilden sollte. Die erste Maßnahme der neuen Regierung war die Auflösung der Zweiten Kammer Anfang März und die Ausschreibung der Neuwahlen für April. Gleichzeitig veröffentlichte sie ihr Wehrprogramm, das bis auf zwei wichtige Punkte eine Kopie des Staaffschen darstellte: die Übungszeit für alle Waffen sollte auf 1 Jahr verlängert, auch sollten größere Panzerschiffe gebaut werden. Die Regierung lud nun die Freunde der Landesverteidigung innerhalb aller Parteien zur Sammlung um dieses Programm ein. Um den Streit in der konstitutionellen Frage beizulegen, erklärte der König öffentlich, er wolle kein persönliches Regiment und werde seines Amtes immer streng konstitutionell walten.



So ging es in einen Wahlkampf, wie er in der Geschichte Schwedens ohne Beispiel dasteht. Die Konservativen fochten ihn nicht unter ihrem eigenen Banner aus, sondern, dank der Haltung der Regierung und natürlich im Einverständnis mit ihr, konstituierten sie sich als bürgerliche Sammlungspartei. Statt des fehlenden eigenen Programms für die Lösung der Wehrfrage schluckte die Rechte einfach das neue Regierungsprogramm, obwohl es mit seiner Wehrsteuer und seinen demokratischen Zutaten zu neun Zehnteln von Staaff und seiner Wehrkommission stammte.

Allgemein war man auf die Haltung der Liberalen in der Militärfrage gespannt. Mitte März wurde ein Delegiertentag der liberalen Landespartei nach Stockholm einberufen. Dieser entschied sich in der eigentlich brennenden Frage, der der Übungszeit für die Infanterie, für einen Kompromiß, den auch Staaff und seine früheren Ministerkollegen längst befürwortet hatten: nämlich für Beibehaltung der jetzigen sommerlichen Rekrutenschule und Erhöhung der Übungszeit um 40 Tage, die zu einer Winterübung verwendet werden sollten. Der linke Flügel des Liberalismus und die Bauernschaft waren mit diesem Programm leidlich zufrieden, weil es unter den obwaltenden Umständen ein Minimum von Konzessionen an den Militarismus darstellte. Sachlich bedeutete es aber eine Desavouierung der einstigen liberalen Mehrheit in der Wehrkommission. Die städtischen Liberalen fühlten sich vor den Kopf gestoßen, und obwohl ihre Abgeordneten trotzdem treu zur Partei standen (unter der Bedingung, daß der Parteibesluß in diesem Fall für sie nicht bindend sei), kehrten zahlreiche städtische Bourgeois dem

Liberalismus den Rücken. Auf konservativer Seite erkannte man sofort, daß unter diesen Überläufern Elemente waren, aus denen die ersehnte nationalliberale Partei zusammengeknetet werden konnte. Eine Organisation mit allen Merkmalen des Nationalliberalismus deutscher Observanz (Freisinnige Verteidigungsfreunde genannt) wurde sofort ins Leben gerufen. Sie marschierte bei den Wahlen überall Hand in Hand mit der Rechten, brachte es aber nur auf 2 Mandate. Über dem Wahlkampf der Liberalen lag dadurch von vornherein ein Schatten, der die kommende Niederlage ankündigte. In der Provinz waren andererseits die kleinen Leute vielfach empört, daß die Liberalen überhaupt in die Erhöhung der Militärlasten willigten, und sie scharten sich deshalb mit den Industriearbeitern zusammen um das Wehrprogramm der Sozialdemokratie, das der Parteivorstand gemeinsam mit der Reichstagsfraktion nach den vorhin geschilderten Prinzipien festgestellt hatte (Herabsetzung der Dienstzeit der Infanterie auf 6 Monate. Gesamtbudget des Militärs höchstens 70 Millionen Kronen jährlich, verstärkter Küstenschutz und Unterseeboote). Darin wurde auch gefordert, daß alle Lücken der Wehrverfassung möglichst mit den Mitteln der Wehrsteuer ausgefüllt würden. Von den Gegnern ist natürlich auch dieses Programm angegriffen worden; sie wollten nicht zugeben, daß zwischen diesem positiven Militärprogramm und dem entsprechenden Punkt des offiziellen Parteiprogramms (sukzessive Abtragung aller Militärlasten mit der Abrüstung als Ziel) ein erheblicher Unterschied besteht. Die bürgerlichen Parteien werden zur Zeit des Parteitags im Sommer diesen Unterschied dagegen schon entdecken und politische Geschäfte damit zu machen suchen.

Das Programm hat sich im Wahlkampf sehr gut bewährt. Das Volk verstand es, wenn die Sozialdemokratie sagte, sie wolle das Vaterland nicht wehrlos machen, möchte aber die Wehrorganisation billiger und volkstümlicher gestalten, wo dies ihrer Wirkungskraft keinen Abbruch tue. Ohne dieses Militärprogramm hätte auch die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf nicht so gut abgeschnitten, in dem die nationalistischen Leidenschaften so maßlos aufgepeitscht worden sind und die tollsten Gerüchte das Land durchschwirrten. Besonders die Mitglieder des frühern Ministeriums wurden in der schändlichsten Weise verleumdet. Der Zweck wurde auch erreicht. Durch die beispiellose Agitation kam eine Wahl zustande wie 1907 in Deutschland. Die famose *Partei der Nichtwähler* wurde mobil gemacht, und die Wahlbeteiligung stieg von 57 % im Jahr 1911 auf etwa 75 % in diesem Jahr.

Das Ergebnis der Wahlen, die meist alle schon Anfang April stattfanden, wurde infolge der verwickelten Rechnungen beim Proportionalwahlsystem erst Ende April bekannt. Es sieht so aus:

Partei	Stimmen		Mandate	
	1911	1914	1911	1914
Sozialdemokratie	172 196	229 176	64	73
Liberaler	242 795	245 040	101	71
Konservative	188 691	286 320	65	86

Die Liberalen sind also die Geschlagenen. Sie haben überall verloren und nirgends gewonnen. Dazu hatten sie noch Pech: Mit mehr Stimmen als die Sozialdemokratie fielen ihnen doch 2 Mandate weniger zu. Unser Propor-

tionalsystem garantiert nämlich nicht überall absolut gerechte Mandatsverteilung. Die große Mehrzahl der Wähler hat indessen links gestimmt, und die Parteien der Linken haben die Mehrheit in der Zweiten Kammer. Mit der Einigung in der Wehrfrage könnte die Blockpolitik wieder aufgenommen werden, und dann wäre das neue Ministerium mit seinen konservativen Hilfstruppen vollkommen kaltgestellt. Die Entscheidung liegt bei den Liberalen. Der Kurs in der schwedischen Politik hängt von ihnen ab, aber die Zukunft der schwedischen Demokratie ruht seit diesem Frühjahr auf den Schultern der Arbeiterklasse.

XX

WILHELM KOLB · EIN WORT ZUR AGRARFRAGE

TRIVIAL fast würde es heute anmuten, wollte man noch besonders darlegen, daß die Agrarfrage eines der wichtigsten und gleichzeitig der schwierigsten Probleme für unsere politische Praxis ist. Der Mangel eines zielklaren Agrarprogramms, das die gegebenen Verhältnisse genügend berücksichtigt, macht sich für die sozialdemokratische Partei von Jahrfünft zu Jahrfünft stärker fühlbar. Als so zutreffend sich die Marxsche Theorie der ökonomischen Entwicklung und ihrer Folgen im allgemeinen für die industrielle Produktion erwiesen hat, auf die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion läßt sie sich keinesfalls schematisch übertragen. Es bedarf dazu vielmehr eines tiefen Eindringens in das wahre Wesen des Marxismus, das so ziemlich das gerade Gegenteil eines blinden Hinnehmers der einzelnen marxistischen Lehrsätze ist. Allen Prophezeiungen zum Trotz hat sich die Zahl der kleinen und mittleren Produzenten in der Landwirtschaft nicht nur nicht vermindert sondern sogar vermehrt, und ihre ökonomische Lage ist weit davon entfernt sich zu verschlechtern. Die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik sind den kleinen und mittleren Produzenten in der Landwirtschaft in ungleich höherem Maß zugute gekommen als in Gewerbe und Industrie. Es ist geradezu erstaunlich, wie sich die Zahl der in Parzellen- und mittelbäuerlichen Betrieben verwendeten Maschinen in den letzten 20 Jahren vermehrt hat. Dazu kam die Verbreitung agrikultur-chemischer Kenntnisse durch landwirtschaftliche Schulen, Vorträge, Wanderkurse usw., die eine immer intensivere Produktion und damit steigende Erträge auf den verschiedensten Produktionsgebieten zur Folge hatte. In der Intensität und den Erträgen der landwirtschaftlichen Produktion marschiert Deutschland heute wohl an der Spitze aller Agrarstaaten. Dabei sind wir noch lange nicht am Ende der Entwicklung angelangt. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Produzenten bleibt mit ihren Erträgen noch mehr oder weniger weit hinter dem erreichbaren Produktionsmaximum zurück. Unsere Volksschulen und in noch höherem Grad unsere landwirtschaftlichen Fachschulen entsprechen längst noch nicht den Anforderungen, die man heute mit Fug und Recht an sie stellen kann. Von den Leistungen der volks- und landwirtschaftlichen Fachschulen hängt aber die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft sehr wesentlich ab. Auch durch die Förderung des Genossenschaftswesens könnte noch sehr Erhebliches erreicht werden. Auf diesem wichtigen Gebiet sind die Erfolge, die bisher erungen wurden, durchaus erfreulich. Jedenfalls hat die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten mehr geleistet als auf Grund quasi-marxistischer Dogmen vermutet werden konnte. Hier kann von einem

Untergang des Kleinbetriebs schlechterdings keine Rede sein. Wohin die Entwicklung der Zukunft führen wird, bleibt abzuwarten. Sie vollzieht sich jedenfalls auf anderen Wegen als in der industriellen Produktion.

Will die Sozialdemokratie nicht darauf verzichten auch aus den Kreisen der Landwirtschaft Mitarbeiter für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu werben, so muß sie in ihrer politischen Praxis dieser unbestreitbaren Tatsache Rechnung tragen und ihre Schlüsse daraus ziehen. Die Frage, wie die Partei auch auf diesem so wichtigen volkswirtschaftlichen Gebiet den notwendigen Einfluß auf den Gang und das Tempo der ökonomischen Entwicklung gewinnen kann, ist gerade für Deutschland von nicht zu unterschätzender politischer Bedeutung. Sobald auch nur ein Teil der deutschen Bauernschaft, die gegenwärtig in der Hauptsache unter dem Einfluß der Konservativen und des Zentrums steht, diesen Parteien die Gefolgschaft verweigert, verändert sich das politische Gesamtbild unseres Vaterlands. Wenn heute noch so zahlreiche Klein- und Mittelbauern in politischen in einer Reihe mit den Großgrundbesitzern stehen, so läßt sich das jedenfalls nicht aus politischer Borniertheit erklären. Die Bauernschaft politisch zu gewinnen ist nur dann so schwierig, wenn es nicht vernünftig angefangen wird. Wenn die Sozialdemokratie für die praktischen Bedürfnisse der Industriearbeiter nicht mehr geboten hätte als sie bisher den Landwirten geboten hat, so wäre auch die geistige Revolutionierung der Industriearbeiterköpfe sicher nicht entfernt so rasch vor sich gegangen wie es tatsächlich der Fall war. Mit Theorien allein revolutioniert man nicht die Köpfe, und natürlich erst recht nicht mit offensichtlich falschen Theorien. Solange wir in unserm Programm nicht ganz bestimmt formulierte, in der Gegenwart durchführbare, für den Bauern nützliche Forderungen haben, wird es uns nicht gelingen einen irgendwie erheblichen Teil der Bauernschaft an unsere Partei zu fesseln. Die Sozialdemokratie kann aber die Bauernschaft letzten Endes gar nicht entbehren; denn als bloße Industriearbeiterpartei wird und kann sie ihr soziales Ziel nicht verwirklichen. Daß wir auch in der Bauernschaft für unsere Ideen Anhänger werben müssen, ist an sich längst anerkannt. Das beweist schon der Versuch, der im Jahr 1895 unternommen wurde, ein sozialdemokratisches Agrarprogramm zu schaffen. Es ist aus unseren ganzen Parteiverhältnissen heraus durchaus erklärlich, daß jener Versuch so völlig mißglückte. Und auch der Agrarstudienkommission, die nach dem Beschluß des letzten Parteitags gewählt worden ist, wird es recht schwer werden zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Denn heute wie damals, wenn auch jetzt nicht mehr in gleich hohem Maß, fehlt eine allseitig anerkannte theoretische Grundlage für ein praktisches Agrarprogramm. Innerhalb der Partei gehen die Auffassungen über die Agrarfrage stark durcheinander, und eine Verständigung ist so lange schwer möglich als das Material zur Beurteilung der Sache nicht gründlich genug vorbereitet und durchgearbeitet worden ist. Vor allen Dingen muß bei dem Studium der Frage strengste Objektivität walten, wenn nicht noch auf lange hinaus immer nur ein negatives Resultat bei den Versuchen zur Aufstellung eines Agrarprogramms erzielt werden soll. Und deshalb ist es aufs tiefste zu bedauern, daß man die Genossen Max Schippel und Arthur Schulz nicht in die Agrarkommission delegiert hat. Man mag über die Auffassungen, die von diesen beiden gründlichen Kennern des Agrarproblems vertreten werden, denken, wie man will, über sie zur Tagesordnung übergehen zu wollen ist doch schlechterdings unmöglich. Überdies

ist die Zahl der Leute, die über die nötigen theoretischen und praktischen Kenntnisse zur Lösung der Aufgaben der Agrarkommission verfügen, sicher keine übermäßig große, so daß man schon von diesem Gesichtspunkt aus auf die Wahl dieser beiden nicht hätte verzichten dürfen. Und dann hätte man dadurch den Schein vermieden, als ob bei der Auswahl der Mitglieder für diese wichtige Kommission mehr oder weniger tendenziöse Absichten mitgespielt haben könnten.

Gerade in der Frage, in der Genosse Schippel Meinungen vertritt, die von den bisher parteioffiziellen Auffassungen abweichen, in der Zollfrage, wird die Kommission eine recht schwere Arbeit haben. Die Dinge liegen hier durchaus nicht so einfach wie es in unserer Partei meist angenommen wird. Die Zollfrage ist wohl eins der schwierigsten politischen Probleme, und sie hat sich in den letzten 20 Jahren sicher nicht vereinfacht. Liest man die sozialdemokratische Presse, so könnte man leicht zu der Ansicht kommen, die Sozialdemokratie stehe mindestens auf agrarischem Gebiet prinzipiell auf dem Boden des Freihandels. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Daß gleichwohl die sozialdemokratische Parteipresse (mit ganz wenigen Ausnahmen) diese Meinung erweckt, zeigt allein schon, wie notwendig eine gründliche Aufrollung der Agrarfrage in der Partei geworden ist. Es ist geradezu bedauerlich, mit welcher Oberflächlichkeit in den sozialdemokratischen Blättern die agrarpolitischen Fragen behandelt werden. Und dabei kann man den Redakteuren noch nicht einmal einen Vorwurf daraus machen. Es liegt das eben an der Verbildung der Partei in diesen Dingen, die sie verhindert das vorhandene Material ohne Vorurteil zu prüfen und zu benutzen. So kommt es, daß für unsere Parteipresse die ganze Entwicklung der wissenschaftlichen Agrarliteratur in den letzten beiden Jahrzehnten (die doch in den Sozialistischen Monatsheften stets so eingehend behandelt wird) zum größten Teil gar nicht existiert, oder daß von ihr nur einzelne Stücke herausgerissen werden, um ein agitatorisches Tagesbedürfnis zu befriedigen: ein Verfahren, das natürlich jeder wahren Erkenntnis hindernd im Weg steht.

Die Behauptung, daß der Klein- und Mittelbauer keinerlei Vorteile von den Agrarzöllen habe, kann vor den Tatsachen jedenfalls nicht standhalten. Wäre dem so, so bliebe es ja auch völlig unerklärlich, weshalb die ganze Klein- und Mittelbauernschaft sich als Anhänger der Zollpolitik bekennt. Um das einzusehen, braucht man noch keineswegs selbst Anhänger der jetzigen Agrarpolitik mit ihren hohen Zöllen zu sein. So viel aber steht fest: Wollen wir die jetzige Hochschutzzollpolitik, die in der Hauptsache auf die Interessen des Großgrundbesitzes zugeschnitten ist, wirksam bekämpfen und die Klein- und Mittelbauern gegen die Hochschutzzollagrarien mobil machen, so werden wir das mit der bloßen Negierung der Agrarzölle nicht fertigbringen. An eine plötzliche Aufhebung der jetzt bestehenden Zölle ist überhaupt nicht zu denken; denn eine solche Erschütterung würde die deutsche Volkswirtschaft ohne eine sehr erhebliche Schädigung nicht ertragen. Auf diese Tatsache muß auch die Politik der Sozialdemokratie bei der Frage der neuen Handelsverträge in erster Linie eingestellt werden. Es wäre sinnlos und würde zu bedenklichen Konsequenzen führen, wollte die Partei bei ihrer Propaganda und Taktik die tatsächlichen Verhältnisse nicht berücksichtigen. Was für die kommenden Handelsverträge gilt, gilt aber auch für unsere ganze Stellung in der Agrarfrage. Wir können, so wie die Dinge sich entwickelt haben,

in der Vossischen Zeitung vom 17. April in sehr energischer Weise. Er führte eine Reihe in der Deutschen Richterzeitung enthaltener unsachlicher, teilweise geradezu törichter Angriffe wörtlich an und schloß mit den Worten: »Jedenfalls kann, solange die Richterzeitung in ihren jetzigen Bestrebungen fortfährt, von einem Frieden zwischen dem Richterstand und dem Anwaltsstand nicht die Rede sein. Wenn die Richterzeitung, statt dies einzusehen, die Angelegenheit so darstellt, als ob die Anwaltschaft gegen die Verbilligung der Rechtspflege sei, so kann auf diese Weise ein Frieden nie erzielt werden.«

Der Streit ist widerwärtig und ganz unfruchtbar, aber nicht die Rechtsanwaltschaft hat ihn begonnen. Das Organ des Deutschen Anwaltsvereins, die Juristische Wochenschrift, ist eine gediegene, wissenschaftliche Zeitschrift; sie behandelt die Standes- und Berufsangelegenheiten der Rechtsanwälte nur sehr nebenbei und ist dabei weit von einer Stellungnahme gegen die Richter entfernt. Dagegen hat das Organ des Deutschen Richterbunds, die Deutsche Richterzeitung, für die Wissenschaft keine Bedeutung, führt aber seit seinem Bestehen einen Kampf gegen die Anwaltschaft, dessen kindliche und kleinliche Formen uns erfahrene Anwälte anfänglich nur zum Lächeln brachten, der aber nachgerade einen Stich ins Gehässige bekommt und nicht mehr gleichgültig zu nehmen ist. Dabei bedient sich die Deutsche Richterzeitung in der naivsten Weise der Mitarbeit von Personen, deren Qualifikation sie offenbar gar nicht geprüft haben kann, denn sonst würde sie nicht mit ihnen in Verbindung stehen. Genügt es, daß man ein recht oberflächliches, keine Sachkenntnis verratendes Eingesandt an eine Tageszeitung geschickt hat, um Mitarbeiter an dem Blatt der Standesorganisation der deutschen Richter zu werden? Die Juristische Wochenschrift ist etwas wählerischer. Wenn der Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltsvereins endlich die Geduld gerissen ist und sie sich zu einer Abwehrklärung verstanden hat, so ist das sehr begreiflich, ja nur zu billigen. Besser, ein solcher Kampf wird offen ausgefochten als vertuscht.

Dies gilt auch dann, wenn der Kampf selber, wie nochmals wiederholt werden muß, unerquicklich, ja sinnlos ist. Es ist keine optimistische Phrase sondern eine reale Tatsache, daß Richter und Rechtsanwälte auf einander angewiesen sind, und daß ihr einmütiges Zusammenarbeiten, gegenseitiges Verstehen und Achten in beiderseitigem Interesse und in dem der Rechtspflege liegt. Ein solches Zusammenwirken braucht nicht unter einer sachlichen Kritik an den beiderseitigen wissenschaftlichen und beruflichen Leistungen zu leiden, die selbstverständlich jedem Teil offen stehen muß. Wohl aber wird sie durch eine systematische Herabsetzung der Berufsaufgaben des andern Teils unmöglich gemacht.

In der Stellung des Anwalts zum Richter sind gewisse natürliche Spannungen begründet, die durch eine Verbesserung der Gesetzgebung wohl gemildert, aber niemals ganz beseitigt werden können. Der Richter hat als Leiter der Verhandlung unter allen Umständen eine sehr große Macht und muß sie bis zu einem gewissen Grad haben. Dadurch sind die vom Anwalt vertretenen berechtigten Interessen in hohem Maß in die Hand des Richters gegeben; außerdem aber kann er auch dem Anwalt persönlich sehr unbequem werden. Der Anwalt vertritt im Kampf um das Recht eine Partei, und eine gewisse Einseitigkeit seines Standpunkts ist selbstverständlich, ja notwendig. Der Richter soll über den Parteien stehen. Aber er kann nicht beiden recht geben sondern muß sich eine Meinung bilden, die im Zivilprozeß mehr

oder weniger der Auffassung eines der beiden Teile zuneigen, im Strafprozeß mehr der Anklage oder der Verteidigung folgen wird. Der Anwalt sieht seinen Klienten unzählige Male durch diese richterliche Auffassung gehemmt und geschädigt und kämpft fruchtlos dagegen an. Der Richter, der mit seinem Urteil fertig zu sein glaubt, ist nur zu geneigt in den Ausführungen des Anwalts Überflüssiges, ja die Absicht der Verschleppung oder gar Verdunklung zu sehen.

Der Anwalt kennt im allgemeinen den Tatbestand und häufig auch die Rechtsfrage, womit er sich vor der Verhandlung hat beschäftigen müssen, genauer als der Richter, der erst in der Verhandlung damit befaßt wird. Diese Kenntnis des Anwalts mag einseitig sein, aber sie beruht auf persönlichen Erörterungen mit der Partei und auf Vorarbeiten, von deren Umfang der Richter sich häufig keine Vorstellung macht. Der Richter soll den Tatbestand erst in der Verhandlung kennen lernen und arbeitet dabei, namentlich bei den größeren Gerichten, unter Umständen, die einem Eindringen in die Materie recht wenig günstig sind. Man muß das Treiben vor einer Zivilabteilung eines großen Gerichts kennen, um diese Schwierigkeiten der richterlichen Tätigkeit zu würdigen. Es ist nur zu begreiflich, wenn häufig der Richter unter solchen Umständen den Anwalt und der Anwalt den Richter nicht versteht, und der Anwalt, dessen Zeit bis aufs äußerste beschlagnahmt ist, und der von einem Termin zum andern gehetzt wird, ungeduldig wird und nicht immer ganz korrekt bleibt. Andererseits beklagen sich die Richter über nach ihrer Meinung unnütze Vertagungen, über dadurch verschuldete Fruchtlosigkeit ihrer Vorbereitungsarbeit; alles Dinge, die sehr bedauerlich, aber auch wieder eine Folge des ganzen großstädtischen Treibens sind.

Im Strafprozeß liegt der Grund der manchmal vorkommenden Reibungen in erster Reihe in der Unzulänglichkeit der Strafprozeßordnung. Die Verteidigung ist von der Mitwirkung im Vorverfahren so gut wie ausgeschlossen, sie muß deshalb das ganze Gewicht ihrer Tätigkeit in die Hauptverhandlung legen. Gibt es doch Anklagebehörden, die regelmäßig die Entlastungszeugen, auch wenn sie aus den Akten bekannt sind, in der Anklageschrift übergehen und es dem Angeklagten oder seinem Verteidiger überlassen sie zur Hauptverhandlung zu laden. Das rechtzeitig zu tun wird durch die Erschwerung der Akteneinsicht dem Verteidiger oft unmöglich. So zwingt man den Verteidiger in der Verhandlung Beweisanträge zu stellen, die bei einem andern Vorverfahren früher angebracht worden wären. Wegen der Mangelhaftigkeit und Einseitigkeit des schriftlichen Ermittlungsverfahrens sieht die Verteidigung sich oft genötigt auf die Angaben des Angeklagten hin Entlastungszeugen zu benennen, von denen sie bei einem gründlichen Vorverfahren gern Abstand genommen haben würde. Der Ausschluß der Berufung in Strafkammersachen und die ungeheure Verantwortung, die der Anwalt bei der Unterlassung eines auch nur möglicherweise erheblichen Beweisantrags auf sich nimmt, wirken in der selben Richtung. Die Zusammenstöße zwischen Vorsitzendem und Verteidigung, von denen man hört, drehen sich fast ausnahmslos um Beweisanträge, die der Vorsitzende für unnötig hält, und in denen er eine Absicht der Verschleppung wittert, weil er von seinem Standpunkt aus nicht ohne Grund den Wunsch hat die Verhandlung zu Ende zu führen.

Dazu kommen die Halbheit der Stellung, die der Verteidigung in der Strafprozeßordnung eingeräumt ist, die Disziplinarbefugnisse des Vorsitzenden, die sich nur auf den Verteidiger, nicht auf den Staatsanwalt erstrecken, und die in der Hand eines taktlosen Vorsitzenden zum größten Mißbrauch Anlaß geben können; als Kehrseite dazu das Gefühl der Verbitterung bei der Anwaltschaft, das die Folge solcher Ungleichheit, ja Rechtlosigkeit ist. Dem Richter können nur ein sehr starker Wille zur Gerechtigkeit, eine feste Selbstbeherrschung und Zurückstellung der eigenen Meinung bis zum Moment des Urteils, eine unermüdlige Bereitwilligkeit immer wieder zu hören, zu lernen und die bereits gefaßte Meinung zu korrigieren über die sich aus dem Wesen der richterlichen und der anwaltlichen Aufgabe ergebenden Schwierigkeiten hinweghelfen. Beim Rechtsanwalt kommt noch die Notwendigkeit hinzu dem Vertreter der andern Partei sachlich und korrekt zu begegnen, ohne die anvertrauten Interessen zu vernachlässigen. Er bedarf einer sehr in Fleisch und Blut sitzenden formellen Bildung, um dabei immer das Rechte zu treffen. Wo auf einer Seite irgendetwas versagt, sind Reibungen und Zusammenstöße kaum zu vermeiden.

Wenn man das alles erwägt, so muß man sich eigentlich viel weniger über die Spannungen zwischen Anwaltschaft und Gericht wundern als vielmehr darüber, daß sie so selten zu Ausbrüchen führen. Es wird viel zu viel Wesens gemacht von den ab und zu vorkommenden Zusammenstößen zwischen Richter und Anwalt, die von dem Sensationsbedürfnis einer gewissen Presse maßlos aufgebauscht werden und sich fast ausnahmslos auf etliche aufregende Dauerprozesse beschränken. Wenn Richter, Staatsanwalt und Verteidiger in einer Sache wochenlang mit einander zu kämpfen haben, so ist es am Ende kein Wunder, daß sich eine gewisse Nervosität einstellt. Ich möchte nicht den Anschein erwecken, als ob ich in allen Fällen dieser Art, die die öffentliche Meinung in den letzten Jahren beschäftigt haben, die beteiligten Rechtsanwälte stets für völlig schuldlos hielte. Im allgemeinen halten sich dabei die Schuld der Verteidigung und die des Vorsitzenden oder des Staatsanwalts die Wage. Nicht vergessen aber sollte werden, daß die widerwärtigste Szene dieser Art, die ein preußischer Gerichtssaal je gesehen hat, der Angriff eines Staatsanwalts gegen einen ihm geistig und als Mensch hoch überlegenen, angesehenen Anwalt in einem vielbesprochenen Prozeß des Jahres 1900 gewesen ist. Indes, dies sind, wie gesagt, seltene Einzelfälle. Nach meiner jetzt ein Vierteljahrhundert umfassenden Erfahrung als Anwalt kann ich nur erklären, daß selbst unter den schwierigen Verhältnissen von Berlin sich der Betrieb vor den Zivilgerichten und den Strafkammern überraschend leicht abwickelt, und von einem ungünstigen Verhältnis zwischen Richter und Anwalt in ihrer Berufstätigkeit eigentlich nichts zu spüren ist. Namentlich muß ich feststellen, daß in den Kreisen der Rechtsanwälte eine ehrliche Achtung vor dem hohen richterlichen Beruf und eine Neigung jede tüchtige Leistung der Richter dankbar anzuerkennen, die Regel ist.

Diese Erfahrung kann natürlich nicht darüber hinweghelfen, daß aus den Publikationen der Deutschen Richterzeitung eine tiefgehende Verstimmung, ja Feindseligkeit richterlicher Kreise gegen die Anwaltschaft, ein völliges Verkennen der Aufgaben des Rechtsanwalts und ein gutes Stück törichter Überhebung sprechen. Es scheint, daß in diesen, oft recht geschwätzigem

Publikationen sich Luft macht, was sich im Gerichtssaal unter den Formen des Verfahrens und der Rücksicht auf den Ort verhüllt. Auf Einzelheiten der gegen die Anwaltschaft unternommenen Vorstöße einzugehen ist hier nicht möglich. Wo aber der innere Grund dieser Eifersüchtelei liegt, das zeigen zwei Punkte: einmal das Herummäkeln an den Einnahmen der Rechtsanwaltschaft, die maßlos übertrieben und als unberechtigter Gewinn hingestellt werden, und dann die Angriffe gegen die Stellung der Anwälte im Getriebe der Rechtspflege überhaupt.

Die Hervorhebung der pekuniären Seite macht den Streit so besonders peinlich und kindisch. Die Sache wird nicht besser, wenn dabei das Interesse der angeblich durch die Rechtsanwälte geschädigten Schuldner in den Vordergrund geschoben wird. Jeder Kenner weiß, wie schwer es seit der neuen Organisation des Vollstreckungswesens ist auch nur die Forderung, geschweige denn die Kosten vom Schuldner beizutreiben, und jeder weiß, wie oft diese Schuldner einfach nicht zahlen wollen und durch die verschiedensten Praktiken den Gläubiger zu immer neuen kostspieligen Vollstreckungsmaßnahmen zwingen. Der Rechtsanwalt ist bei der Vollstreckung fortwährend in Gefahr die besten Klienten zu verlieren, weil er für den Mißerfolg eines Verfahrens verantwortlich gemacht wird, auf dessen Gelingen er gar keinen Einfluß hat. Er kommt auch bei der Arbeit in der Exekutionsinstanz nicht richtig auf seine Kosten. Ich glaube, die meisten Anwälte wären glücklich, wenn man ihnen diesen ganzen Zweig der Berufstätigkeit samt den daraus erwachsenden Einnahmen, aber freilich auch mit dem Risiko und Ärger, den er mit sich bringt, abnehmen könnte. Nur fürchte ich, daß das Publikum damit nicht einverstanden sein würde, namentlich nicht die Gläubiger, die im Besitz eines vollstreckbaren Schuldtitels doch sozusagen das *Recht* auf ihrer Seite haben und auch einige Berücksichtigung verdienen. Jeder Rechtsanwalt wünscht seinen Klienten unnötige und unberechtigte Kosten zu ersparen, namentlich auch im Interesse der Forderungsberechtigten. Das Zahlungsmandatsverfahren würde viel mehr angewandt werden, wenn nicht eben die Erfahrung bewiesen hätte, daß es nicht nur böswilligen Schuldnern gegenüber absolut versagt sondern auch bei unbestreitbaren Ansprüchen allen denen gegenüber wirkungslos bleibt, die vielleicht gern zahlen möchten, aber es noch nicht können, und die deshalb vor allem Zeit gewinnen wollen. Zu einer dieser beiden Kategorieen gehören aber die meisten Schuldner, gegen die der Gläubiger gerichtliche Hilfe anrufen muß; wer zahlen will und kann, pflegt es meist zu tun. »Verbilligung der Rechtspflege«: sehr schön. Aber sie kann unmöglich auf unbezahlter Arbeit anderer beruhen, wozu auch eine unangemessen bezahlte Arbeit gehört. Und die Richter werden doch nicht leugnen können, daß ihre Gehälter seit 1879, dem Inkrafttreten der Gebührenordnung für Rechtsanwälte, erhöht worden sind, die Gebühren der Rechtsanwälte aber in der Hauptsache gleich geblieben sind, trotz der Verdoppelung der Kosten der Lebenshaltung und noch stärkerem Steigen aller Geschäftsauslagen, die seitdem eingetreten sind.

Radikale Abhilfe könnte nur die völlige Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands bringen, wie die Sozialdemokratie sie fordert. Diese aber ist kaum anders denkbar denn als Korrelat weiterer wirtschaftlicher und politischer Umwälzungen, für die die Herren von der Deutschen Richter-

zeitung sich schwerlich erwärmen werden. Sie, die sich über die Einnahmen der Rechtsanwaltschaft aufhalten, sich aber vom Staat jedes Quartal ein festes Gehalt auf den Tisch legen lassen, haben keine Ahnung davon, was es heißt einen Beruf auszuüben, bei dem man neben den eigenen Existenzmitteln auch für die seines Personals zu sorgen und dabei die moralische und pekuniäre Verantwortung nicht nur für die eigene Arbeit sondern auch für die der Hilfskräfte zu tragen hat. Sie hören nur die anscheinend große Summe, die der Verteidiger für eine Verhandlung von wenigen Stunden erhält, und denken nicht daran, was alles damit gedeckt werden muß: Gehälter und andere Unkosten, Studium und Altersversorgung, Vorarbeit in der betreffenden Sache, dazu aber auch die große Menge unbezahlter Arbeit, die von jedem Anwalt außerdem gefordert wird; eine Arbeitslast freilich, mit der wir unsere Freiheit erkaufen, und von der wir nicht für den Preis der Gebundenheit des Beamtentums befreit werden möchten.

Ich will den Grund dieses kleinlichen Kampfes gegen die wirtschaftliche Stellung der Anwälte nicht einmal in erster Reihe in einem Gefühl des Neides sehen, das den mäßig bezahlten Beamten ergreifen mag, wenn er von den phantastisch übertriebenen Einnahmen hört, die einzelnen wenigen Anwälten zugeschrieben werden. Die Hauptsache ist vielmehr das alte, in den bürokratischen Familien festgewurzelte Vorurteil gegen jede freie Berufsarbeit, die des Erwerbs wegen getrieben wird. Man kommt in diesen Kreisen vielfach noch nicht über den altväterischen Beamtenhochmut hinweg, daß es nur anständig sei vom Staat Geld zu nehmen, und daß der privaten Arbeit für den Erwerb ein Makel anhafte; natürlich immer nur dem gegenüber, der das Geld erarbeitet, während nachher, wenn es ohne Arbeit auf die nächste Generation übertragen wird, niemand an dem nichterarbeiteten Besitz mehr einen Flecken findet.

Vorwiegend bürokratisch ist auch die Mißstimmung mancher Richter gegen die prozessuale Stellung und Wirksamkeit der Anwaltschaft. Man tut so, als ob der Anwalt sich zwischen das Volk und den Richter dränge und den Richter an der Entfaltung seiner eigenen segensreichen Tätigkeit hindere. Welche maßlose Unklarheit liegt darin dem Richter außer der Aufgabe der Entscheidung noch die Rolle des Parteivertreters, und zwar die Wahrnehmung der Interessen beider Seiten, aufhalsen zu wollen! Davon aber will ich hier nicht sprechen sondern nur ein praktisches Moment hervorheben: Wenn die Richter wirklich, wie sich manche vorstellen, alle Prozesse in unmittelbarem Verkehr mit dem Publikum ohne Vorarbeit durch die Anwaltschaft erledigen sollten, so würde die ganze Justizpflege zum Stillstand kommen; ein Richter, der jetzt 40 bis 50 Termine an einem Vormittag erledigt, würde mit 4 bis 5 nicht fertig werden. Das Publikum würde sich auch dafür bedanken seine Rechtsangelegenheiten nicht im Bureau seines Anwalts sondern bei einer Behörde, die mit ihm im bürokratischen Stil verkehrt, vortragen zu müssen. Das sind sinnlose Wünsche, die sich praktisch nicht verwirklichen lassen, und an deren Durchführung niemand ein Interesse hätte. Lediglich das bürokratische Gefühl der Unübertrefflichkeit kommt bei solchen Treibereien auf seine Rechnung und ist der eigentliche psychologische Grund davon. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß der Anwaltszwang in seiner heutigen Form ein Rühmichnichtan wäre; diese Frage kann aber unter dem Gesichtspunkt der Standeseifersüchteleien nicht in fruchtbarer Weise erörtert werden.

uns, daß auch heute noch eine große Zahl von Arbeitern der Berufsorganisation entweder gleichgültig oder sogar feindlich gegenübersteht, abgesehen von den Gelben, die direkt und bewußt gegen ihr eigenes Klasseninteresse arbeiten, weil sie glauben dadurch persönliche Vorteile erringen zu können. Bei diesem Unverstand und Indifferentismus der Massen wurde die Entwicklung der Gewerkschaften dann noch jahrzehntelang durch die Verfolgungen der Polizeibehörden im Reich, in den Einzelstaaten und den Gemeinden gehemmt. Wenn trotzdem jetzt schon in Deutschland 2½ Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, die ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen und den Arbeitgebern und deren Organisationen ihre Macht gegenüberstellen, so zeigt dies, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst die ersten Keime der Organisation zur Entfaltung brachten. Ich brauche hier nicht im einzelnen über die Erfolge der Gewerkschaften zu berichten. In der Rundschau der Sozialistischen Monatshefte wird dauernd darüber berichtet, welche bedeutenden, von Jahr zu Jahr wachsenden Summen die Organisationen für die segensreich wirkenden Unterstützungseinrichtungen ausgeben, wie die Zahl der Tarifverträge, die sie abschließen, und ihre Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben fort-dauernd im Steigen begriffen ist usw. Ich möchte nur daran erinnern, daß es eine Zeit gegeben hat, in der selbst in der Arbeiterbewegung und ihrer Presse darüber diskutiert wurde, ob die Gewerkschaften überhaupt notwendig und nützlich seien, ob sie sich politisch neutral zu halten hätten, und wo die Grenzen ihrer Macht lägen. Merkwürdigerweise waren dabei verschiedene Kritiker aus den Reihen der Gewerkschafter selbst der Meinung, daß die Macht der Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiet ihre ganz bestimmten natürlichen Grenzen habe, während der politische Massenstreik sichern Erfolg verspreche und ganz neue Aussichten für den Sieg des Proletariats eröffne.

Im allgemeinen dürfte wohl kaum ein Streit darüber bestehen, daß jeder Bewegung gewisse Grenzen gezogen sind, über die sie nicht hinauskommen kann. Gerade deshalb ist es notwendig, daß sie sich nach Bundesgenossen umsieht. Die Gewerkschaften haben dies von Anfang an getan. Alle Verbände, die der Generalkommission angeschlossen sind, sahen stets ihre politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei. Jetzt will man sie für politische Vereine erklären und dem Reichsvereinsgesetz unterstellen. Wenn bei uns nicht alles im umgekehrten Verhältnis zu einander stände wie es stehen müßte, so dürfte bei 111 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten eine solche Aktion gegen die Gewerkschaften gar nicht möglich sein; sie könnte uns fast in Versuchung führen über die Grenzen der Macht der politischen Arbeiterbewegung zu schreiben, soweit der Parlamentarismus dabei in Frage kommt. An die Genossenschaften, und speziell die Konsumvereine als an einen weitem Bundesgenossen dachte man bis vor zirka 10 Jahren in gewerkschaftlichen Kreisen kaum jemals. Der Berliner Gewerkschaftskongreß von 1896 war über den Punkt Gewerkschaften und Genossenschaften noch fast einstimmig zur Tagesordnung übergegangen. Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß die Arbeiter nur als Produzenten, das heißt als Verkäufer ihrer Arbeitskraft, ausgebeutet werden. Ihre Macht als Konsumenten kam ihnen höchstens flüchtig in Erinnerung, wenn es sich darum handelte den Boykott als wirtschaftliches oder politisches Kampfmittel anzuwenden. Zudem hatten die Genossenschaften unter der

deutschen Arbeiterschaft keinen guten Klang. Der Umstand, daß zu Beginn der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch der Streit um die Produktivgenossenschaften mit oder ohne Staatskredit geführt wurde, hatte nicht zur Förderung der Genossenschaftsbewegung beigetragen. Auch bestand bis 1889 für alle Genossenschaften die unbeschränkte Haftpflicht. Nachdem durch Änderung des Genossenschaftsgesetzes die beschränkte Haftung zugelassen war, entstand im industriereichen Sachsen eine Anzahl von Sozialdemokraten gegründeter und geleiteter Konsumvereine, die sich meist darauf beschränkten die erzielten Überschüsse am Jahres-schluß wieder an die Mitglieder zu verteilen. Für die Verbreitung der Genossenschaften war diese Verteilung des Überschusses, der Dividende, aber ein gutes Agitationsmittel, so daß der Konsumverein Leipzig-Plagwitz unter der Leitung eines tüchtigen Geschäftsführers (Fell) vorbildliche Produktionswerkstätten errichten konnte. Indessen bestand bei den Genossenschaften damals noch nicht die feste Absicht zur Eigenproduktion überzugehen, und selbst die Gründung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg dürfte kaum als bewußter Beginn der Eigenproduktion zu betrachten sein. Erst im Gründungsprogramm des Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion in Hamburg wurde die Eigenproduktion als das eigentliche Ziel der Bewegung hingestellt. Aber gerade gegen dieses Programm, das heute allgemein gebilligt wird, wurden aus den Kreisen der Parteigenossen die heftigsten Angriffe gerichtet. Man fürchtete, ebenso wie früher für die Gewerkschaften, daß die Genossenschaften ihre Entwicklungsmöglichkeiten überschätzen könnten, was glücklicherweise nicht der Fall war. Die Produktion wurde jedoch, vielleicht gerade um ihrer weit gesteckten Ziele willen, von Anfang an von der Hamburger Gewerkschaftsbewegung getragen, und dieser Tatsache ist auch ihr schneller Aufschwung zu danken.

Als das Eis erst einmal gebrochen war, wurden gerade auf Grund des verpönten Programms in einer Anzahl größerer, mittlerer und kleiner Industriestädte Konsumvereine gegründet. Als dann 1902 auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach diese sogenannten modernen Konsumvereine aus dem Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Deutschlands ausgeschlossen wurden, da mußte die Sympathie der organisierten Arbeiter auf ihrer Seite sein. Im Jahr 1903 erfolgte die Gründung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine, und 1905 beschäftigte sich der Gewerkschaftskongreß in Köln unter anderm auch mit der Frage Gewerkschaften und Genossenschaften. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen von Elm wurde, wie bekannt, mit allen gegen 10 Stimmen folgende Resolution angenommen:

»Der Gewerkschaftskongreß erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen. Der Kongreß verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder in den Konsumvereinen das Bestreben zu fördern auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfsartikel der großen Masse der Konsumenten zu schreiten.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft kann in Deutschland wesentlich dazu dienen für die gewerkschaftlichen Bestrebungen vieler Berufe einen Stützpunkt und einen Rückhalt zu bieten dadurch, daß ge-

nossenschaftliche Großbetriebe mit musterhaften sanitären Einrichtungen geschaffen werden. Hierzu hält der Kongreß die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, da durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumkraft des Volks erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinsbewegung gestärkt wird. Zunächst erachtet der Kongreß im Interesse sowohl der Gewerkschaften als der Genossenschaften, daß ein freundschaftliches Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Bewegungen Platz greift und tiefgehende Differenzen sowie unfreundliche Auseinandersetzungen vermieden werden. Der Kongreß hält es deshalb im Interesse der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;
2. die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anerkennen;
3. bei ihren Einkäufen grundsätzlich die in Zuchthäusern, Strafanstalten und zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikate ausschalten und Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Hausindustrie herstellen lassen, möglichst von der Lieferung ausschließen. Produktivgenossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen im Einverständnis mit dem Zentralverband des Berufs gegründet wurden und sie sich verpflichten ihre etwaigen Überschüsse im allgemeinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse zu verwenden;
4. bei denjenigen Berufen, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen organisierten Arbeitern und Fabrikanten beziehungsweise Prinzipalen bestehen, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche die Gewerkschaften, deren Tarife und Forderungen anerkennen, sowie bei Vergebung von Arbeiten an Privatunternehmer respektive bei Bewirtung genossenschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen.

5. bei den von den Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftskartellen respektive von dem Gewerkschaftsausschuß als berechtigt anerkannten Boykotts die boykottierten Firmen bei ihrem Warenbezug nicht mehr zu berücksichtigen. Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichten sich demgegenüber in allen Fällen von Boykotts für die weitestgehende Aufklärung des konsumierenden Publikums zu sorgen. Über etwaige Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften entscheiden, soweit es sich um örtliche Fragen handelt, in erster Instanz die Vorstände der beteiligten Gewerkschaft und Genossenschaft. Kommt eine Einigung nicht zustande, oder fügen sich die Parteien der getroffenen Entscheidung nicht, so hat ein Schiedsgericht aus Vertretern der örtlichen Gewerkschaftskommission (in deren Ermangelung der örtlichen Gewerkschaftsleiter) und aus Vertretern der örtlichen Konsumvereine des Distrikts unter Leitung eines von diesen Vertretern hinzugezogenen Unparteiischen, einen Schiedsspruch zu fällen.

Bei Differenzen zwischen einem Gewerkschaftsverband und der Gesamtheit der Genossenschaft soll die Bildung dieses Schiedsgerichts dem Zentralvorstand der beteiligten Gewerkschaftsorganisation und dem Vorstand des Zentralverbands deutscher Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein, und alle Peßerörterung über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedsspruchs vermieden werden.

Im Interesse der genossenschaftlichen Entwicklung und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Angestellten der Konsumvereine verurteilt der Kongreß entschieden das Bestreben die Konsumvereine lediglich als Dividendeninstitutionen der Mitglieder zu betrachten. Der Kongreß hält die Genossenschaften für verpflichtet jährlich Rücklagen zur Einführung eigener örtlicher Produktion und zur Förderung einer allgemeinen genossenschaftlichen Produktion für das Reich zu machen, und erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie in diesem Sinn in den Genossenschaften wirken.«

In dieser ungewöhnlich langen Resolution ist so ziemlich alles enthalten, was über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften zu sagen ist. Wenn alle maßgebenden Persönlichkeiten die Vorschriften dieser Resolution befolgen, kann es zu keinen tiefgehenden Differenzen kommen. Das Miteinanderauskommenkönnen ist auch eine Kunst, die ge-

lernt sein will, und dazu bieten gerade genossenschaftliche und andere Arbeiterbetriebe Gelegenheit genug. Genossen, die eine andere Gesellschaftsordnung erstreben, in der letzten Endes aber doch auch gearbeitet werden muß, sollten alles daran setzen zu zeigen, daß sie schon jetzt solche Musterbetriebe schaffen können. Das gilt nicht nur für die Führer sondern für alle in Genossenschaftsbetrieben tätigen Genossen und Genossinnen. Der Aufbau, die Organisation, das Zusammenarbeiten in solchen Betrieben sollen zeigen, wie Arbeiter instände sind ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen. Je besser die Sache klappt, desto größere Ausdehnung wird die Eigenproduktion der Konsumvereine als Arbeitergenossenschaften gewinnen, desto mehr Boden wird sie also dem Privatkapital entziehen. Dies aber, nicht die Rückvergütung, ist ihr wichtigster Zweck. Der Wille zu Macht und Einfluß zu gelangen muß in der organisierten Arbeiterschaft so stark sein, daß er den gesamten Arbeiterkonsum zusammenzufassen imstande ist. Dieses Ziel ist wohl einer unaufhörlichen Propaganda wert. Freilich, wie weit seine Verwirklichung möglich ist, wo die Grenzen des Wachstums der Genossenschaften liegen, das ist genau so wenig vorauszubestimmen wie auf gewerkschaftlichem und auf politischem Gebiet. Sicher ist nur, daß zu einem großen Geschäft eine zahlreiche Kundschaft gehört; sonst kann selbst ein bedeutendes Warenhaus in Konkurs geraten, auch wenn mächtige Banken und schwerreiche Geldgeber von großem Einfluß wie der Fürstenkonzern dahinter stehen. Zweifellos stellen auch die Warenhäuser gegenüber den kleineren Detailgeschäften eine höhere Entwicklungsform des Handels dar; aber sie dienen nur dem Zweck dem Privatkapital zu nützen und es zu mehren. Die größeren Konsumvereine müßten deshalb, trotz der in Preußen bestehenden Umsatzsteuer, ebenfalls zur Errichtung von Warenhäusern übergehen, damit ihnen dieser Absatz nicht verloren geht. Weshalb sollten die Konsumvereine sich auf Kolonialwaren und sonstige Lebensmittel beschränken?

Wie weit die Konsumvereine den Kreis ihrer Mitglieder über die Arbeiterschaft hinaus ausdehnen können, das wird in den einzelnen Gegenden verschieden sein, da häufig den Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten der Beitritt von ihrer vorgesetzten Behörde untersagt ist. Die Mitglieder der neugegründeten Organisationen der Bankbeamten und Techniker dürften noch am ehesten für die Konsumvereine zu interessieren sein, sofern sie nicht bereits Beamtenkonsumvereinen angehören. Die Beschaffung der Mittel für die weitere Ausdehnung der Produktion ist zwar keine so einfache Sache. Doch ist sie auch nicht das größte Hindernis, wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat. Der Betrieb von Bäckereien und Schlächtereien durch die Konsumvereine, die Errichtung von Seifen-, Zündholz-, Teigwaren- und Tabakfabriken durch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, alles dies eröffnet uns Möglichkeiten, an die früher niemand geglaubt hätte. Als reine Produktivgenossenschaften wären alle diese Gründungen undenkbar gewesen; sie wurden erst dadurch ermöglicht, daß sie sich auf einen Absatz durch den organisierten Konsum stützen konnten.

Die Zahl der Mitglieder der dem Zentralverband angeschlossenen 1157 Konsumvereine betrug 1913 1 620 694 und deren Umsatz im eigenen Geschäft 472 006 215 Mark, im Lieferantenverkehr 32 856 191 Mark; der Wert der Eigenproduktion der Konsumvereine des Zentralverbands belief sich auf 99 877 629 Mark, das sind 21 % des Umsatzes. Der Gesamtumsatz der Groß-

einkaufsgesellschaft hatte 1913 die Höhe von 154 047 316 Mark und war somit um 18 Millionen Mark größer als im Vorjahr, die Eigenproduktion belief sich auf 11 076 579 Mark. Die Bankabteilung hatte einen Umsatz im Debet von 198 856 636 und im Kredit von 200 496 408 Mark. Als Bindeglied ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge in Hamburg hinzugekommen, die am 28. Februar dieses Jahres bereits über 100 000 Policen ausgestellt hatte. Das Aktienkapital ist je zur Hälfte von Gewerkschaften und Genossenschaften aufgebracht worden; Vorstand und Aufsichtsrat setzen sich ebenfalls zur Hälfte aus Vertretern dieser beiden Körperschaften zusammen. Wer als Sozialdemokrat unbedingt an die Notwendigkeit praktischer Arbeit zum Vorteil der Arbeiterschaft glaubt, der wird sich über die hier kurz skizzierte Entwicklung sicherlich freuen können. Um so mehr, wenn er bedenkt, daß, als diese Einrichtungen geschaffen wurden, gar nichts vorhanden war, weder Kapitalien der Arbeiter noch solche anderer Personen. Es gab damals in der Tat weiter nichts als einige organisierte Konsumenten, die wie die *verrückten Leineweber* in Rochdale nun auf einmal Kaufmann spielen wollten.

Die bürgerlichen Kreise, die sich nicht genug darüber entrüsten konnten, daß die Sozialdemokratie alles negiere und keine praktische Arbeit leiste, rufen nun nach der Polizei, weil sie sich geschäftlich bedroht fühlen und die Konkurrenz fürchten. Es steht aber niemandem ein Recht auf die Kundschaft der Arbeiter zu, und wenn diese sie nicht verschenken sondern selber ausnutzen wollen, so hat niemand etwas hineinzureden. Gleichwohl versucht man immer wieder die Gesetzgebung gegen die Arbeiterkonsumvereine in Bewegung zu setzen, während zu gleicher Zeit die landwirtschaftlichen und Handwerker-genossenschaften von Regierung und Gesetzgebung gefördert werden. Es gibt aber kein größeres Unrecht als die praktische Betätigung der Arbeiterschaft, gleichviel auf welchem Gebiet, durch Zwangsmaßregeln einengen zu wollen. Die sozialdemokratischen Vertreter haben deshalb die Pflicht in allen gesetzgebenden Körperschaften in energischer Weise ihren Einfluß aufzubieten, um mindestens Verschlechterungen in dieser Beziehung zu verhindern.

Die Arbeit, die von den Gewerkschaften und den Genossenschaften bisher geleistet worden ist, war notwendig und nutzbringend für die Arbeiter. Sie muß mit verstärktem Eifer fortgesetzt werden, damit der Arbeiterklasse immer mehr wirtschaftliche Macht und wirtschaftlicher Einfluß gewonnen wird. Das schließt aber ihre politische Betätigung selbstverständlich durchaus nicht aus, enthebt sie auch nicht im geringsten davon. Im Gegenteil, das Beste war stets: das eine tun und das andere nicht lassen.

XX

WALTER OEHME · STRÖMUNGEN DER MODERNEN PÄDAGOGIK



EDE Erziehung wurzelt in der Kultur; das Erziehungswesen besitzt keine Eigenbewegung, die Bewegung der Kultur ist die seine. Hier soll nun jener innige Zusammenhang von Kulturideen und pädagogischen Strebungen an den neuesten Formen der pädagogischen Probleme erkannt werden. Die Stoffgliederung ist im Hinblick auf dieses Ziel der Philosophie entlehnt; denn die Philosophie ist die Psychologie

der Kultur. Doch nicht das Chaos einzelner philosophischer Systeme soll richtunggebend sein, sondern das Problem der Kultur und der Philosophie überhaupt, das in der Gegenwart mehr neue Lösungsversuche als je gezeitigt hat: Individuum und Organisation. Es soll versucht werden in den modernen pädagogischen Strömungen einmal die Einflüsse des Individualismus und das anderemal die des Sozialismus im weitesten Sinn nachzuweisen.

Das Chaos pädagogischer Systeme und Lehrgebäude, das die Theorie und in kleinem Umfang auch die Praxis unseres heutigen Erziehungswesens charakterisiert, ist die Reaktion gegen das pädagogische Dogma des 17. und 18. Jahrhunderts, das ein allgemein und ewig gültiges System, wie auf allen anderen Gebieten, so auch auf dem der Pädagogik lehrte. Die moderne Pädagogik lehrt fast allgemein, daß es ein solches Erziehungssystem, das für jedes Subjekt und Objekt der Erziehung und für alle Zeiten gilt, nicht gibt. Jede Erziehung, im engsten Sinn gefaßt: als die planmäßige Einwirkung der herrschenden Generation auf die wachsende, ist geschichtlich bedingt denn sowohl die Subjekte wie die Objekte der Erziehung, beide Generationen, sind der geschichtlichen Entwicklung und Veränderung unterworfen. Jedes Subjekt wie jedes Objekt der Erziehung ist nicht nur ein Glied einer der beiden Generationen, vielmehr ein durch Anlagen und Fähigkeiten fest umgrenztes Individuum, die Erziehung mithin nach beiden Seiten individuell bedingt. Das Ziel der Erziehung, die Orientierung für die planmäßige Einwirkung, ist bestimmt durch die moralischen Anschauungen der herrschenden Generation, unterliegt also ebenfalls der geschichtlichen Entwicklung. Da es aber selbst für die jeweilig herrschende Generation kein unbedingt allgemeingültiges System der Moral gibt, ist auch das Ziel der Erziehung in gewissen Grenzen individuell bedingt. Die Erziehung kann mithin kein allgemein (und ewig) gültiges System sein, weil sie einmal für ihr Subjekt und Objekt, dann aber auch für ihr Ziel individuell und geschichtlich bedingt ist. Diese Thesen etwa kennzeichnen die prinzipielle Stellung der Pädagogik des 20., zum Teil auch des 19. Jahrhunderts, gegenüber der des 17. und 18. Es ist unverkennbar, daß sie zunächst rein negativer Natur sind, so daß prinzipiell eigentlich jede der positiven Lösungen berechtigt ist, solange sie nicht den Anspruch erhebt die alleinseligmachende zu sein. Das bedeutet letzten Endes nicht eine fruchtbare Vielgestaltigkeit sondern die Planlosigkeit in Permanenz, das heißt die Negierung einer planmäßigen Einwirkung. Es werden eben stets Grenzen einen Plan umreißen müssen. Diese Grenzen zu finden ist die bisher noch ungelöste Aufgabe der modernen Pädagogik.

Stoß und Gegenstoß bedingen den Kreislauf der Erscheinungen. Das Dogma des *Normalmenschen* des 17. und 18. Jahrhunderts stürzten die Fanfaren des Individualismus eines Schopenhauer, Feuerbach und Nietzsche. Mochte er sich nun im Stoß gegen die alles mechanisierende, nivellierende Technik mit ihren Massengesetzen als Subjektivismus äußern oder in der edlern Form der Persönlichkeitssehnsucht oder gegen den (oft heuchlerischen) Altruismus als mehr oder weniger betonter Egoismus, auf der Individualität lag stets der Hauptton. Auch das Kind war nicht mehr der zum Normalmenschen strebende unvollkommene Mensch, es errang sich das Recht der Individualität. Das Kind als geschlossenes, vollberechtigtes Individuum wird der Ausgangspunkt all der vielen Kapitel im Evangelium von seiner Majestät dem Kind.

Durch die Herbart'schen Ideen eines möglichst »vielseitigen gleichschwebenden Interesses« war in der Schule das Ideal der »Lückenlosigkeit des Bildungsstoffs« herrschend geworden. Ein möglichst umfangreiches ausgeglichenes Wissen sollte dazu dienen die Gleichförmigkeit der Schüler so weit wie möglich zu fördern. Das Ideal der Gleichförmigkeit wurde auf Grund des Individualitätsdogmas verworfen und der Kampf gegen die *Lernschule* eröffnet, der man vorwarf, daß sie aus einer Erziehungsanstalt zum Unterrichtsinstitut geworden sei, während sie gerade in der Einspannung der Schüler in ein bestimmtes Unterrichtsziel das beste Erziehungsmittel sah. Phrasentum, Verbalismus, Memoriermaterialismus: so und weniger höflich waren die Titulaturen, mit denen man das alte System überhäufte. Die Kinder würden durch die einseitige Ausbildung des Verstandes oder, noch schlimmer, des Gedächtnisses zu passiven Gedächtnismenschen erzogen. Der Stoffdrill unterbinde jede Selbsttätigkeit. Das war der Einfluß des aus dem Individualismus resultierenden Voluntarismus. Das Recht der Aktivität ward proklamiert. Produktive Arbeit sollte von den Schülern geleistet werden. So setzte man der *Lernschule* die *Arbeitsschule* entgegen. Keiner der beiden Termini traf das Prinzip, das er kennzeichnen wollte; so haben sie viel Unheil und Verwirrung angerichtet. Kurzsichtige Fanatiker identifizierten die Arbeit mit manueller Betätigung. Die Arbeitsschule hat damit nichts zu tun. Reißmann sagte abwehrend: »Es muß von vornherein betont werden, daß die Arbeit, die das charakteristische Merkmal der sogenannten Arbeitsschule bildet, keineswegs an eine bestimmte Arbeitsform gebunden ist.« Der voluntaristische Einfluß äußerte sich in der Reaktion gegen die Passivität des *Nurstoffaufnehmens* als Forderung der Aktivität des Kindes zum Zweck der Willensbildung. Ein anderer Weg noch mündet in die Arbeitsschule. Die Ausbildung eines allseitig durchgebildeten Normalmenschen, der von der Warte des Idealismus herab die Welt sah, durfte nicht mehr Aufgabe der Schule sein. Dafür schob der durch den Individualismus bedingte Realismus der Schule die Aufgabe zu dem Kind vor allem das zu übermitteln, was es im Berufsleben, im Kampf ums Dasein notwendig brauchte, während die Idealisten gerade das für das Wertvolle an der Schule hielten, daß sie den Kindern das gab, was das Leben ihnen später nicht oder nur selten bot. So gebar der Realismus die Feindschaft gegen den Humanismus, die Forderung lateinloser Schulen einmal als krasser Realismus der Zweckmäßigkeit, ein andermal mit dem patriotischen Anstrich *deutscher* Erziehung. Aktivität und Lebenspraxis bestimmen den Inhalt der Arbeitsschule. Der Stoff, der beim gleichschwebenden vielseitigen Interesse Herbarts eine große Rolle spielte, hat seinen Wert als solcher verloren, er kommt nur noch in Betracht, soweit er eine elementare Waffe im Kampf ums Dasein darstellt. Nicht der erarbeitete Stoff, sondern die dabei aufgewendete Kraft wird die Basis der Verstandes-, Gemüts- und Willensbildung der Arbeitsschule. Das führt zur Stoffplanbeseitigung, zur Beschränkung des Stoffs und zur Abänderung der Stoffgebiete in der Richtung der durch das praktische Leben gestellten Aufgaben. Das führt zur Betonung der Erfinder- und Entdeckertätigkeit des Kindes. Aus dem Lernen wird Suchen und Finden, aus dem Sehen Beobachten, aus dem Wissen Denken. Daneben tritt die Ausdehnung der körperlichen Betätigung, die Ausbildung des Tastsinns, der manuellen Tätigkeit, die Hand-, Experimentier- und Werkstättenarbeit.

Der gewaltige Aufschwung der Naturwissenschaften brachte mitten hinein

in das individualistische Streben den Entwicklungsgedanken und die Lehre vom Parallelismus der onto- und phylogenetischen Entwicklung. Aus dem Recht des Kindes ward das Recht des Kindes auf Entwicklung. Nicht das spätere Leben mit seinen Ansprüchen wird maßgebend (im Gegensatz zum Realismus), allein die jeweilige Entwicklung des Kindes bestimmt den Weg der Erziehung. Nicht nur hat der Lehrer die Entwicklung des Kindes auf das genaueste zu beachten, woraus experimentelle Pädagogik und Kinderpsychologie resultieren, er hat auch allen Zwang zu vermeiden und dem Kind völlige Freiheit in seiner Entwicklung zu lassen. So entstehen die Forderungen der sogenannten *freiheitlichen Erziehung*. Da nur das Kind imstande ist den jeweiligen Stand seiner Entwicklung, wenn auch unbewußt, zu erkennen, so muß ihm selbst die Bestimmung über die nächsten Schritte bleiben. Es muß sagen, was zu wissen ihm nottut. Das Kind fragt, der Lehrer antwortet. Nach der Proklamation der *Kinderfrage* fordert das Naturrecht der Selbstentwicklung Lehr- und Lernfreiheit. Einen Zwang zum Unterrichtsbesuch gibt es nicht. Jedem Kind steht nicht nur die Wahl des Faches sondern der Besuch des Unterrichts überhaupt frei. Bei einer derartig individuellen Entwicklung ist eine Vergleichung der Leistungen, das Erreichen eines engumgrenzten Ziels unmöglich und auch nicht beabsichtigt, so daß die Prüfungen und alle normierenden Ordnungen abgelehnt werden. Es kann nicht geleugnet werden, daß es im Wesen des organisierten Zwangs der Schulerziehung liegt, daß die Gefahr der Unterdrückung oder gar Erstickung des Selbstwachstums sehr groß ist. Dennoch sieht die sehr große Zahl der Gegner dieser extremsten *freiheitlichen* Erziehung darin das kleinere Übel und lehnt es ab die Schule der Planlosigkeit auszuliefern. Und so haben sich die Kompromisse gebildet, die dem Lehrer die Aufgabe zudiktieren mittels seines überlegenen Geistes, aber ohne jeden äußern Zwang, die Entwicklung des Kindes in gewisse feste Bahnen zu lenken, bei sorgsamer Beachtung der Entwicklungstendenz des Kindes. Nicht der Zwang zur willkürlichen Aufmerksamkeit, verwirklicht durch straffe Schulzucht, ist Ziel des Unterrichts sondern die Erziehung der passiven Aufmerksamkeit durch Belegung des Stoffes, durch anschauliche Objekte. (Hier mündet das Prinzip in die Arbeitsschule.) Fleiß ist in der freiheitlichen Erziehung nicht die Überwindung der Unlust zur Arbeit, sondern die Freude am Wirken, die Schaffensfreude; diese zu erhalten die Kunst der Erziehung. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit die Verwandtschaft mit Rousseau. Das Recht der Selbstentwicklung findet seine ethische Begründung in der These, daß von Natur aus alles gut sei und daher ein Recht habe sich fortzuentwickeln. Das Kind kennt die Begriffe gut und böse nicht, es vermag also auch nichts Böses zu tun. Der in ihm ruhende Forschungs- und Bewegungstrieb muß die Basis der Erziehung bilden. Die Ausbildung des Willens und der Selbstbeherrschung muß den durch die Natur gegebenen Widerständen überlassen bleiben. Die Gegner tadeln an der Bewegung, daß sie die Erziehung des Kindes vernachlässige und Zügellosigkeit und Willkür zum Resultat habe. Zur Verteidigung wird gesagt, daß diese prinzipielle Ablehnung die Verneinung einer Erziehung des Menschengeschlechts bedeute. Die *freiheitliche* Erziehung glaubt vielmehr gerade in der Selbstverwaltung der Schule durch die Kinder das Beste für die Lösung des Problems der Einordnung des Individuums in den Organismus getan zu haben. Hier ist der Berührungspunkt der beiden Antipoden Individuum und Organisation, hier geht der Indivi-

dualismus in den Sozialismus über. Denn es ist letzten Endes eine soziale Hypothese, die lehrt, daß das Problem Mensch zu Mensch in der Kindheit gelöst werde, indem man es dort nicht umgeht sondern das Kind mitten hineinstellt. Es mögen deshalb die wenigen Worte über die Selbstverwaltung bei der Erörterung der Einflüsse des Sozialismus gesagt werden. Da nach der oben skizzierten Anschauung jede Entwicklungsstufe des Kindes volle Wertigkeit besitzt, so ist alles in ihr berechtigt, also auch die Sprache des Kindes, sie ist für das Kind die einzig richtige Mundart. Aber nicht nur das Kind hat ein Recht auf *Altersmundart*. Da sich der Lehrer aufs sorgfältigste der Entwicklung des Kindes anzupassen hat, da es die schwerste pädagogische Sünde ist von eigenen psychologischen Anschauungen auf die Psychologie des Kindes zu schließen, da es Pflicht des Lehrers ist sich in engsten Kontakt mit dem jeweiligen Entwicklungsstadium des Kindes zu bringen, sich auf die selbe Stufe mit ihm zu stellen, um sich ihm verständlich zu machen, so muß auch er die Mundart des Kindes sprechen.

Diese subjektivistischen Extreme des Individualismus fanden eine Vertiefung in der *Persönlichkeitsbewegung*. Der Protest gegen die Schablonisierung und Gleichmacherei allein, die Negierung eines Normalmenschen waren wenig inhaltsreich. Positives konnte der subjektivistische Individualismus zu dem ewigen Problem nicht beitragen. Denn damit, daß das Individuum nun Subjekt der gesamten Welt- und Gesellschaftsordnung wurde, war ihm noch kein Inhalt gegeben. Es umfaßte alles. Nützliches und Schädliches, Gesundes und Krankes, Gutes und Schlechtes in heillosem Wirrwarr. Es galt Harmonie zu schaffen. Jenen Begriff der Harmonie, der mit Gleichförmigkeit identisch ist, konnte der Persönlichkeitsindividualismus nicht annehmen. Er sieht die Harmonie nicht in der gleichmäßigen Ausbildung aller Kräfte, sondern in der vernunftgemäßen Unterordnung aller Kräfte unter eine besonders hervorragende Kraft oder Fähigkeit. Diesen Begriff der Harmonie versuchte man auch auf die Außenwelt zu übertragen. Jede Persönlichkeit ward je nach ihrer Ausbildung und ihrem Charakter eingefügt in den Organismus als arbeitende Kraft an der Stelle, an der sie gebraucht wurde, und alle Kräfte waren orientiert an der einen leitenden Idee: Fortentwicklung der Menschheit. Die Ausbildung solcher Persönlichkeiten wird die Aufgabe der Persönlichkeitspädagogik. Der Lehrer muß den Schüler in sich selbst die Tendenz suchen und finden lassen, die bestimmt ist Grundtop der harmonischen Ausbildung zu werden. Auf diese unbewußte Zielstrebigkeit hat der Lehrer zu achten, die in der Anlage vorhandenen Fähigkeiten zu entwickeln, Eigenarten zu schonen und auszubilden, nicht aber gleichmäßige Anforderungen an alle zu stellen. Daß bei derartig hohen Anforderungen auch dem Lehrer das Recht auf Persönlichkeit zustehen muß, ist klar. Wie bei allen modernen pädagogischen Systemen, so kommt auch hier letzten Endes alles auf die Persönlichkeit des Erziehers an, an den die allerhöchsten Anforderungen gestellt werden. Die Arbeit des Erziehers wird aus dem reglementierten Handwerk zur freien Kunst. Die Methode wird fast wertlos, sie legt dem Erzieher nur Fesseln an, unterbindet die Bewegungsfreiheit. Methodentreiheit ist daher die Konsequenz der Persönlichkeitspädagogik. Wenn die individuellen Anlagen des Zöglings auch nur einigermaßen Beachtung finden sollen, so muß der heutige Klassenumfang stark herabgemindert werden. Wenn man der Persönlichkeitspädagogik methodische Zügellosigkeit und Halbheit, Flachheit und Schlendrian vor-

geworfen hat, so heißt das doch wohl die Ausbildung und Durchbildung einer Persönlichkeit verkennen, die selbstverständlich nicht aus Methodenunkennntnis und -verachtung erwächst. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich aber bei der Umsetzung der Theorien in die Praxis, und diese Schwierigkeiten wird nur die Zeit überwinden lehren; denn Persönlichkeiten wachsen, man *macht* sie nicht. Die harmonische Bildung der Persönlichkeitspädagogik sah in der möglichst vielseitigen Ausbildung nach Herbartschem Muster krasseste Einseitigkeit, insofern als diese nur der Geistesbildung gedachte, die körperliche für nebensächlich oder gar überflüssig hielt, da das Seelische im Menschen ihr für ungleich wertvoller galt als der Körper. Die harmonische Bildung hat die körperliche Ertüchtigung wieder in unsere Jugendbildung hineingetragen und in dieser Richtung ihr Ideal in den Landerziehungsheimen mit ihrer Tagesarbeit verwirklicht.

Wir sahen, wie der subjektivistische Individualismus in seinen letzten pädagogischen Konsequenzen vor das Problem der Organisation gestellt ward, wie auch die Persönlichkeitspädagogik in dieses Problem mündete und mit der harmonischen Ausbildung die Lösung versuchte. So stand auch in der Philosophie der Individualismus vor dem Problem der Organisation, das wahrlich nicht dadurch gelöst war, daß man das Recht auf Individualität proklamierte. Die Konzentrierung von Kräften in großen Fabrikbetrieben und in den riesenhaften Wirtschaftsgebilden der Städte, die allumspannende Organisation von Handel und Industrie, die die widerstrebenden Individuen unerbittlich zusammenpreßten, forderten kategorisch die Einordnung der Individualitäten in die Organisation. So entstanden zur Lösung des Problems die Bewegungen, die, mögen sie nun wirtschaftlich Kommunismus, philosophisch Kollektivismus, ethisch Sozialismus oder politisch Demokratie heißen, doch alle den selben Weg gehen und die Lösung darin suchen, daß sie die Gleichberechtigung aller Individualitäten proklamieren, Vorrechte einzelner nicht anerkennen, sondern das Wohl der Gesamtheit über das des Individuums stellen, den blutigen Kampf zwischen Mensch und Mensch hineinverweisen in das Innere des Individuums. Die pädagogischen Konsequenzen sind klar. Die Gleichberechtigung aller Individualitäten führt zur Differenzierung der Ausbildung nach Fähigkeiten und Gaben des einzelnen, nicht aber nach seiner sozialen Stellung: führt zur *Einheitsschule*. Aus politischem Kampf entsprungen, ist sie heute noch pädagogisch durch fast die selben Argumente begründet, auf Grund deren der Politiker sie fordert. Denn wenn der Politiker in der künstlichen Züchtung der Klassenunterschiede in Volks- und höheren Schulen eine Gefahr für das Wohl des Organismus sieht, der Pädagoge für den Charakter seines Zöglings fürchtet, so basieren eben letzten Endes doch beide in der Verneinung sozialer Unterschiede und der Anerkennung der durch individuelle Anlagen bedingten Unterschiede. Über der Organisation der *Einheitsschule* liegt noch tiefes Dunkel. Man weiß nur, daß auf eine grundlegende Ausbildung eine sehr differenzierte Gliederung in Fähigkeitsklassen folgen muß. Bei welchem Alter sie erfolgen soll, wie weit die Selbstbestimmung des Zöglings gehen soll: das sind Fragen, die erst praktische Erfahrungen lösen werden. Die Gegner der *Einheitsschule* wissen außer dem Vorwurf der Gleichmacherei nur noch den Hinweis auf die Unklarheit der Durchführungs-ideen und die finanzielle Frage vorzubringen. Es wäre aber kaum verständlich, wenn ein Volk nicht die Kraft aufbringen könnte das zweck-

mäßigste Erziehungssystem durchzuführen. Die Frage darf eben keine finanzielle sondern muß eine nationale sein. Da die Einheitsschule aber gleichbedeutend ist mit der Beseitigung wenigstens eines Teils der Vorrechte der besitzenden Klassen, so ist sie zurzeit weniger eine pädagogische als eine politische Frage.

In engem Zusammenhang mit der Einheitsschule wird meist die Gesamtschule, die Koedukation genannt. Das ist keine rein zufällige Erscheinung. Die soziale Eingliederung des Menschen in den Organismus des Staates vermag nicht vor dem Problem der Geschlechter haltzumachen. Auch die Organisation der Schule muß sich mit diesem Problem abfinden. Als der Einfluß des Sozialismus die Stellung der Frau zu heben begann, als die Lehre von der geistigen Minderwertigkeit der Frau in das Reich der Fabel verwiesen wurde, da entstand für die Schule von neuem die Aufgabe Mädchen und Knaben zu Frauen und Männern zu bilden, die ihren gemeinsamen Menschenwert erkannten. Die Anhänger der Koedukation glauben dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß sie es vermeiden durch Trennung die Unterschiede zwischen den Geschlechtern künstlich zu vergrößern. Auch rein pädagogische Beweggründe führen zur Koedukation. Der Wetteifer der Geschlechter soll die Arbeitslust und Leistungsfähigkeit erhöhen. Der Ehrgeiz und die Energie, die man bei den Mädchen besonders ausgeprägt gefunden haben will, sollen den Knaben anspornen, der mit seiner regulierenden Vernunft mildernd auf den weiblichen Willensüberschwang einwirkt. Die Koedukation ist viel weiter verbreitet als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. In den skandinavischen Ländern nebst Finnland, in der Schweiz, den Vereinigten Staaten und in ganz Südamerika ist sie herrschend. Aber auch in Deutschland ist sie die überwiegende Erziehungsmethode. Die Koedukation hat auch in den Ländern, in denen sie herrschend ist, heftige Gegner. Allgemein wird aber doch anerkannt, daß sie den Verkehr der Geschlechter mit einander weit harmloser gestaltet als das Trennungssystem. Die Gegnerschaft basiert auf psychologischen Erwägungen. Die vom 12. Jahr einsetzende verschiedenartige Entwicklung der Knaben und Mädchen könne beim gemeinsamen Unterricht nicht genügend berücksichtigt werden. Die verschiedene Stellung der Geschlechter im spätern Leben bedinge für jedes eine besondere Erziehung. Die beiden Seiten der Koedukation, die sexuelle und die reinpädagogische, stellen zurzeit noch ein Problem dar, das durch einfache Aufhebung der Koedukation, durch Trennung der Geschlechter wie in unseren städtischen Volksschulen ohne jede Berücksichtigung der Verschiedenheit der Entwicklung nicht gelöst ist. Lebhafteste Unterstützung fand die Koedukation in der Forderung der sexuellen Aufklärung. Da über der Sexualpädagogik jetzt wieder tiefes Schweigen liegt, sie vor allem zum größten Teil eine sexuelle und nur zum geringsten eine pädagogische Frage ist, so sei sie hier übergangen. Nur das sei gesagt: Die Erkenntnis ist allgemein, daß die sexuelle Aufklärung eine so schwierige Aufgabe ist, daß jeder Erzieher, der sich ihr nicht völlig gewachsen fühlt, die Hände unbedingt davon lassen sollte; er richtet nur Unheil an.

Wie die Forderung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung zur Einheitsschule führte, so brachte das demokratische Prinzip des politischen Befreiungskampfs der Schule die Selbstverwaltung. Ihre Verfechter argumentieren: Die stets vom Lehrer gegängelten Kinder können, von diesem Zwang plötzlich befreit, nicht ohne Katastrophen sich in die Organisation

einfügen. In der Kindheit schon muß der Mensch lernen sich als Glied der Gesellschaft zu fühlen, muß er erfahren, daß seine Macht an der der Allgemeinheit scheitert, daß seinen Rechten die der Organisation vorgehen. Ihm selbst wird deshalb die Verantwortung für die Ordnung in der Schule für Ruhe im Unterricht auferlegt. Er muß seine Kräfte in den Dienst aller stellen und mitarbeiten an der Leitung der Schule. Ein *Schülergericht* er- steht und soll Rechts- und Ordnungsgefühl sowie Verständnis für die Formen der Verwaltung einer Organisation pflegen. Der Lehrer straft nicht, er ist gleichberechtigtes Glied der Organisation und *klagt*. Richter, Geschworene und Zuhörer sollen erkennen, daß die Bestrafung des Beklagten, der sich gegen die Organisation auflehnte, notwendig ist, nicht weil der Lehrer es will, sondern weil das Gedeihen des Organismus es fordert. Die Erkenntnis, daß je verschiedener die Altersstufen, je größer die Gegensätze und je umfangreicher der Organismus ist, desto schwieriger, aber auch nachhaltiger die Einordnung ist, hat neben anderen Motiven zum Gesamt- unterricht geführt, der mit parlamentarischer Ordnung alle Altersstufen vereinigt, in dem jeder fragen darf, was er will, soweit die Gesamtheit ihm das gestattet. Es ist ohne weiteres klar, daß auch hier wieder hohe und höchste Anforderungen an den Leiter derartiger Erziehungsinstitute gestellt werden.

Der wirtschaftliche Befreiungskampf hatte zum Ringen um die politische Freiheit führen müssen; beide Kämpfe fanden ihre Bahn nur durch die Kämpfe um die Geistesfreiheit hindurch. Und dieser Schlachtruf ward leider auch in die Schule getragen. Die Hitze des Kampfes war so groß, daß niemals mit solch rücksichtsloser Mißachtung aller und jeder pädagogischen Grundsätze die alten Systeme gestürzt und neue aufgestellt worden sind und werden, die von pädagogischer Berechtigung so weit entfernt sind wie irgendeiner der Fanatiker des Religionskampfes von der Objektivität. Leider ist bis heute der Kampf um den Religionsunterricht ein Religionsstreit und keine pädagogische Erörterung. Die Stimmen, die zu pädagogischer und psychologischer Besinnung rufen, verhallen ungehört. Des religiösen Charakters wegen, und weil es vor allen Dingen notwendig ist in eingehenderen Ausführungen nachzuweisen, daß in gesunder Weise diese Frage nur vom Kind aus gelöst werden kann und nicht vom Standpunkt irgendeines Fanatikers oder *Freidenkers*, sei sie einer gesonderten Behandlung vorbehalten und hier nur kurz der folgende Überblick gegeben. Der Kampf um den Religionsunterricht entbrannte durch die Schrift der Bremer Lehrer Religionsunterricht oder nicht? Die »weltliche Schule« ward proklamiert, und als Surrogate wurden »wissenschaftlicher Monismus«, »persönliche Religion«, »ästhetische Erziehung«, »philosophische Propädeutik«, »ethischer« und »Moralunterricht«, »objektiver Religionsunterricht« usw. angeboten. Keiner der Propagierenden dachte an das Kind. Erst seit 1908 tönt zaghaft und seit 1913 lauter der Ruf nach pädagogischer Betrachtung der Streitfrage.

Je dringender die soziale Frage nach Lösung strebte, je intensiver die Probleme des Sozialismus, der Einordnung des einzelnen in den Organismus, die Gemüter beschäftigten, umso lauter pochte der Kollektivismus auch an die Pforten der Schule. Es entstand der Erziehung die neue schwere Aufgabe: das Kind in die sozialen Verhältnisse hineinzuwickeln. Wollten

auch Selbstverwaltung und Gesamtunterricht zur Lösung beitragen, so war doch damit noch nicht die soziale Aufgabe der Erziehung erschöpft. Der Sozialismus des Herzens soll gepflegt werden. Sittlich tüchtige Persönlichkeiten mit sozialem Verständnis und sozialer Gesinnung zu bilden ist die Aufgabe der Sozialpädagogik. Die Interessen der Organisation der Gesellschaft müssen die Erziehung des einzelnen bestimmen, der seine egoistischen Triebe dem Wohl der Allgemeinheit opfern lernen muß. Die vorgeschlagenen Wege sind mannigfach. Der eine verlegt den Schwerpunkt der Erziehung in die Familie, der andere verspricht sich gerade vom Internatsleben Erfolge und rühmt die abschleifenden Wirkungen der Heimstättenerziehung. Vor allem aber ist aus der Sozialpädagogik die Forderung der staatsbürgerlichen Erziehung als Unterrichtsprinzip und der Staatsbürgerkunde als Unterrichtsdisziplin entsprungen. Kerschensteiner definiert die staatsbürgerliche Erziehung als »Einsicht in den Zusammenhang der Interessen aller und des Vaterlands im besondern, sowie in die Lehre der körperlichen Gesundheit, Betätigung dieser Einsicht in der Ausübung der Selbstbeherrschung, der Gerechtigkeit, Hingabe und einer vernünftigen Lebensführung unter einem starken Gefühl der Selbstverantwortlichkeit neben der intellektuellen Erziehung, die besteht in Ausbildung der beruflichen Tüchtigkeit und Arbeitsfreudigkeit«. Sie ist also nicht zu verwechseln mit der Staatsbürgerkunde, die in das politische Leben direkt einführen will, orientiert vielmehr die ganze Erziehung unter das alte Platosche Ziel der Bildung von Staatsbürgern.

Zeigt die moderne Pädagogik in ihrem chaotischen Charakter deutlich die Reaktion auf das alleinseligmachende System, so läßt sie andererseits die Verkettungen von Individualismus und Sozialismus deutlich erkennen. Mag nun aber dieser Zustand der Vielseitigkeit auch in unserm praktischen Erziehungswesen zum Ausdruck kommen, oder das so oft zitierte Jahrhundert des Kindes uns noch den großen Pädagogen bringen, der die mannigfachen Fäden zu entwirren weiß: der wahre Erfolg muß die Erkenntnis bleiben, daß Volkserziehung und kulturelle Entwicklung in engstem Zusammenhang stehen, und daß man das ewige Problem: Individuum und Organisation, nicht löst, ohne der Pädagogik weitestgehende Beachtung zu schenken.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Ludwig Quesel

Frankreich: Die französischen Wahlen haben, wie man bei Beginn der Wahlkampagne nach der ganzen Situation annehmen konnte, zu einer Verstärkung der linken Parteien geführt. Kenner der französischen Parteiverhältnisse berechnen für die geeinigten Radikalen, als deren Führer Caillaux angesehen werden kann, 173 Mandate gegen 156 bei Schluß der Session. Die geeinigten Sozialisten, die

früher 68 Sitze innehatten, verfügen in der neuen Kammer über 102 Mandate. Das Stichwahlabkommen unserer französischen Parteigenossen mit den bürgerlichen Demokraten hat sich für beide Teile glänzend bewährt, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Sozialdemokratie daraus den größern Gewinn gezogen hat. Rechnet man nun die 16 von Augagneur geführten republikanischen Sozialisten zu dem zuverlässigen Bestand der Linksparteien, so ergibt sich eine leidlich festgefügte Linke von 291 Mitgliedern. Da die Kammer 602 Mit-

glieder zählt, reicht diese Zahl zur Bildung einer regierenden Mehrheit noch nicht aus. Aber es besteht kein Zweifel, daß sich unter den nicht geeinigten Radikalen eine hinreichend große Anzahl findet, um eine regierende Koalition, bestehend aus bürgerlichen und sozialistischen Demokraten zu bilden. Von der neuen regierenden Mehrheit werden die Sozialdemokraten mit ihren 102 Mandaten gerade ein Drittel bilden, und es ist klar, daß sie, gleichviel ob die Partei einige Genossen in das Ministerium delegiert oder nicht, einen Bestandteil der französischen Regierung bilden werden, da hinreichend bekannt ist, wie abhängig die Minister von dem Willen der regierenden Parteien sind. Das Ministerium des Innern stellt übrigens eine Berechnung auf, wonach eine linke Mehrheit auch ohne Überläufer aus dem Lager der nicht unifizierten Radikalen vorhanden wäre. Danach verfügen die unifizierten Radikalen über 188, die Sozialdemokraten über 102 und die sozialistischen Republikaner über 30 Stimmen. Eine linke Mehrheit von 310 Abgeordneten stände demnach einer rechten Opposition von 290 Mitgliedern gegenüber. Was die Bedeutung des französischen Wahlergebnisses für die Auslandspolitik betrifft, so warnt ein Teil der Parteipresse davor sich in dieser Hinsicht übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Wie mir scheint, ist diese Warnung durchaus berechtigt. Gewiß ist die Tatsache, daß jetzt ein volles Drittel der regierenden Koalition aus Sozialdemokraten besteht, als eine starke Friedensbürgschaft anzusprechen. Diese könnte noch stärker werden, wenn die Sozialdemokratie darauf dringen würde, daß einer ihrer Vertrauensmänner die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen erhält. Ein solcher Anspruch könnte von der französischen Sozialdemokratie bei ihrer jetzigen Stärke sehr wohl erhoben werden. Die große Stimmenzahl, die Radikale und Sozialdemokraten erhalten haben, ist ja der Beweis dafür, daß das französische Volk von bürgerlichen und sozialistischen Demokraten regiert werden will. Nun scheint mir allerdings die geistige Entwicklung der französischen Sozialdemokratie noch nicht so weit gediehen zu sein, daß sie der Internationale die starke Friedensbürgschaft eines sozialistischen, unter Parteikontrolle stehenden Ministers des Auswärtigen bieten könnte. Man wird daher guttun die Bedeutung des so-

zialistischen Wahlsiegs für die Friedenssicherung nicht zu überschätzen. Wie die Dinge liegen, wird der französische Imperialismus, der durch seine kluge Diplomatie den französischen Nationalstaat zum Rang der dritten Weltmacht erhoben hat, sein Werk durch Erwerbung neuer Einflußsphären den gewaltigen Länderbesitz der Republik in Asien und Afrika fortgesetzt zu vermehren auch weiterhin ziemlich ungestört fortsetzen können.

×

Kongofrage In diesen Tagen wurden im Reichstag etwa 100 Exemplare einer Broschüre verteilt, die als Verfasser den belgischen Kolonialpolitiker Jules Gernaert hat und Vorschläge zur Lösung der belgischen Kolonialfrage enthält. Der Standpunkt, den Gernaert in seiner, Congo-philie betitelten Schrift einnimmt, ist kurz der, daß der belgische Staat sich durch den Erwerb des ehemaligen Kongostaats übernommen habe. Belgien könne sein afrikanisches Kolonialreich, das 70mal so groß wie das Mutterland ist, wirtschaftlich nicht verdauen. Dieser gewaltige Landbesitz verursache dem kleinen Land fortgesetzt Beschwerden, die sich jetzt infolge der Kautschukkrise bis zur Unerträglichkeit gesteigert hätten. Gernaert schlägt deshalb seinen Landsleuten vor denjenigen Teil der Kolonie, der nördlich und nordöstlich des Kongos liegt, zum Preis von 2 bis 3 Milliarden Francs an Deutschland zu verkaufen und den Erlös zur wirtschaftlichen Erschließung des Belgien verbleibenden Teils der Kolonie zu verwenden. Das Ländergebiet, das Belgien behalten würde, wäre noch immer 50mal so groß wie das Mutterland, während das deutsche Kolonialreich in Afrika auch nach diesem Erwerb doch nur 5mal so groß wie das Deutsche Reich wäre. Nun weiß allerdings Gernaert wohl, daß die französische Diplomatie der Republik ein Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo gesichert hat. Um die französischen Imperialisten, die den ganzen belgischen Kongo als eine französische Einflußsphäre betrachten, zu beruhigen, verlangt Gernaert, daß Deutschland von dem erworbenen Gebiet als Kompensation für das Vorkaufsrecht ein koloniales Territorium von der Größe des nichtpreußischen Deutschland an die Republik abtrete. Sowohl in Deutschland wie in Belgien wurde der Gernaertsche Vorschlag als ein ballon d'essai angesehen und durchaus sachlich be-

sprochen. Und in der Tat, wenn man die Karte von Neukamerun betrachtet und sieht, wie diese von Frankreich erworbene Kolonie zwei Schnäbel mitten durch den französischen Kongo streckt, um den belgischen Kongo zu erfassen, so wird man den Eindruck gewinnen, daß schon bei der Festlegung dieses Erwerbs die deutschen Staatsmänner daran gedacht haben müssen einmal einen Teil des belgischen Kongobesitzes, der eine Brücke zwischen Deutsch Ostafrika und Kamerun bilden könnte, käuflich von Belgien zu erwerben. Sehr interessant war nun zu sehen, wie der in seiner Ländergier geradezu unersättliche französische Imperialismus den durchaus sachlichen, das Vorkaufsrecht der Republik im vollen Umfang respektierenden Vorschlag des belgischen Kolonialpolitikers aufnahm. Im Gegensatz zu London, wo man das koloniale Streben der deutschen Reichstagsmehrheit als berechtigt anerkennt und einen Zuwachs des deutschen Kolonialbesitzes, der ohne Verletzung der Rechte anderer Staaten erzielt werden könnte, nicht ungern sehen würde, geriet man in Paris über den Gernaertschen Vorschlag in große Aufregung. Das Organ des französischen Ministeriums des Auswärtigen, der Temps, schlug sofort Lärm ob der Gefräßigkeit der deutschen Imperialisten, die, nachdem sie Neukamerun verspeist, sich nun auch anschicken den belgischen Kongo zu verschlucken. Dabei wurde aber verschwiegen, daß nach dem Gernaertschen Vorschlag die Republik als Kompensation für ihr Vorkaufsrecht mit einem großen Ländergebiet entschädigt werden soll. Die unfreundliche Aufnahme, die der Gernaertsche Vorschlag im Temps fand, veranlaßte dann wohl die deutsche Regierung in der Kölnischen Zeitung zu erklären, daß ihr jede Absicht fernliege einen Teil des belgischen Kongos käuflich zu erwerben. Die Haltung des französischen Regierungorgans hatte ihr ja auch deutlich genug gezeigt, daß mit dem französischen Imperialismus zurzeit jede Verständigung hierüber ausgeschlossen ist, da dieser unerschütterlich an der Anschauung festhält, daß der belgische Kolonialbesitz in seiner ganzen gewaltigen Ausdehnung als französische Einflußsphäre anzusehen sei.

× **Kurze Chronik** Großes Aufsehen erregte in England das Budget für 1914-1915, das trotz des 100 Millionen-Defizits, hervorgeru-

fen durch steigende Ausgaben für die Marine, 84 $\frac{1}{2}$ Millionen für Überweisungen an die Kommunalverwaltungen aufweist, die zu einem Teil für die Speisung hungernder Schulkinder bestimmt sind. × Im englischen Unterhaus brachte der Ministerpräsident Asquith eine sogenannte Guillotineresolution ein, die die Diskussion über den Grundsatz von Homerule für Irland bei der 3. Lesung des Gesetzes ausschließen soll, um dieses möglichst schnell zur Annahme zu bringen. × In dem amerikanischen-mexikanischen Zwist ist die Vermittlung der führenden Staaten Südamerikas angeboten und angenommen worden. Damit hat sich in gewissem Grad das lateinische Südamerika der Vormundschaft der Monroedoktrin entzogen; die Staaten bekunden durch ihren Vermittlungsvorschlag, daß sie Südamerika für die Südamerikaner zu erhalten wünschen.

Wirtschaft / Max Schippel

Börse An den Börsen hat sich die Internationalität der Krisis zusehends schärfer ausgeprägt. Leidet England mehr durch die kritische Lage der Randgoldminen in Südafrika, durch den Zusammenbruch des kanadischen Booms, durch den Preissturz auf dem Kautschukmarkt, so büßt Frankreich um so schwerer für seine seit jeher überaus regen Verbindungen mit Argentinien und Südamerika, von Mexiko ganz abgesehen, in dem englisches, französisches und anderes europäisches Kapital seit langem neben einander arbeiten, und in dem die wirtschaftlichen Störungen mehr als sonstwo Folgewirkungen der politischen Auflösung sind. Gab in Frankreich die Zahlungseinstellung des altrenommierten Pariser Bankhauses de Neufville Frères den Anstoß zu einem heftigen Kursrückgang, so erlebte die Berliner Börse ihrerseits am 24. April von neuem einen schwarzen Freitag, teils infolge der unheilkundenden Zuspitzung des Gegensatzes zwischen amerikanischer und mexikanischer Regierung teils infolge der mancherlei Mißposten aus den rheinisch-westfälischen Hochsitzen der Montangewerbe.

× **Vereinigte Staaten** Vor allem in den Vereinigten Staaten hat sich zuletzt die Wendung zum Schlimmern sehr rasch vollzogen. Die Klagen der großen Eisenbahngesellschaften mochte man noch aus dem

Kampf um die erstrebten Frachtsatzerhöhungen und als Stimmungsmache gegen die ablehnende Interstate Commerce Commission erklären. Aber die Roheisenerzeugung, die schon im April eine Einschränkung um 4% verzeichnete, hat seit dem Maianfang noch viel stärkere Verminderungen erfahren, und man sagt, daß die gemischten Stahlwerke im Begriff stehen weitere Hochöfen auszublasen. Der Geschäftsbericht der Lackawanna Steel Company und ihrer Anhängsel zeigt für das 1. Vierteljahr 1914 einen Rückgang der Aufträge um 431 998 Großtons, ferner ein Defizit von 445 207 Dollar gegen einen Überschuß von 1 009 721 Dollar im Vorjahr. Die Gesellschaft nutzt gegenwärtig nur noch 50% ihrer normalen Produktionsfähigkeit aus; sie verwendet 3000 Arbeiter weniger als sonst um diese Zeit, während die Weiterarbeitenden nur teilbeschäftigt sind. Der Stahltrust, der seit geraumer Zeit den alten Herrenstandpunkt weniger hervorzukehren sucht, bestreitet zwar noch, daß er augenblicklich Lohnkürzungen beabsichtige, aber er deutet an, daß ihm dieser Schritt durch die Lohnpolitik der Außenseiterwerke aufgedrungen werden könne. Das letzte Bulletin des New Yorker Staatsarbeitsdepartments brachte bereits für den Schluß des Jahres 1913 ganz ungeheuerliche Ziffern über die Arbeitslosigkeit unter den organisierten Arbeitern, in erster Linie in den Textil-, Bekleidungs- und Baugewerben.

× Aus- und Rückwanderung Den besten Gradmesser für den neuweltlichen Arbeitsmarkt bildet nach wie vor das Auf und Ab der internationalen Zuwanderung. An sich müßte die Depression in Europa auf eine Steigerung des Überseezugs hinwirken. Statt dessen hat sich jedoch die Zahl der in den nordamerikanischen Häfen Ankommenden (Einwanderer, also ohne Kajütpassagiere) rapid verringert und zugleich die Zahl der Rückwandernden, also der Amerikamiden, ganz überraschend gesteigert. Vom 1. Januar bis Ende März zählte man drüben in den Häfen:

Jahr	1913	1914
Einwanderer	163 521	131 762
Rückwanderer	66 902	80 282
Überschuß der Zuwanderung	96 619	51 480

Nach Kanada, das seinen maßlosen jahrelangen Boom zunächst mit einem

um so schwerern Rückschlag bezahlt, ist speziell die englische Auswanderung schon länger ins Stocken geraten. Die englische Statistik zeigt hier bereits im Dezember 1913 einen Abfall gegen das Vorjahr von 3070 auf 1868, im Januar 1914 von 3571 auf 1936, im Februar von 9359 auf 4458, also auf weniger als die Hälfte. Unsere deutschen Auswanderertransporte über Hamburg und Bremen (also Deutsche, Österreicher, Ungarn, Russen und andere, von deutschen Häfen Ausreisenden zusammengefaßt) spiegeln die gleiche Abwärtsbewegung wider. Der reine Auswanderungsverkehr stellte sich wie folgt:

Transporthafen	Auswanderung im April		Auswanderung in den ersten 4 Monaten	
	1913	1914	1913	1914
Hamburg	18 730	12 119	54 261	38 771
Bremen	24 556	13 045	65 040	48 272
zusammen	43 286	25 164	119 301	87 043

× Schifffahrt Zunächst haben die großen Reedereien in der zunehmenden Rückwanderung einigermaßen Ersatz für die abnehmende Emigrantenförderung gefunden. Aber auf fühlbarere Verluste müssen sie selbstverständlich gefaßt sein. Ferner ist der Seefrachtenmarkt schon lange im Verfall, und weitere Frachtherabsetzungen und Ratenkämpfe scheinen unaufhaltsam. Die 3 entscheidenden Wetterwinkel für die großen überseeischen Warenmassentransporte sind heute die Vereinigten Staaten mit Kanada, Argentinien und das La Plata-Gebiet überhaupt, endlich Indien mit seinem weitem Umkreis. Die La Plata-Länder hielten zunächst, in Erwartung steigender Körnerpreise, ihre Ernten zurück; später verursachten vernichtende Regengüsse große Beschädigungen der Maisernte und alles in allem eine Verminderung der verfügbaren Ausfuhrmengen. »Infolge des Ausbleibens von Anlieferungen sind«, wie man der Vossischen Zeitung aus Schifffahrtskreisen schreibt, »viele Schiffe, mit Teilladungen im Raum, zum Stillliegen am La Plata verurteilt und werden bei den niedrigen Frachten, zu denen sie abgeschlossen haben, schwerlich auf ihre Kosten kommen. Weder für Mai noch für spätere Termine können die Reeder überhaupt Ladung bekommen. Auch von der Getreideernte Argentinien soll es nur 1 680 000 Tonnen für die Ausfuhr übrigbleiben, da von den 3 580 000 Tonnen

dieses Jahres nach Abzug von 600 000 Tonnen für die Aussaat und weiteren 1 300 000 Tonnen für den eigenen Verbrauch des Landes für den Export nicht mehr vorhanden ist. Vor den La Plata-Häfen liegt eine riesige Flotte beschäftigungsloser Schiffe, die, wie sich ein englisches Fachblatt ausdrückt, nach Ladung hungert und dürstet.« Die Vereinigten Staaten haben schon nach der Zollreform, noch in guter Zeit, die Hoffnung auf stark anschwellende Einfuhren bitter enttäuscht. Heute, bei abgeschwächter Kaufkraft infolge der allgemeinen Depression und Krise, werden sie noch weniger die Zufuhren steigern. Das Überangebot von Frachtraum wurde außerdem noch künstlich gesteigert, weil verschiedene Dampfer, für den Fall des Krieges, mit einer Verwendung für die Transportzwecke der Union rechneten. Die Getreide- und Holzfrachten, ab Kanada oder die Vereinigten Staaten, sind deshalb kaum noch gewinnbringend. Noch viel unerquicklicher lauten für die Reeder die Mitteilungen aus Indien. Dies alles trägt dazu bei, daß man an schwere kostspielige Kraftproben zwischen den dereinst verbündeten Schifffahrtlinien, die für den nordamerikanischen Auswanderertransport in Betracht kommen, nicht glaubt, obwohl Anfang Mai die Kölner internationale Schifffahrtkonferenz lediglich mit einer nochmaligen Vertagung bis zum 5. August endete.

× **Kurze Chronik** Der Vergrößerungsprozeß der Riesenbanken schreitet ununterbrochen vorwärts. Nachdem die Deutsche Bank, um enger mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu verwaschen, die Bergbank (Bergisch-Märkische Bank), unter Erhöhung des Aktienkapitals von 200 auf 250 Millionen Mark vollständig absorbiert hat, ist die Diskontogesellschaft zur Aufsaugung des alten, mit der westlichen Industrie- und Handelsentfaltung dereinst großgewordenen Schaaffhausenschen Bankvereins übergegangen, der seit Jahren bereits sich auf dem neuen und schlüpfrigen hauptstädtischen Boden des Börsentreibens und der Grundstücksspekulation ziemlich unglücklich bewegt hatte. Das Aktienkapital der alten Hansemannschen Schöpfung aus der Jugendzeit des deutschen großbürgerlichen Aufstrebens steigt nunmehr von 225 auf 300 Millionen Mark. × In das Kapitel des immer stärkern Übergangs zu gemischten

Riesenbetrieben, die von der Roh- und Brennstoffgewinnung bis zur Fertigfabrikation alle Produktionsstufen selber nach Möglichkeit einheitlich verbinden, gehört der aufsehenerregende Erwerb des Stahl- und Blechwalzwerks Schulz-Knaudt in Hückingen durch die bekannte Röhrenwerksfirma Mannesmann, die nunmehr die Kohlenzeche Königin Elisabeth, Kokswerke, Hochöfen und Stahl- und Walzwerke neben ihrem ursprünglichen Fertigfabrikatspezialwerk besitzt. Das nominelle Aktienkapital, das noch 1910 22,50 Millionen Mark betrug, wird von 61 auf 72 Millionen Mark erhöht.

× **Literatur** Dr. Fritz Karl Mann veröffentlicht ein größeres Werk über den Marschall Vauban und die Volkswirtschaftslehre des Merkantilismus /München, Duncker & Humblot/. Schon die Abschnitte über des Marschalls Lebensgang und Persönlichkeit, über seine Stellungnahme zu Fragen der äußern Politik, des Verwaltungs-, Verfassungs- und Steuerwesens bieten auf Grund eines umfassenden Materials ungemein viel Belehrendes und Neues. Das Hauptinteresse wird sich jedoch auf die eigentlichen volkswirtschaftlichen Kapitel konzentrieren. Sowohl nach seiner wirtschafts-, vor allem handelspolitischen Wirksamkeit wie nach seiner theoretischen Bedeutung findet hier der Merkantilismus eine umfassende Darstellung und Kritik. Diese kehrt sich, in immer neuen Wendungen, vor allem gegen die seit Adam Smith vorherrschende Anschauung: die politisch-ökonomischen Lehren des 16. bis 18. Jahrhunderts bildeten ein geschlossenes System, einseitig und konsequent auf den Anschauungen und Forderungen von Manufaktur und auswärtigem Handel unter Opferung der Interessen der Landwirtschaft, aufgebaut. Nach Dr. Manns überzeugenden Ausführungen gibt es für den Geschichtsschreiber der Nationalökonomie des 17. Jahrhunderts gar kein ärgeres Versehen, als »in den Winkel der regellos aufflackernden und verlöschenden Meinungen einen kontinuierlichen Verlauf künstlich hineinzudeuten«. Nur die dauernderen gleichartigen Bedürfnisse des damaligen Zeitalters: die Überführung der lokalen und landschaftlichen Wirtschaft in eine staatliche und nationale und die entsprechenden Umbildungen im gesellschaftlichen und politischen Leben, schufen gewisse festere, regelmäßig

wiederkehrende allgemeine Einsichten und Urteile, freilich in wesentlich anderer Art, als dies der Smithschen Abgrenzung eines physiokratischen und merkantilistischen Systems innerhalb der älteren, vormithischen ökonomisch-politischen Lehren entspricht. × In seiner Schrift über die Bedingungen der industriellen Entwicklung Rußlands (10. Ergänzungsheft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik /Tübingen, Mohr/) hebt Sergej Prokopowitsch vor allem, auf Grund umständlicher Berechnungen des Volkseinkommens, der Steuerlast und des Kapitalwachstums, die ungeheure Schwächung der inneren Kräfte des ökonomischen Wachstums Rußlands und seiner kapitalbildenden Fähigkeit durch die übermäßige Steuerlast hervor. Wenn man für die Bedürfnisse der Reichsverwaltung 1200 Millionen Rubel ansetzen müsse, so blieben für die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung 4760 Millionen und für die Kapitalakkumulation vollends nur 165 Millionen; »eine übermäßige Steuerbelastung ruiniert uns zunächst in der Gegenwart, verhindert aber andererseits auch unser materielles Fortkommen in der Zukunft«. Allmählich vergrößert sich jedoch die kapitalbildende Fähigkeit des Landes; wie die Bedeutung der ausländischen Kapitalzufuhr, so werde sich für die Industrie auch die Regierungsvormundschaft vermindern. Ob die, von Prokopowitsch sehr ungünstig beurteilte russische Zollpolitik, mit ihrem ungemein starken fiskalischen Einschlag, sich wesentlich ändern werde, hänge vom Charakter der auswärtigen Politik und der Einschränkung der Rüstungsausgaben ab. »Radikale Reformen sind aber nur unter einem demokratischen Regime denkbar; solange wir ein solches nicht besitzen, sind nur relativ unbedeutende Herabsetzungen der Zollsätze und zwar zwecks Vergrößerung der Zolleinnahme zu erwarten.« Nach meiner Meinung steckt zu viel Erklärtes in der mit unlegbarem Fleiß ausgestalteten Schrift. × Eine wahre Erquickung ist es dagegen, wie F. W. Taussig, der bekannte Historiker und Kritiker der amerikanischen Zollpolitik, die Grundlinien der jüngsten Washingtoner Tarifreform in einem Heft der Volkswirtschaftlichen Zeitfragen herauszuarbeiten weiß (Das Zolltarifgesetz der Vereinigten Staaten von 1913 /Berlin, Simion/). Auch Taussig warnt übrigens vor Überschätzungen der vermeintlich vollständigen handelspoli-

tischen Umkehr. »Die Änderungen des jetzigen Tarifs werden nur in einem kleinen Bruchteil des ganzen Industriegebiets Änderungen hervorrufen, und aus dem selben Grund werden auch die Preise nur verhältnismäßig wenig sinken ... Sie dienen wohl dazu Zölle zu ermäßigen, die die ausländische Einfuhr unmöglich machten, und Zölle abzuschaffen, die nur nomineller Natur waren. Die meisten der neuen Veränderungen werden darauf hinauslaufen.« × Als Einführung und objektiver Überblick über die wirtschaftlichen Organisationen sei Dr. Emil Lederers Beitrag zu der bekannten Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt bestens empfohlen. Nach einer allgemeinen Einleitung werden besprochen die Gewerkschaften, die Organisationen der Privatangestellten, die Arbeitgeberverbände, die Mittelstands- und Beamtenvereinigungen, die agrarischen Interessenvertretungen, Genossenschaften und sonstigen Organisationen, die Konsumentengenossenschaften. × Nach Eberberg hat auch Professor Dr. Wilhelm Gerloff, der bekannte Historiker der deutschen Finanz- und Zollpolitik, die Reichsfinanzgesetzgebung von 1913 zum Gegenstand einer eingehenden Studie gemacht /Berlin, Springer/, die zuerst in Brauns Annalen erschien.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Genossen- Die neulich in dieser
schaftsgesetz brik (1914, 1. Band, pag. 125 ff.) geschilderten bedauerlichen Vorgänge in der hessischen Genossenschaftsbewegung, die den Zusammenbruch einer Anzahl landwirtschaftlicher Vereine sowie eine Krise in der sächsischen Kreditgenossenschaftsbewegung zur Folge hatten, haben nun tatsächlich dazu geführt, daß von dem Zentrumsabgeordneten Faßbender und Genossen im Reichstag ein Antrag auf Abänderung des Genossenschaftsgesetzes eingebracht worden ist, dessen Annahme eine schwere Beeinträchtigung der Selbstverantwortung und der freihheitlichen Entwicklung des Genossenschaftswesens bedeuten würde. Der Antrag verschiebt durchaus das Schwerkicht der Verantwortung in den genossenschaftlichen Betrieben: er nimmt es von den Schultern des Vorstands und Aufsichtsrats und legt es auf die des Revisors, dessen Rechte und Pflichten außerordentlich erweitert werden. Dem Staat wird dabei ein weitgehendes Einspruchsrecht bei der Anstellung des

Revisors eingeräumt. Für Genossenschaften, die sich keinem bestehenden Revisionsverband anschließen, sollen staatliche Zwangsrevisionsverbände gebildet werden. Besonders bedenklich erscheint die Bestimmung, daß der Revisor, sofern er seine Pflichten verletzt, für den der Genossenschaft hierdurch entstehenden Schaden verantwortlich ist. Bei den hier in Frage kommenden Summen wird ein solcher Schaden natürlich nur in Ausnahmefällen von einer einzelnen Person gedeckt werden können. Im übrigen kann auch der tüchtigste und pflichtgetreueste Revisor, der alle in dem Antrag geforderten Qualifikationen besitzt, bei einer 1- oder 2maligen Revision im Jahr nicht die Kontrolle über die Geschäftsführung üben, die ein mehrmals im Monat zusammen tretender Aufsichtsrat ausüben kann. Der Antrag verlangt ferner noch eine Heraussetzung der Befugnisse der Generalversammlung und der einzelnen Mitglieder, Dinge, die viel zweckmäßiger durch das Statut geregelt werden. Übrigens sind die Aussichten auf Annahme des Antrags im Reichstag, der sich wohl kaum noch vor den Ferien mit der Materie befassen wird, sehr wenig günstig, wie sich mit ziemlicher Sicherheit aus einer Besprechung der Angelegenheit in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 23. März voraussagen läßt. Dort trat nämlich nicht nur der Sprecher der Freisinnigen, Dr. Hans Crüger, auch die Vertreter der Nationalliberalen und selbst der Konservativen traten lebhaft dem Antrag entgegen, der die Freiheit und Selbstverantwortung der Genossenschaften begraben würde. Vor allem wurde auch gegen die ad hoc-Gesetzmacherei Stellung genommen. »Die Genossenschaften und das Genossenschaftswesen müssen frei sein oder sie werden nicht sein«; wenn das schon ein Nationalliberaler sagt, so können wir wirklich einigermaßen beruhigt der Entwicklung der Dinge entgegensehen.

× Bund der Landwirte und Konsumvereine ×
 Der Bund der Landwirte gehört zu den eifrigsten Gegnern der Konsumvereine, durch deren Bekämpfung er seine Mittelstandsfreundlichkeit ins hellste Licht zu setzen glaubt. Welches Maß von volkswirtschaftlicher Unehrlichkeit in einem solchen Vorgehen liegt, darauf hat vor kurzem die Berliner Morgenpost mit Recht hingewiesen. In ihrer Nummer vom 5. April macht sie darauf auf-

merksam, daß der Bund in Berlin eine Verkaufsstelle mit 15 Oberbeamten und 103 Angestellten besitzt und außerdem noch 381 Verkaufsstellen in allen Teilen des Landes, die dem Landwirt »alles bieten, was er für Haus und Feld benötigt«, wie es im Bundesorgan heißt. Es ist bekannt, daß in diesen Verkaufsstellen nicht bloß land- und hauswirtschaftliche Artikel, sondern auch Klaviere und Nähmaschinen usw. gehandelt werden, so daß in gewissem Sinn die Einkaufsorganisation der Landwirte schon weiter entwickelt ist als die der städtischen Konsumenten. Wie groß der Umsatz dieser Verkaufsstellen ist, darüber dringt leider nichts in die Öffentlichkeit. Die Zentralstelle hatte bereits vor 15 Jahren einen Umsatz von 13½ Millionen Mark, der inzwischen riesenhaft gewachsen ist. Besonders interessant sind auch die Bestimmungen über die Verteilung des von der Zentralstelle gemachten Überschusses. Nach § 6 der Satzungen fließen von dem Jahresgewinn 10% in den Reservefonds; den Gesellschaftern sind 5% auf ihre Stammteile zu gewähren; ein bestimmter Betrag wird für Tantiemen verwandt, ein weiterer Betrag zur Auszahlung von Sterbegeldern an die vom Vorstand in Vorschlag gebrachten Bundesmitglieder (!); weitere Beträge können noch anderen Fonds überwiesen werden, und der Rest fließt in die Kasse des Bundes. Der Bund der Landwirte ist bekanntlich keine bloß wirtschaftliche sondern eine eminent politische Organisation, die mit der konservativen Partei in engster Fühlung steht, sie bei Wahlen unterstützt usw. Hier werden also die auf genossenschaftlichem Weg gewonnenen Gelder direkt zur Unterstützung einer politischen Partei benutzt. Mag auch dabei die Form so gewählt sein, daß eine formelle Verletzung des Genossenschaftsgesetzes umgangen wird; dem Geist dieses Gesetzes läuft ein solches Vorgehen auf alle Fälle zuwider. Vor allem aber: welch Gezeter würden der Bund der Landwirte und die ihm nahestehenden Politiker erheben, wenn die Arbeiterkonsumvereine ihre Gelder für sozialistische Parteizwecke verwenden wollten!

× Frankreich ×
 Die französische Konsumvereinsbewegung macht jetzt eine Periode der Reorganisation und der Konsolidierung durch, die vor allem als eine Nachwirkung der vor 1½ Jahren in Tours vollzogenen Einigung und der auf dem vor-

jährigen Reimser Kongreß gefaßten Beschlüsse anzusehen ist. Notwendig war in erster Linie eine Reformierung des Magasin de Gros, der Großeinkaufsgesellschaft. Diese, im Jahr 1906 von Pariser Genossenschaftern mit dem bescheidenen Stammkapital von 47 000 Francs gegründet, hat bis jetzt eine recht kümmerliche Entwicklung genommen, die wohl hauptsächlich auf diese ungenügende materielle Grundlage zurückzuführen ist. Wenn auch das Stammkapital durch den Reimser Kongreß auf 150 000 Francs erhöht wurde, so war doch auch diese Summe, die überdies noch nicht voll eingezahlt ist, für einen Umsatz von rund 11 Millionen Francs noch viel zu niedrig, und das Institut hatte daher besonders im letzten Jahr der Geldknappheit außerordentlich unter finanziellen Schwierigkeiten zu leiden. Geld war nur zu hohen Zinssätzen oder selbst dafür nicht zu haben, und so entschloß man sich denn an die Solidarität der englischen Genossenschaftsbewegung zu appellieren. Eine Kommission begab sich nach England und wandte sich dort an die Finanzkommission der Großeinkaufsgesellschaft in Manchester mit dem Erfolg, daß die englische Schwesergesellschaft sich bereit erklärte dem französischen Unternehmen gegen Einräumung eines gewissen Kontrollrechts einen Kredit von 600 000 Francs zu eröffnen. Dieser Akt internationaler Genossenschaftssolidarität hat das Magasin de Gros zunächst aus allen Schwierigkeiten gerissen. Die Situation wurde noch dadurch verbessert, daß die Bank von Frankreich ihm gleichzeitig einen Kredit von 150 000 Francs eröffnete. So kann die Gesellschaft nun ihre infolge der Verschmelzung ständig wachsenden Aufgaben erfüllen. Eine im Januar abgehaltene außerordentliche Generalversammlung hat übrigens beschlossen das Anteilkapital auf 300 000 Francs zu erhöhen, so daß nunmehr auch eine innere Gesundung zu erwarten ist.

Die lokale Genossenschaftsbewegung in Frankreich steht im Zeichen der durch den vorjährigen Kongreß angeregten Verschmelzungsbestrebungen. An verschiedenen Orten sind Bezirkskonsumvereine ins Leben getreten. Besonders Schwierigkeiten macht die Sanierung in Paris, mit seiner Unzahl mittlerer, kleiner und kleinster Vereine. Eine Kommission hat bereits die Statuten des für den Pariser Stadtbezirk projektierten Konsumvereins ausgearbeitet, denen bis jetzt alle in Frage

kommenden Vereine mit Ausnahme von zweien zugestimmt haben. Leider setzt gerade die größte und bestsituierte Pariser Konsumgenossenschaft, La Bellevilloise, die bei 9500 Mitgliedern im letzten Jahr einen Umsatz von 5½ Millionen Francs erzielte, der Verschmelzung einen partikularistischen Widerstand entgegen, der aber hoffentlich auch noch überwunden werden wird. Für die Umgehung von Paris hat man das Gebiet in 4 Sektoren geteilt, von denen jeder zunächst eine lokale Verschmelzung durchführen soll.

Übrigens hat auch Frankreich im letzten Jahr seinen genossenschaftlichen Arbeiterkonflikt gehabt. Das zeigt, daß es sich hier offenbar um Erscheinungen mit internationalen Ursachenzusammenhängen handelt. In Frankreich waren es die Bäcker der von Gewerkschaften gegründeten und unter gewerkschaftlicher Kontrolle stehenden Union d'Amiens, die, obwohl weit besser bezahlt als die Angestellten gleichartiger Privatbetriebe (es wurden Wochenlöhne von 45 bis 57 Francs, für Hilfsarbeiter von 40 bis 42 Francs gezahlt, wozu noch Freibrot im Wert von 2,80 Francs sowie eine Reihe sonstiger Vergünstigungen kamen), zur Durchsetzung weiterer Wünsche und unter Ablehnung des von der Verwaltung beantragten Schiedsverfahrens, in den Ausstand traten. Es blieb der Genossenschaft nichts anderes übrig, als neues Personal zu engagieren, was ihr auch nach verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, so daß der Betrieb keine lange Unterbrechung erfuhr. Sie hat nun die Genugtuung zu sehen, wie sich die früheren Angestellten um jeden frei werdenden Posten bemühen, den sie damals verschmäht haben.

× **Kurze Chronik** Der 11. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine findet vom 14. bis zum 16. Juni in Bremen statt. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht des Vorstands (Referent Kaufmann), Bestrebungen zur Revision des Genossenschaftsgesetzes (Bästlein), Bericht der Fortbildungskommission (Rupprecht), Bericht über die Unterstützungskasse (von Elm), Bericht über das Tarifamt (Aug. Müller), die Erneuerung der Tarifverträge mit dem Zentralverband der Bäcker und dem Transportarbeiterverband (Aug. Müller), Bericht des Ausschusses (von Elm). × Die Verlags-

gesellschaft deutscher Konsumvereine hatte im verfloßenen Jahr einen Umsatz von 4 010 377 Mark zu verzeichnen, das sind 851 183 Mark mehr als im Vorjahr. × Am 8. und 9. Februar fand in Köln am Rhein die 3. Konferenz der Genossenschaftssekretäre statt, an der 19 Personen teilnahmen. Rupprecht referierte über das Musterstatut für Bezirkskonsumvereine, Mirus (Berlin) über die Erfahrungen mit dem Genossenschaftsrat, die im allgemeinen als günstig bezeichnet wurden, Schäfer (Köln) über die Erfahrungen mit dem Versicherungsgeschäft unter Berücksichtigung der Volksfürsorge. An die Verhandlungen schloß sich eine Besichtigung der Anlagen der Konsumgenossenschaft Hoffnung in Köln. × Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 5. März anläßlich einer Rede des Abgeordneten Leinert mit der Volksfürsorge, gegen die von dem Abgeordneten Conradt (Breslau) die üblichen, genügend oft widerlegten Verleumdungen erhoben wurden.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marx' Kapital Der 1. Band Kapital ist nunmehr, nachdem die Marx'schen Werke im Januar dieses Jahres für den Nachdruck frei geworden, in einer gut ausgestatteten Volksausgabe erschienen /Stuttgart, Dietz/. Hoffentlich gibt das einen Anstoß sich mit dem großen, eine so uner schöpflche Fülle von Anregungen enthaltenden Werk wieder eindringender zu beschäftigen und trägt so zur Belebung des theoretischen Interesses bei. K. Kautsky ist der Herausgeber. Wieviel Mühewaltung mit dieser Aufgabe verbunden war, ersieht man aus dem Vorwort, in dem er über die Grundsätze, nach denen er verfuhr, berichtet. Nicht nur die zahlreichen Druckfehler der letzten (5.) Ausgabe waren zu beseitigen, es galt, nach dem Vorgang von Engels, aus der von Marx selbst noch durchgesehenen französischen Ausgabe des Kapitals gewisse, das Verständnis erleichternde Wendungen heranzuziehen und den Text durch handschriftliche Notizen Marx' zu ergänzen. Die vielen Fremdwörter und Anglizismen mußten, soweit es ohne Beeinträchtigung des Sinnes und der Farbe möglich schien, verdeutscht werden, ebenso die fremdsprachlichen Zitate. Besonders willkommen wird dem schon

früher mit dem Buch vertrauten Leser das 80 Druckseiten umfassende, von Rjasanow zusammengestellte Register sein. Dessen 1. Teil verzeichnet die Titel aller im 1. Band Kapital zitierten Schriften unter Angabe des Erscheinungsjahrs, der 2. Teil führt die von Marx erwähnten Autoren und Politiker mit ein paar Zeilen kurzer Charakteristik auf, der 3. ist ein Sachregister, das, nach Stichworten geordnet, den Leser vortrefflich orientiert, wo er im Buch die betreffenden Gegenstände behandelt findet.

Freilich, so wünschenswert und so unumgänglich notwendig für jeden Versuch tiefern Eindringens in die Probleme der theoretischen Nationalökonomie das Studium dieses Marx'schen Standardwerks ist, so unfruchtbar bliebe schließlich ein solches Studium, wenn es über die bloße Aneignung des Marx'schen Gedankengangs und seiner Formulierungen nicht hinausginge, sich dogmatisch dabei beruhigen wollte. Das Marx'sche Kapital, das sich im Nebentitel Kritik der politischen Ökonomie nennt, verlangt nach eben dem Prinzip der kritischen Durchleuchtung und Zergliederung, das es früheren Systemen gegenüber anwendet, Leser, die dies Geschäft der Prüfung an ihm selber weiterführen; natürlich nicht aus Lust an kleinlich eitlen, haarspaltendem Disput sondern in der Hoffnung so dem positiven Erkenntnisziel näher zu kommen, das eine ökonomische Theorie (und zwar gerade eine solche, die dem allgemeinsten Grundzug der Marx'schen Intentionen entspreche) sich zu stellen hätte.

Als dieser, freilich durch andere Momente vielfach gekreuzte Grundzug, den eine kritische Betrachtung des Kapitals herauszuschälen, an dessen Maßstab sie die Wege, die Marx' Denken weiter einschlägt, zu kontrollieren haben würde, erscheint mir das Streben: Wesen und allgemeinen Zusammenhang des modernen wirtschaftlichen Gesamtprozesses, ausgehend von dessen allgemeinsten und einfachster Bestimmung: daß er ein Prozeß ist, in dem die Produktion durchgehend und allgemein für den Austausch erfolgt, in streng methodischem systematischem Fortgang grundlegend zu bestimmen. Dies als Ziel gegeben, hätte eine solche Untersuchung, sollte man meinen, zunächst die Frage aufwerfen müssen: welcherlei Bestimmungen aus einer nähern Analyse dieser allerallgemeinsten Bestimmung des Prozesses sich für diesen mit zweifelloser Gewißheit ableiten und entwickeln lassen; um dann,

im Rahmen und auf Grundlage eines so gewonnenen, noch ganz allgemeinen Vorbegriffs, die den spezifischen Artcharakter des modernen Prozesses grundlegend charakterisierenden Bestimmungen und die spezifischen Gesetze, denen er bei diesem seinem spezifischen Artcharakter tendenziell notwendig unterworfen ist, systematisch darzulegen.

Die Durchführung eines solchen Programms wäre direkt, ohne den Umweg über eine sogenannte Werttheorie, möglich. Es ist ja evident, daß in einem wirtschaftlichen Gesamtprozeß, in dem die Produktion sich allgemein als Produktion für den Austausch, im Austausch nachgefragter Güter vollzieht, die Veranstalter von Produktionsbetrieben zur Erzeugung von Exemplaren einer im Austausch nachgefragten Güterart, durch deren Produktion nutzbringend veräußerliche, für sich selbst im Austausch nutzbringend veräußerliche Güter gewinnen wollen. Nur so, und unter der Bedingung, daß der Prozeß, wie immer näher bestimmt, ein Prozeß ist, in dem die mit dieser Absicht produzierten Güter im Austausch der Regel und Tendenz nach für die Veranstalter auch wirklich nutzbringend veräußerliche Güter sind, ist er überhaupt möglich. Ohne das würde ja von vornherein kein Selbstinteresse, kein Motiv zur Veranstaltung von Produktionsbetrieben zur Erzeugung von Gütern für den Austausch existieren. Die Erfüllung dieser unumgänglichen Bedingung, unter der der moderne Prozeß, wie immer näher bestimmt, überhaupt erst ein Prozeß sein kann, in dem die Produktion durchgängig und allgemein sich als Produktion für den Austausch vollzieht, ist aber offenkundig an gewisse näher formulierbare Voraussetzungen geknüpft. Erstens an die Voraussetzung, daß dieser Prozeß, wie immer näher bestimmt, von vornherein ein Prozeß sein muß, in dem die Exemplare einer Güterart als Geldware oder Geld fixiert sind, das heißt als Güter, gegen die die respektiven Produzenten jeder andern im Austausch nachgefragten Güter ihre jeweiligen Produkte übereinstimmend und ausschließlich veräußern wollen. Nur so, unter dieser Voraussetzung, haben die Exemplare einer im Austausch nachgefragten Güterart, nämlich der als Geldware fixierten (gegen die als Gegengabe die Produzenten jeder andern Güterart ihr eigenes Produkt jederzeit übereinstimmend und abschließend im Austausch anbieten), den Tauschwert von Gütern, die im gesell-

schaftlichen Austauschverkehr mit den so Anbietenden, nach in diesem Austauschverkehr jeweils bestimmten Austauschproportionen, gegen Exemplare jeder andern Güterart jederzeit nach Bedarfswahl veräußerlich sind. Und so nur können die Exemplare jeder andern im Austausch nachgefragten und für den Austausch produzierten Güterart den Tauschwert von Waren haben, das heißt den Tauschwert von Gütern, die gegen Exemplare einer jederzeit nach Bedarfswahl veräußerlichen Güterart, nämlich der Geldware, als Gegengabe im gesellschaftlichen Austauschverkehr an jeweils Nachfragende veräußerlich, gegen jeweils bestimmte, im Austauschverkehr bestimmte Quanten der Geldware (Preise) veräußerlich sind. Ohne die in dieser Form des Prozesses verwirklichte und nur in dieser Form verwirklichtbare Voraussetzung, daß alle im Austausch nach Bedarfswahl nachgefragten Güter, die, als so nachgefragt, unmöglich zugleich selbst nach Bedarfswahl veräußerliche Güter sein können (also für ihre respektiven Produzenten direkt als Tauschmittel zur Aneignung des von ihnen jeweils Bedurften nicht verwendbar sind), gegen Exemplare einer nach Bedarfswahl veräußerlichen Güterart veräußerlich sind (nämlich gegen Exemplare der als Geldware fixierten Güterart, die so die Qualität eines allgemeinen, jederzeit und unbedingt verwendbaren Tauschmittels erhält), könnte die Produktion für den Austausch von vornherein nicht Produktion im Austausch nutzbringend veräußerlicher (für die Veranstalter der Produktionsbetriebe nutzbringend veräußerlicher) Güter sein, wäre der Prozeß also von vornherein unmöglich.

Weiter. Wenn aus der allgemeinen von vornherein evidenten Bestimmung, daß die Produktion für den Austausch nur als Produktion der Regel und Tendenz nach im Austausch nutzbringend veräußerlicher Güter möglich ist, die nähere Bestimmung folgt, daß der Prozeß ein Prozeß sein muß, in dem die Produktion der im Austausch nach Bedarfswahl nachgefragten Güter als Produktion mit Geld im Austausch nachgefragter Güter, das heißt als Produktion von Waren für den Verkauf, im Marktverkehr der Käufer und Verkäufer jeweils preisbestimmter Waren sich vollzieht, so folgt aus ihr mit gleicher Evidenz noch eine andere weitere Bestimmung. Jener Prozeß, in dem sich die Produktion für den Austausch als Produktion jeweils preisbe-

stimmter Waren für den Verkauf abspielt, muß, näher zugesehen, natürlich untrennbar immer auch Prozeß sein, in dem die Gewinnung solcher preisbestimmten Waren durch deren Produktion im Produktionsbetrieb von seiten der Betriebsveranstalter Verausgabung, periodisch sich wiederholende Verausgabung von Geldbeträgen erheischt (schon darum, weil die Veranstalter die Produktionsmittel für ihren Produktionsbetrieb auf dem Markt kaufen und nach Verbrauch immer wieder von neuem kaufen müssen), ist also ein Prozeß, in dem die produzierten, im Marktverkehr jeweils preisbestimmten Waren, die für die Veranstalter nutzbringend veräußerlich sein sollen, für die Veranstalter selbst Geld kostende Waren sind, einen *Kostpreis* haben, wie dieser sich bei den näheren Bestimmungen des Prozesses auch zusammensetzen mag. Mithin kann in dem Prozeß, in dem die von vornherein für den Austausch produzierten Güter als Waren für den Verkauf, als jeweils preisbestimmte Waren produziert sein müssen, die Produktion der jeweils preisbestimmten Waren sich nur als Produktion nutzbringend veräußerlicher Waren vollziehen, sofern deren Produktion als Produktion von Waren erfolgt, die bei diesen ihren Preisen zu einem den respektiven Kostpreis übersteigenden Geldbetrag, also bei den gegebenen Preisen mit Geldgewinn veräußerlich sind.

Welches also immer der spezifische Artcharakter des modernen Prozesses sei, mit der allgemeinsten Bestimmung, daß die Produktion in ihm durchgängig als Produktion für den Austausch erfolgt, ist bereits gegeben, daß er Prozeß sein muß, in dem die Produktion der nach Bedarfswahl im Austausch nachgefragten Güter als Produktion im Marktverkehr jeweils preisbestimmter Waren und zu diesen ihren im Marktverkehr jeweils bestimmten Preisen mit Geldgewinn veräußerlicher Waren erfolgt. Dies wäre dann der allgemeine und ohne irgendeine Zuhilfenahme einer unbewiesenen *Werthypothese* entwickelte Vorbegriff, auf dessen Grundlage und in dessen Rahmen die den spezifischen Artcharakter des modernen Prozesses charakterisierenden Bestimmungen und die Gesetze, denen dieser bei seinem spezifischen Artcharakter tendenziell notwendig unterworfen ist, zu entwickeln wären. Den Ausgangspunkt für eine solche Entwicklung würde natürlich die Reflexion auf den spezifischen Art-

charakter der in den Produktionsbetrieben dieses modernen Prozesses warenproduzierenden menschlichen Arbeit zu bilden haben. Der moderne Wirtschaftsprozess charakterisiert sich als Prozeß, in dem die warenproduzierende Arbeit jeweils im Tagelohn gemieteter Arbeitskräfte ist, die die Veranstalter im Produktionsbetrieb in den verschiedenen Branchen nach jeweils bestimmten Produktionsmethoden (für die sie die notwendigen Produktionsmittel und Materialien als jeweils preisbestimmte Waren auf dem Markt kaufen und nach Verbrauch wieder kaufen müssen) produzieren lassen. Er ist also Prozeß, in dem die warenproduzierende Arbeit nicht Eigenarbeit der Veranstalter sondern als Lohnarbeit eine ihnen Geld kostende Arbeit ist. Der durchschnittliche Kostpreis der Lohnarbeit oder der durchschnittliche Lohnsatz ist nun bestimmt als Quotient des durchschnittlichen Tagelohns (der normaliter jedenfalls zum Kauf der notwendigen Unterhaltsmittel zu den jeweils gegebenen Preisen hinreichen muß) und der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit, der Zahl der Arbeitsstunden pro Tag. Daraus ergibt sich, daß der Kostpreis der jeweils preisbestimmten Waren, den die Veranstalter der Produktionsbetriebe, wenn ihre Waren beim Verkauf nutzbringend veräußerlich sein sollen, beim Verkauf zu den jeweiligen Preisen mit einem Geldgewinn zurückerhalten müssen, in dem modernen Prozeß, in dem die warenproduzierende Arbeit geldkostende Lohnarbeit ist, außer dem Kostpreis der pro Stück beim Produzieren verbrauchten Produktionsmittel selbstverständlich immer den Kostpreis der pro Stück aufgewandten, von den Lohnarbeitern im Betrieb aufgewandten Arbeitsmenge einschließt. Endlich aber ist dieser Prozeß ein Prozeß, in dem die samt und sonders durch Lohnarbeit in den Produktionsbetrieben der verschiedenen Branchen produzierten, zu den jeweiligen Preisen der Regel und Tendenz nach mit Geldgewinn veräußerlichen Waren kommensurabel sind hinsichtlich des *Gesamtarbeitsaufwands*, den ihre Produktion durch Lohnarbeiter in dem Prozeß bei der gegebenen technischen Entwicklungsstufe durchschnittlich impliziert. Und das Problem der weitem Untersuchung, umfassend formuliert, wäre dann: die Bestimmungen zu eruieren, denen in diesem Prozeß (welches immer die jeweils im Marktverkehr bestimmten Preise der in den Produk-

tionsbetrieben durch Lohnarbeit produzierten, hinsichtlich ihrer Arbeitsgröße kommensurablen Waren und welches der im Lohnvertrag jeweils bestimmte durchschnittliche Kostpreis der Lohnarbeit sei) das Verhältnis beider, das Verhältnis der durchschnittlichen Warenpreise zum durchschnittlichen Kostpreis der Arbeit, unterworfen sein muß. Eine Aufgabe, die sich durch das Zurückgehen auf gewisse evidente, in dem spezifischen Artcharakter des Prozesses unmittelbar begründete Gesetze methodisch lösen läßt.

Als schließliches Resultat einer so durchgeführten Untersuchung ergibt sich unter anderm: daß, welches immer die durchschnittlichen Warenpreise und der durchschnittliche Kostpreis der Lohnarbeit im Prozeß sei, der Geldbetrag der Warenpreise der Regel und Tendenz nach immer größer sein muß als die durchschnittliche Kostpreissumme der in ihrer Produktion insgesamt verausgabten Lohnarbeit, womit zugleich gesagt ist, daß die Arbeiter mit ihrem durchschnittlichen Tagelohn für x Arbeitsstunden nicht Produkt von x Arbeitsstunden sondern immer nur von weniger als x Arbeitsstunden kaufen können (*Mehrarbeit*); und weiter ergibt sich, daß diese Warenpreise, die immer größer sind als der durchschnittliche Kostpreis der in ihrer Produktion insgesamt verausgabten Lohnarbeit, nach dem Gesetz der tendenziell gleichen Durchschnittsprofitrate zu diesen ihren durchschnittlichen Arbeitskostpreisen in ganz verschiedenem Größenverhältnis stehen, ihnen disproportional sein müssen, woraus sich unmittelbar zugleich ergibt, daß die Warenpreise auch den Arbeitsgrößen der Waren in diesem Prozeß nicht proportional sein können. Dann aber ist es von vornherein unmöglich, daß der moderne Prozeß ein Prozeß ist, in dem die Goldquanta, die die Veranstalter beim Verkauf im Preis zurückerhalten, der Regel und Tendenz nach Arbeitsäquivalente der verkauften Waren sind. Mit den positiven Ergebnissen, zu denen eine in dieser Weise vorgehende Untersuchung führt (Ergebnissen, die übrigens auch eine Bestimmung der Grenzen, denen die kapitalistische Durchschnittsprofitrate im Gesamtprozeß unterworfen sein muß, einschließen), gibt sie also zugleich auch eine definitive Antwort auf die Frage, ob der Austausch (Kauf und Verkauf) in diesem modernen Prozeß ein Austausch von Arbeitsäquivalenten, Produkten gleicher Arbeitsmengen im Sinn

des Marxschen Wertgesetzes, sein kann. Nämlich die negative Antwort, daß das schlechterdings unmöglich ist, daß vielmehr die Hypostasierung eines solchen Gesetzes in dem modernen Prozeß mit der unmittelbar evidenten Gesetzmäßigkeit dieses Prozesses in unvereinbarem Widerspruch steht und aus diesem Grund von vornherein als methodisches Hilfsmittel zur systematischen Erkenntnis des Prozesses sich nicht bewähren kann.

Die großen, auch von K. Kautsky nachdrücklich hervorgehobenen Schwierigkeiten des 1. Abschnitts im Kapital (Ware und Geld), Schwierigkeiten, deren völlige Unlösbarkeit dann im 3. Band bei dem mißglückten Versuch das Phänomen der gleichen Profitrate mit dem Wertgesetz zusammenzureimen, sich schlagend offenbart, liegen nicht so sehr in der Sache selbst, der allgemeinen Aufgabe einer methodisch systematischen fortschreitenden Entwicklung des modernen Wirtschaftsprozesses, als in der Kreuzung dieser Untersuchung durch das Heranziehen eines ihr wesensfremden Moments, eben jenes von Marx geprägten Wertbegriffs. Daß irgendein tieferes theoretisches Verständnis der modernen kapitalistischen Wirtschaftsweise ohne Reflexion auf die Produktur der preisbestimmten Waren, den zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, und ohne Untersuchung der etwaigen Zusammenhänge zwischen den Preis- und Arbeitsgrößen der Waren nicht möglich sei, erkannte Marx an der Hand der in der bürgerlichen klassischen Ökonomie nach dieser Richtung hin gemachten Ansätze sofort. Aber wenn nach der Darstellung Ricardos es die Konkurrenz ist, die im modernen Prozeß die Bewegungen der Warenpreise den Arbeitsgrößen der Waren in irgend einer Weise annähernd anzupassen strebt, so meinte Marx, daß diese empirisch gefundenen, aus keinem obersten Prinzip deduzierten Bestimmungen auf das Walten eines solchen zurückwiesen, daß der ganze Prozeß erst bei konsequent durchgeführter Zurückbeziehung seiner Erscheinungen auf ein solches Prinzip systematisch verstanden werden könne. Auch Wendungen der Sprache schienen auf ein derartiges Prinzip zu deuten, so wenn von dem Warenaustausch als »Austausch gleicher Werte« und vom Verkauf der Waren »zu ihrem Wert« gesprochen wird. Marx' Analyse, statt von der allgemeinsten Bestimmung des modernen Prozesses auszugehen,

daß in ihm die Produktion allgemein als Produktion für den Austausch erfolgt, und die näher darin enthaltenen Bestimmungen zu entwickeln, nimmt an Stelle dieser einfach elementaren Konstatierung eines Tatbestands eine andere, eine vieldeutig schillernde Bestimmung, in der das von ihm gesuchte Prinzip im Grund bereits vorausgesetzt ist, zum Ausgangspunkt. Beginnt man einmal wie Marx mit jener berühmten Erklärung, daß die »Waren« (aus denen als seinen Elementen der Reichtum der modernen Gesellschaften bestehe) »stoffliche Träger des Tauschwertes« seien, um diesen mysteriösen Ausdruck durch die noch mysteriösere These: jedes Austauschverhältnis zweier Waren sei als eine Gleichung darstellbar, zu ergänzen, dann freilich ist die Konsequenz gesichert, daß der »Tauschwert« oder, wie Marx später sagt, kurzweg der »Wert«, dessen »Träger« die Waren sind, nur als die in den Waren verkörperte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu denken ist. Denn in einer andern Beziehung als in bezug auf diese ihre Arbeitsgröße können die Waren in der Proportion, in der sie ausgetauscht werden, von vornherein unmöglich gleich sein, unmöglich eine Gleichung (als die angeblich jedes Austauschverhältnis darstellbar sein soll) bilden. Nicht durch Zergliederung der im Prozeß selbst gesetzten notwendigen Tendenzen, auf dem Weg unbeweisbarer Definitionen und Thesen gelangt Marx zu dem gesuchten Prinzip, zu jenem »Wertgesetz«, wonach der Wert der Waren mit der zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit identisch sein und diese Arbeitszeit als »Wert«, den Austauschenden selber unbewußt, die Austauschproportionen der Waren regeln soll. Er macht dieses »Gesetz«, als ob es als eine kausal notwendige Bestimmung nachgewiesen wäre, zum allgemeinen Deduktionsprinzip der ganzen weitem Untersuchung und hält auch noch im 3. Band, bei der Behandlung des Phänomens der gleichen Durchschnittsprofite, trotz des hier offen aufklaffenden Widerspruchs, daran fest. Offenbar, weil der Verzicht auf dieses angebliche Wertgesetz ihm gleichbedeutend gilt mit dem Verzicht auf jedes systematische Begreifen des Prozesses überhaupt.

Das ist die Kreuzung, die im letzten Grund die Schwierigkeiten schafft, und umso größere Schwierigkeiten, je eifriger der Leser jenes ersten Abschnitts

nach Verständnis ringt. Gewiß auch hier, ja hier besonders leuchtend glänzt das Genie Marx'. Kapitel wie Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis werden durch den Reichtum ihrer Perspektiven, die wunderbar originelle Prägung der Gedanken und der Sprache für alle Zeiten ein Quell bewundernden Genusses und anregendster Geistesförderung sein. Aber die Aufgabe: in dem verschlungenen Gewebe die Fäden aufzutrennen und, im Vertrauen auf die große Grundidee begrifflich einheitlicher Erkenntnis des Prozesses, nach einem von dem Wertgesetz abgelösten, einem sicherern und einfacheren Weg, der zu jenem Ziel führen mag, zu suchen, bleibt davon unberührt. In der Sache und dem Endziel, das Marx selber sich gesteckt hat, liegt sie begründet.

× **Kurze Chronik** Das 14. Heft der Apologetischen Tagesfragen / München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ enthält eine Arbeit Dr. Karl Waningers Der soziale Katholizismus in England. An den historischen Rückblick schließt sich im letzten Kapitel eine eingehende Darstellung der katholischsozialen Bestrebungen und ihrer Organisation im heutigen England. × Eine kurze und übersichtlich über eine Reihe einschlägiger Fragen orientierende Darstellung bietet die Antrittsrede Professor Ludwig Stephingers an der Tübinger Universität Versicherung und Gesellschaft / Jena, G. Fischer/.

Hygiene / Helnemann Goldschmidt

Blutkrankheit - Die medizinische Wissenschaft der Gegenwart steht im Zeichen der Versuche und Experimente. Die zahlreichen, sich schnell folgenden Entdeckungen und Erfindungen auf den Gebieten der Chemie, der Physik, der Bakteriologie usw. haben naturgemäß eine entsprechende Beeinflussung der klinischen Tätigkeit mit sich gebracht. Seit einigen Jahren nun steht unter anderm die Radium- und Thorium X-Behandlung mit im Vordergrund des Interesses. Die Angaben über den Wert der Thoriumbehandlung speziell bei den schweren Formen der Bluterkrankungen lauten zwar bis zur Gegenwart noch nicht übereinstimmend, lassen jedoch eine deutliche Schwenkung nach der negativen Seite hin erkennen. Wohl waren die experimentell erzielten Einwirkungen auf das Blut, so-

wohl zerstörender wie erregender Natur, ganz außerordentlich. Man zog daraus den Schluß, daß auch der therapeutische Effekt bei den Blutkrankheiten außerordentlich sein müsse. Dies ist aber in der Tat nicht der Fall gewesen. Die bis jetzt vorhandene Literatur über diesen Gegenstand erlaubt es einwandfreie Schlüsse zu ziehen. Bevor ich des genauern hierauf eingehe, möchte ich zunächst einen kurzen Überblick über das Wesen der betreffenden Krankheiten und die bisher üblichen Behandlungsmethoden geben.

Zu den schweren, tödlichen Blutkrankheiten gehören die perniziöse Anämie, die Leukämie und in weiterm Sinn auch die Pseudoleukämie. Das besonders in die Augen fallende Symptom der perniziösen Anämie ist vor allem außer einer beträchtlichen Abnahme des Hämoglobins (bis zu 25 oder 20 %) eine Verminderung der roten Blutkörperchen, deren Zahl im Kubikmillimeter statt der normalen von 5 000 000 auf 1 000 000, 500 000 oder noch weniger sinkt. Zugleich zeigen sich morphologische Änderungen an den roten Blutscheiben, indem statt der normalen runden Formen hantelförmige, biskuit- oder keulenförmige auftreten, ein Zustand, den man mit Peukylocytose bezeichnet. Nach Ehrlich und seinen Schülern Lazarus, Naegeli und anderen ist diese schwere Bluterkrankung durch Toxine und durch eine ganz bestimmte morphologische und funktionelle Änderung des Knochenmarks charakterisiert. Unter der Einwirkung dieser Toxine kommt es zu einem hochgradigen Untergang der Erythrocyten, zu einem kompensatorischen Rückschlag der Erythropoese in embryonale Bahnen. V. Noorden und andere sehen die primäre Ursache in einem Erschöpfungszustand des Knochenmarks. Bekannt ist, daß gewisse Parasiten (Bandwurm, Trichocephalus dispar, Peitschenwurm usw.) den ersten Anstoß zur perniziösen Anämie geben können. Malaria, Sepsis, auch Vergiftungen mit Blei, Morphium, Arsenik usw. sollen ebenfalls imstande sein den betreffenden Symptomenkomplex auszulösen. Eine wirklich befriedigende Erklärung in ätiologischer Hinsicht geben jedoch die eben angeführten Momente alle nicht. Bei der Leukämie liegen die Verhältnisse nicht viel anders; die Krankheit wurde von Virchow 1845 zuerst im Leichenblut entdeckt und als »weißes Blut« bezeichnet. Das charakteristische Moment ist

eine über das Normale hinausgehende Vermehrung der weißen Blutkörperchen, die so erheblich sein kann, daß die Leukocyten die Zahl der Erythrocyten übertreffen. Zugleich treten Schwellungen der Milz, der Leber und in vielen Fällen auch der Lymphdrüsen auf; diese Form der Leukämie, die lymphatische, zeichnet sich durch Vorwiegen der Lymphocyten aus, während bei der myelogenen die Leukocyten das Hauptkontingent stellen.

Die Pseudoleukämie zeigt zwar ein normales Blutbild, wird jedoch trotzdem zu den Blutkrankheiten gerechnet. Das Charakteristikum ist ein allmähliches Anschwellen der Lymphdrüsen sowie der Milz und der Leber, verbunden mit progressiver Anämie und Kachexie, die schließlich zum Tod führt; Tuberkulose und Skrofulose werden in vielen Fällen als ätiologisches Moment angeschuldigt, auch Rachitis und Malaria spielen zuweilen eine Rolle.

Die Therapie dieser Krankheiten hat bis jetzt infolge der unbekannteren Ätiologie leider keine Erfolge zu verzeichnen. Neben allgemeinen und diätetischen Verordnungen wird in den letzten Jahren von gewissen Autoren Wert auf Bluttransfusionen gelegt. Ich verweise in dieser Hinsicht auf die Zusammenfassung von Werner Schultz in Grawitz' Klinischer Pathologie des Blutes, außerdem auf die Arbeiten von Panum, Worm, Müller, Ponfick, Landois usw. Die Erfolge der Transfusionen sind wechselnd, je nachdem früh oder erst gegen Ende der Krankheit eingegriffen wird. Bei früh gemachten Infusionen wurden jedenfalls wiederholt gute Resultate erzielt. Eine große Rolle bei der Behandlung der Blutkrankheiten spielt das 1877 von Bramwell in die Therapie eingeführte Arsen. Ferner wurden Glycerin, Cholesterin (bei der perniziösen Anämie), Eisen, Chinin, Piperin und Eukalyptusöl versucht. Nach de Costa sollen bei der Leukämie subkutane Ergotininjektionen von Nutzen sein, auch hat man bei dieser Erkrankung wiederholt die Milz extirpiert. Von 18 Personen, an denen diese Operation vorgenommen wurde, blieb jedoch nur eine am Leben. In neuerer Zeit hat Koranyi das Benzol in die Therapie der Leukämie aufgenommen. Im August 1912 stellte er 6 mit Benzol behandelte Fälle vor, die ermutigende Resultate zeitigten. Daß die Röntgenbehandlung schon seit längerer Zeit ihren Platz in der Behandlung der Blutkrankheiten einnimmt, ist eine

auch dem Laien bekannte Tatsache und bedarf keiner besondern Besprechung. Seit ungefähr 2 Jahren nun wird das Thorium X bei der Behandlung der Blutkrankheiten angewandt. Die ersten Mitteilungen über die Heilerfolge mit dieser radioaktiven Substanz ließen Großes erwarten. Aber es wurde von den Nachprüfern nichts gefunden, was zu derartigen Lobeserhebungen Anlaß gegeben hätte. So weise ich auf die Arbeit von Klemperer und Hirschfeld /1912/ hin, in der eine Anzahl von Beobachtungen mitgeteilt sind. In 8 Fällen konnte nur einmal ein befriedigendes Resultat erzielt werden, in einem andern Fall wohl subjektive Besserung, aber keine Änderung des Blutbilds. Diese beiden Fälle gehörten der Leukämie an; bei der perniziösen Anämie trat in 4 Fällen keine Besserung ein, nur in einem leichten Fall ließ sich ein Erfolg erzielen.

Falta, Kriser und Zehner haben je 2 Fälle von lymphatischer und myeloischer Leukämie mit Thorium X behandelt; sie konnten zwar in 3 Fällen Besserung erzielen, vermögen jedoch über einen Dauererfolg nichts mitzuteilen. Bickel gesteht der Thorium X-Behandlung nur eine symptomatische Heilwirkung zu und möchte nur so lange nicht auf dessen Anwendung verzichten, »bis wir etwas Besseres haben, das den Bedürfnissen der ätiologischen Therapie gerechter wird«. Auch Grund kann in der Thoriumbehandlung keinen Fortschritt gegenüber den anderen Behandlungsmethoden erblicken.

Minkowski berichtete 1912 in der Berliner Klinischen Wochenschrift über die Resultate der Thoriumbehandlung bei 5 Fällen von myelogener Leukämie. Die Einzeldosen betragen 1 bis 3 Millionen, die Gesamtdosen bis zu 7 Millionen Macheinheiten. Fast regelmäßig traten nach den Injektionen vorübergehende Steigerungen der Leukocytenzahl auf, denen mitunter geringe vorübergehende Abnahmen der weißen Blutkörperchen folgten. Nur in einem Fall war nach 3 000 000 Macheinheiten ein erheblicher Leukocytensturz zu notieren. Irgendein Einfluß auf den Verlauf der Krankheit war nicht wahrzunehmen. Brückner hat vor kurzem in der Zeitschrift für physikalische und diätetische Therapie eine Anzahl Fälle sowohl von Leukämie wie von perniziöser Anämie, die mit Thorium behandelt wurden, veröffentlicht. Die Resultate waren fast durchweg ungünstig. Es liegt also nach Lage der Dinge gar

kein Grund zu optimistischer Auffassung von dem Wert der Thoriumbehandlung vor. Man muß sich vor allem gesagt sein lassen, daß das Experiment an einem gesunden oder künstlich krank gemachten Tier nicht ohne weiteres Schlußfolgerungen auf den erkrankten menschlichen Organismus zuläßt. Die symptomatischen Erscheinungen, die nach Thoriumbehandlung zuweilen eintreten, sind noch kein Beweis für die Beeinflussung der Krankheit an sich. Nach allem, was wir bis jetzt über die Thoriumbehandlung wissen, können wir sagen, daß sie nur eine Etappe auf dem Weg zum gesuchten Ziel darstellt. Das Ziel selbst ist bis jetzt noch nicht erreicht.

× **Kurze Chronik** Eine Statistik der Todesursachen, die das Kaiserliche Gesundheitsamt für das Jahr 1912 aufstellt, ergibt, daß die meisten Menschen im Deutschen Reich nicht, wie vielfach angenommen wird, der Lungentuberkulose zum Opfer fallen sondern an Altersschwäche sterben. × Die Säuglingssterblichkeit ist im Jahr 1912 erheblich niedriger gewesen als 1911; während sie 1911 19,2 % betrug, erreichte sie 1912 nur 14,7 %. Die niedrigste Säuglingssterblichkeit von sämtlichen europäischen Staaten weist Skandinavien mit 6 bis 7 % auf. × Über die Schlafkrankheit in Kamerun machte Oberstabsarzt Dr. Kuhn in der Budgetkommission des Reichstags interessante Mitteilungen. Es handelt sich um 4 Herde, deren kleinster bei Duala liegt. Es gelingt 25 bis 30 % der Kranken zu retten. An manchen Orten sind bis zu 60 % der Bevölkerung erkrankt. × Der Direktor des rheinisch-westfälischen Zement Syndikats hat der Sammlung für die Krebs- und Lupusstiftung in Münster 100 000 Mark überwiesen. × An der Universität Belgrad wird in Bälde von der serbischen Regierung eine medizinische Fakultät eingerichtet. × An der medizinischen Fakultät in Bern ist nach dem ungastlichen Vorbild der preussischen Universitäten ein numerus clausus für russische Studierende aufgestellt worden.

× **Literatur** Das Buch Victor Mentbergers Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Arsenotherapie der Syphilis, mit besonderer Berücksichtigung des Salvarsans und des Neosalvarsans /Jena, G. Fischer/ ist trotz der kurzen Zeit seit seinem Erscheinen das bekannteste und

gelesenste aller Salvarsanbücher. Es enthält die Salvarsanliteratur in der umfassendsten Weise und behandelt die Salvarsanfrage in möglichst objektiver Weise, obwohl es aus der Straßburger Klinik, einer wenig begeisterten Anhängerin des Ehrlich'schen Mittels, stammt. Viele Bemerkungen des Buches, besonders die Liste der Todesfälle, sind bekanntlich bei der neuerlichen Salvarsanpolemik in ausgedehnter Weise in die Tagespresse übergegangen. Ob alle die angeführten Todesfälle auf das Salvarsan zurückzuführen sind, ist jedoch mehr als zweifelhaft. Die Verurteilung des Neosalvarsans als allzu gefährliche Modifikation des Salvarsans entbehrt jedenfalls der empirischen Unterlage. Im Gegenteil weiß man, daß das Neosalvarsan viel geringere Nebenerscheinungen erzeugt als das Salvarsan, trotz seiner mindestens ebenso kräftigen therapeutischen Wirkung. Wer die außerordentlich günstige Beeinflussung syphilitischer Prozesse selbst durch geringe Salvarsanmengen beobachtet hat, wird in die Worte des Paracelsus einstimmen müssen, mit denen Mentberger sein Werk beginnt: »Im Arsenico ist ein Balsam, der Löcher und Wunden heilt, trefflich gleich dem Mercurio.« Im übrigen muß man den großen Fleiß und die geschickte Art der Darstellung bewundern, die sich in dem Buch offenbart. Eine mehr als 100 Seiten umfassende Literaturangabe stellt ein treffliches Hilfsmittel für jeden dar, der sich mit der Salvarsanfrage beschäftigt.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Berliner Bühnen Der Mai mag nur seufzend des Winters gedenken. Die Ereignisse der letzten Spielzeit waren nicht von jenem Format, als daß ihre Schatten zur Zukunft hinaufwiesen. Im Königlichen Schauspielhaus erlebten atemlose Abonnenten ein paar Abende, die nicht Blumenthal und nicht Lauff zu gehorchen schienen; und schon wälzt sich eine Springprozession der Begeisterung durch Presse und Holzpapier. Bettelarm an Ansprüchen sind wir geworden. Ein gutgemeinter, schlechtgekonnter Peer Gynt-Abend genügt einer nach sogenannten Marksteinen der Entwicklung hungernden Generation, um die Sünden von Jahrzehnten zu vergessen. Und folgt ihm gar noch eine peinvolle Eulen-

bergiade, so ist die neue Ära fertig. Nach einigen ehrlichen Versuchen mit Wegener und der Triesch Shakespeare und Strindberg zu spielen sind Meinhardt und Bernauer im Theater an der Königgrätzerstraße wieder auf die Hintertreppe geschleift und spielen Mr. Wu, eine chinesische Schauersensation. Das Künstlertheater der Sozietät hat Else Lehmann und Tiedtke, neben Marr die einzigen schauspielerischen Potenzen, ziehen lassen, um unterbliebenen Taten Worte nachzuschicken, die besser unterblieben wären. Das Kleine Theater hat aufgehört für die Kunst zu existieren. Nur das Lessingtheater und Reinhardts Bühneninstitute bleiben.

× Reinhardt's Mit seiner Folge von Shakespeare-zyklus-Shakespeareinszenierungen hat Max Reinhardt Erfolge erlebt, die solche früherer Spieljahre weit hinter sich lassen. Der finanziellen Resultate dieses Shakespearezyklus darf sich der Unbeteiligte reinen Gewissens freuen; so öder so: zu viel Shakespeare kann es nicht geben. Skeptischer wird man schon, wenn es gilt den künstlerischen Ertrag der Unternehmung abzuwägen. Er ist im allgemeinen maßlos überschätzt worden. Die Mehrzahl der Aufführungen erweisen sich bei ernster Betrachtung als eine Aufbügung der alten Inszenierungen; und nicht bei allen war diesem Prozeß eine chemische Reinigung vorausgegangen. Schauspielerische Verstärkungen gegenüber der Vergangenheit waren nicht zu beobachten, eher das Gegenteil. Wegener ist unersetzlich geblieben; wo er stand, gähnt eine schmerzliche Lücke. Statt Bassermann spielt Moissi, der immer mehr zum bedingungslos verhimmelten Caruso der Schumannstraße gestempelt wird, den Hamlet. Schauspielerische Eroberungszüge brachten Bassermanns Lear und sein Malvoglio. Im übrigen sahen wir, was wir schon gesehen. Die komischen Szenen sind teilweise noch mehr in den Vordergrund getreten, die Inszenierung bringt in der Beleuchtung einige Vereinfachungen; sonst hat sich kaum etwas geändert als Beifall und Kritik, die beide ein Wachsen der Begeisterungsfähigkeit verzeichnen. Reinhardt's Shakespeareauffassung, deren gute und deren böse Seiten in dieser Rundschau oft genug erörtert wurden, gewinnt immer mehr unbedingte Anhänger. Zeichen der Zeit.

×

Pantomime Auch die Aufführung des Vollmoellerschen *Mirakel* im Zirkus Busch hat diesen Taumel besinnungsloser Bejahung nicht unterbrechen können. Es bleibt interessant die Haltung zu beobachten, mit der die Öffentlichkeit unserer Tage diesem Abend gegenübertrat. Über das Stück selbst braucht in dem Zusammenhang kein Wort verloren zu werden: der Versuch Ästhetizismus zu industrialisieren richtet sich von selbst. Es bleibt ein beschämender Abend. Das Interessante des Vorgangs liegt viel weniger in ihm selbst als in seiner Wirkung. Das Schlagwort von dem Meister der Massenregie ist dank ewiger Wiederholung so durchgedrungen, daß man für die künstlerische Insolvenz dieses Abends tausend Faktoren verantwortlich machte: nur nicht Unternehmer und Regisseur. Das aber war das Entscheidende: daß gerade die Regie in der Masse erstickte und sich ihre Inspiration von ihr diktieren ließ. Es ist, als habe die Freude einmal unbehindert durch Dichterswort aus dem Vollen schalten und walten zu können Reinhardt hypnotisiert und sein Empfinden für zartere Abstufungen und den Aufbau von Wirkungen eingeschlafert. Glockengeläute, Chorgesang, Sopransolo, Prozessionen, Musik, Heiligenbilder, bunte Kirchenfenster, veritabler Weihrauch, ein weißes Pferd und eine Madonna: das alles sind Eindrucksmitel, ohne daß ihre blinde Addition eine Wertsumme wird. Eine Pantomime, bei der das Gesetz der Wortlosigkeit durch Rufe, Schreie und Gesang unterbrochen wird, eine willkürliche Ausschaltung und Wiedereinschaltung des Auges und des Ohres, Stumme inmitten einer flüsternden oder singenden Menge oder Chorgesang aus dem Unsichtbaren, Glockenklang zur Ausfüllung der Zwischenakte: aus solcher chaotischen Häufung von Effekten kann nie etwas anderes entstehen als eine desillusionierende Verwirrung aller Sinne, nicht künstlerische Gläubigkeit. Dabei trägt keine der szenischen Wirkungen den Stempel des Neuerschauten. Wirkungsvoller traten beim *Ödipus* die Massen in das Halbdunkel der Manege; stärker, weil indirekter, waren im Spiel von Jedermann die volkstümlichen Szenen dem Hintergrund einer von religiösen Gefühlen erfüllten Scheinwelt voraufgestellt. Die Rechnung, daß die Summierung beider Wirkungen eine Vermehrung bringen könnte, war von vornherein verfehlt, denn Kunst ist kein arithmetisches

Exempel und ein gotisches Domgewölbe kein Schutzbrief gegen ketzerische Aufwallungen. So bleibt als Endwirkung ein Schiffbruch, der doppelt verhängnisvoll erscheint, weil er von einem starken äußern Erfolg begleitet ist, der zeigt, mit welcher Intensität die Masse einer Suggestion ausgeliefert werden kann.

× **Strindberg bei Reinhardt** Man darf die ästhetische und ethische Blasphemie, die dieses *Mirakel* umwittert und deren Reinhardt sich mit-schuldig gemacht hat, umso unbedenklicher verwerfen, weil das Deutsche Theater in den letzten Wochen wieder einen Abend brachte, bei dem Reinhardts Vorzüge in reinstem Licht erstrahlten. Der prachtvollen Totentanz-aufführung der vorjährigen Spielzeit war als zweites Strindbergsches Kammer-spiel im Februar Wetterleuchten gefolgt: den Beschluß brachte nun eine wundervoll abgerundete Darstellung des *Scheiterhaufens*. Es scheint, daß Strindbergs Ideenwelt immer wieder Reinhardts beste Kräfte entflammt und läutert. Das ist nicht zufällig. Gerade in seinen Kammerspielen räumt Strindberg, der Dichter, dem Regisseur ein so breites Wirkungsfeld ein wie ein radikal dramatisches Temperament das nie dem Theater überlassen würde. Er bestellt den Regisseur gleichsam zum offiziellen Mitarbeiter zum Zweck der Stimmungs-steigerung: und in Reinhardt findet er hier den Partner wie er ihn sich besser, feinfühlig und phantasievoller kaum wünschen kann. Der Wind heult, Türen schlagen, aus der Ferne tönt klagend der Klang eines Klaviers, Zugluft fegt vom Schreibtisch die Papiere durch den Raum und setzt gespenstisch einen leeren Schaukelstuhl in wogende Bewegung. Strindberg fordert diese Wirkungen, denen er in symbolischer Akzentuierung ihren festen unentbehrlichen Raum im Rahmen seiner Dichtung zuweist. Hier ist Reinhardt im besten Sinn in seinem Element; und da Strindberg fordert, was Reinhardts ist, erhält Reinhardt alles, was er erträumen kann. Dazu denke man sich eine musterhaft abgetönte Aufführung (*Rosa Bertens* als Pelikanmutter, *Moissi* als der hungernde, frierende Sohn, *Alfred Abel* als kalter, berechnender *Eidam*), und man spürt ein Echo dieser Musteraufführung.

× **Strindberg bei Barnowsky** Man sieht: Als Prinzip hat solche Macht der Regie ihre theoretischen Gefahren; allein in diesem Strindbergschen

Kammerspiel der Trostlosigkeit werden sie nicht zur Wirklichkeit. Starr bleiben des Dichters weitaufgerissene Augen auf die irdische Hölle gerichtet; hin und wieder ahnt freilich der Zuschauer, daß über diesem Kampf die ewigen Sterne ihre Bahn zogen. Bei solcher sich absichtlich bindenden Gebanntheit an die greifbaren und fast greifbaren Realitäten des Erdenlebens, bei der fanatischen Inbrunst, mit der hier Strindberg sich auf die Gebundenheit des Menschenlebens konzentriert, bringen die realistischen Illusionen der Regietechnik in der Tat unbestreitbare Steigerungen der Wirkung; jene Beklommenheit, die auf uns übergeht. In Nachdamaskus, das bald darauf das Lessingtheater, gleichsam als Finale seines ersten Saisonprovisoriums unter der neuen Direktion, aufführte, richtet Strindberg seinen Blick empor; und die Sehnsucht aller Endlichkeit nach Unendlichkeit weitet seine leidgepreßte Brust. Über den kleinen Realitäten des Daseins, die ihre Enge erst verlieren, wenn ihr Zusammenhang mit ewigen Gesetzmäßigkeiten ahnend und erschauernd erfüllt wird, breitet sich hier das wunderbare Himmelsgewölbe friedloser Sehnsucht. Mit diesem Streben zur Vereinigung mit dem Überirdischen greift dieses Werk nun weit über die Erdgebundenheit der Kammerspiele, dieser inbrünstigen Negativbilder des Daseins, hinaus. Bei der Darstellung solchen Werkes mußten alle Betonungen materieller Wirklichkeit verkleinernd wirken. Es bleibt das Verdienst Barnowskys, daß er dieser Gefahr mit der Bescheidenheit der Ehrfurcht auswich und sich damit beschied Wort und Handlung gleichsam nur wiederzugeben, ohne sie in ihrer Gewalt oder Schwäche mit leicht aufzubietenden theatralischen Mitteln steigern oder akzentuieren zu wollen. Das ist beste Brahmische Tradition: und ihre Befolgung führte hier auch zu einem Bühnenabend, der gerade in unseren Tagen kaum hoch genug angepriesen werden kann. Hier spürte man wieder, wie ein guter und taktvoller Regisseur gleichsam von selbst zum geistesverwandten Schützer des Dichters hinaufwächst, wenn er sich nur freiwillig damit bescheidet nicht mehr als Diener sein zu wollen. Negative Tugenden? Man soll sie nur an ihrer Wirkung messen; und die war positiv. Ein Abend von langentbehrter ruhiger Geschlossenheit und einer Harmonie, die in einer weisen Unterlassung aller szenischen oder dar-

stellerischen Unterstreichungen eine Fruchtbarkeit fand, die organisch aus dem Geist des Werkes emporwuchs und damit fortwirkt. Dazu eine schauspielerische Leistung, die Friedrich Kayßler auf lange unvergessen bleiben soll. Er gab den Helden, er war der Held: Strindberg, der heimatlose, zweifelnde, hassende und sehnsuchtsvolle Sucher Gottes, der sich mit der ganzen Wucht seines trotzigsten Temperaments dagegen sträubt das Walten eines höhern Schicksals zu erkennen, und diese Macht doch so inbrünstig an sich spürt, daß er nicht müde wird sie lästernd zu verleugnen. Nach dem stillen und etwas dünnblütigen Iphigenienabend, der voranging, bleibt diese Aufführung in der Erinnerung haften als ein verheißungsvoller Ausklang dieser Spielzeit und als ein Versprechen für die Zukunft.

× KurzeChronik Gerhart Hauptmann hat mit Reinhardt einen 5jährigen Vertrag geschlossen, durch den auf diese Zeit das Aufführungsrecht der Hauptmannschen Werke, auch der künftigen, dem Deutschen Theater überlassen wird. × Rudolf Rittner ist aus der Direktion des Künstlertheaters der Sozietät ausgeschieden; das Unternehmen führen Willy Grunwald, Tilla Durieux und (falls der mit ihm geschlossene Vertrag zur Rechtsgültigkeit kommt) Wegener als Direktoren weiter. Dem Trio gesellt sich als Oberregisseur und neuer Sozietär Herr Franz Zavrel bei.

× Literatur Einen wertvollen kritischen Überblick über die Leistungen der Dresdener Schauspielbühnen während des letzten Jahrzehnts gewährt der bekannte Dresdener Theaterkritiker J. Ferd. Wolff in seinem, in dieser Rundschau bereits vor einiger Zeit erwähnten Buch Theater /Berlin, Reiß/. Der lesenswerte Band gibt in Form von eingehenden kritischen Analysen von überzeugender schriftstellerischer Kultur einen Einblick in das Theaterleben der sächsischen Residenz, darüber hinaus aber eine fast vollständige moderne Dramaturgie, die in allen Urteilen ein tiefes und erfrischend positives Verhältnis zum zeitgenössischen Theater entrollt. Nur in seiner weitgehend hohen Bewertung Eulenberg's wird nicht jeder Wolff folgen, wiewohl hierin der tapfere Wille zur Bejahung erwärmt und auch den Andersdenkenden gefangen nehmen darf.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Aktieglüter Friedrich Engels hat einmal die Aktiengesellschaft eine Art Prüfstein der Reife eines Produktionszweigs für den Sozialismus genannt. Er und andere Marxisten mit ihm waren davon überzeugt, daß sich diese kapitalistische Unternehmungsform auch der Landwirtschaft bemächtigen und sie für den Sozialismus vorbereiten werde. So schrieb der bekannte belgische Marxist De Paep in der Internationale vom 10. Oktober 1869: »Genau so wie wir in der Industrie sehen, daß der kleine Meister, der allein und unmittelbar für seine Kundschaft arbeitet, den Produktivgenossenschaften und den Aktiengesellschaften Platz macht, ebenso kann man erwarten, daß der kleine Landwirt, daß der kleine Grundbesitzer, der allein sein Land bebaut, der Genossenschaft der Landarbeiter oder den landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften Platz macht.« Diese Prophezeiungen haben sich jedoch in den 45 Jahren, die seitdem verflossen sind, nicht verwirklicht. Beispielsweise gab es unter den 5222 deutschen Aktiengesellschaften, die das letzte statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs ausweist, nur 3 land- und forstwirtschaftliche, und auch diese dürften sich mehr mit dem Bau und der Verarbeitung von Zuckerrüben oder dem Samenbau und -vertrieb als mit Landwirtschaft im eigentlichen Sinn beschäftigen. Dementsprechend sehen die neueren Schriftsteller in der Aktiengesellschaft keine für die Landwirtschaft geeignete Unternehmungsform. Eine überraschende Ausnahme macht allein Dr. Leonhard in seiner Schrift Landwirtschaft — Landindustrie — Aktiengesellschaft /Tübingen, Mohr/. Er geht davon aus, daß dem Großbetrieb hinsichtlich gewisser Produktionen eine Überlegenheit innewohne, daß er aber im Gegensatz zu den Bauern, die in ihren Kreditgenossenschaften eine starke finanzielle Stütze hätten, am Mangel an Betriebskredit leide. Die städtischen Kapitalisten würden aber, meint er, ihr Mißtrauen gegen eine Anlage ihrer Gelder in der großen Landwirtschaft überwinden, wenn diese in der ihnen vertrauten Form von Aktiengesellschaften betrieben würde, derart, daß mehrere möglichst benachbarte Güter zu einem großen gemeinsamen, sich gegenseitig ergänzenden Betrieb vereinigt würden.

Ein solcher mit städtischem Kapital durchtränkter Betrieb könnte in ausgedehntem Maß zur industriellen Weiterverarbeitung seiner sämtlichen Rohprodukte übergehen. Er könnte sein Mastvieh in eigenen Schlachthäusern für den Absatz auf den städtischen Märkten schlachten, sogar die Felle der Tiere in eigenen Gerbereien gerben und die Knochen zu Leim und Knochenmehl verarbeiten. Von solcher Integration verspricht sich Leonhard die denkbar günstigsten Folgen für die Rentabilität der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Auch für die Landarbeiterfrage wäre die unpersonliche Betriebsform der landwirtschaftlichen Aktiengesellschaft die beste Lösung.

Wäre Leonhards Schrift in den sechziger oder siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erschienen, hätte sie wahrscheinlich manche Zustimmung gefunden und vielleicht auch zu Versuchen mit Aktieglütern angeregt; denn damals war die Weiterverarbeitung besonders der Zuckerrüben und der Kartoffeln zu Zucker und Spiritus auf den größeren Gütern so sehr im Aufschwung begriffen, daß das Hinübergreifen industrieller und kommerzieller Unternehmungsformen auf die Landwirtschaft damals in der Tat als wahrscheinlich oder doch als möglich erscheinen konnte. Heute aber liegen die Dinge anders. Die Zuckerfabrikation hat sich in Deutschland vom Landwirtschaftsbetrieb losgelöst und verselbständigt. Sie leidet außerdem unter der Konkurrenz des kolonialen Rohzuckers und der Rübenzuckererzeugung Rußlands und anderer unter günstigeren Boden- und Arbeiterverhältnissen produzierenden Agrarstaaten. Die deutsche Spirituserzeugung hat auf den Export ins Ausland bereits verzichten müssen, und im Inland wird sie durch den erfreulicherweise raschen Rückgang des Trinkbranntweinkonsums arg bedrängt. Von diesen beiden wichtigsten Zweigen der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Urprodukte ist daher heute ein Antrieb zur Industrialisierung und Kommerzialisierung unserer Großlandwirtschaft nicht mehr in dem Maß zu erwarten, daß die Zusammenfassung benachbarter Güter zu Aktiengesellschaften aussichtsreich erscheinen könnte. Für die noch immer und wahrscheinlich auf die Dauer rentablen landwirtschaftlichen Industrien, die Zentrifugenmolkerei, die Käserei und die im Aufblühen begriffene Kartoffeltrocknung, eignet sich die Genossen-

schaft als Unternehmungsform besser als die Aktiengesellschaft. Schon aus diesen Gründen haben die Vorschläge Leonhards keine Aussicht sich in Deutschland in absehbarer Zeit zu verwirklichen. Seine Studie ist deshalb im wesentlichen eine agrarkapitalistische Utopie. Als solche ist sie ein Seitenstück zu manchen agrarsozialistischen Utopieen, beispielsweise zu Bellamys bekanntem Werk oder zu Wells' Roman *The Sleeper Wakes*, die ihre Zukunftslandwirtschaft gleichfalls in idealisierten Großbetrieben sich entfalten lassen. Außer der Unrealisierbarkeit der Grundidee teilt die Schrift des Münchener Privatdozenten mit diesen utopischen Romanen aber auch den Vorzug, daß manche Details recht gut beobachtet und sinnreich beurteilt sind. Das macht die Studie Leonhards lesenswert.

Übrigens ist es angebracht darauf hinzuweisen, daß sie vom *Agrar marxismus* gegen den sozialdemokratischen Agrarreformismus nicht ausgenutzt werden kann. Denn einmal hält es Leonhard schon aus wirtschaftlichen Gründen für unmöglich durch Großgüter, die als Aktiengesellschaften organisiert sind, kleine oder mittlere Bauern zu verdrängen. »Viele intensive Kleinbetriebe zu einem Großbetrieb zusammenzulegen wäre unter den heutigen Verhältnissen absolut unrentabel.« Sodann ist er weit davon entfernt den gesamten Großgrundbesitz für die in Industrie und Handel bewährte moderne Unternehmungsform in Beschlag zu nehmen. Vielmehr betont er ausdrücklich, daß es sich bei seinem Vorschlag »nur um die Zukunft des kleineren Teils des ostelbischen Großgrundbesitzes handelt. . . Die landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften würden ja ihrer räumlichen Ausdehnung nach immer beschränkt bleiben auf gewisse großbetrieblich gebliebene Enklaven inmitten durch innere Kolonisation kleinbäuerlich gewordenem Gebiet und vielleicht erhalten geliebtem privaten Großbetrieb.« Der innern Kolonisation gehöre überhaupt die Zukunft, und es werde wohl in den nächsten 50 Jahren der größere Teil des ostelbischen Großgrundbesitzes aufgeteilt und in Bauerngüter umgewandelt werden. Diesem Teil der Prognose Dr. Leonhards stimme ich zu.

× **Winterschulen** Im März 1914 feierten die beiden ältesten deutschen landwirtschaftlichen Winterschulen Karlsruhe und Eppingen (frü-

her Heidelberg) das Jubiläum ihres 50-jährigen Bestehens. Einen recht interessanten Rückblick auf diese 50 Jahre landwirtschaftlicher Erziehungsgeschichte enthält der 50. Jahresbericht der Landwirtschaftlichen Kreiswinterschule für die Amtsbezirke Eppingen und Sinsheim. Der Schöpfer dieser ersten landwirtschaftlichen Winterschulen war der damalige badische Landwirtschaftsreferent Regierungsrat Dr. Rau. Eine von diesem bedeutenden Mann 1864 verfaßte Denkschrift, die in dem 50. Jahresbericht der Kreiswinterschule abgedruckt ist, überrascht durch klare Erfassung der bäuerlichen Verhältnisse, ihre geschickte Nutzbarmachung für das landwirtschaftliche Fachbildungswesen und die deutliche Voraussicht der Bedeutung, die seine Gründung dereinst für die landwirtschaftliche Bevölkerung gewinnen werde: »Die dormalen bestehende Ackerbauschule hat sich notorisch als unzulänglich erwiesen . . . die Volksschule ist zur Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse ungeeignet, die landwirtschaftliche Fortbildungsschule wird noch lange ein frommer Wunsch bleiben; somit muß dem Bedürfnis nach Belehrung auf einem andern Weg entgegenkommen werden. Dazu empfiehlt sich die Einrichtung landwirtschaftlicher Winterkurse und Wandervorträge . . . Die landwirtschaftliche Winterschule ersetzt bis zu einem gewissen Grad die bei uns in der Rheinebene nicht beliebte Ackerbauschule . . . Der Winterkurs kann nur in geringem Grad ein Anschauungsunterricht sein, nichtsdestoweniger hat er vor dem Unterricht der Ackerbauschule manches voraus. Er ist nämlich ununterbrochen während 5 Monaten. Dadurch haften die Lehrgegenstände fester, als wenn die praktischen Arbeiten zerstreuen oder gar lange Pausen im Unterricht verursachen. Die Schüler sind nicht abgemattet, und ihr Geist ist frisch. Der Erfolg muß deshalb ein günstigerer sein. Innerhalb eines Winters wird gelernt, was sonst nur innerhalb 2 oder 3 Jahren angeeignet wird. Der Landwirt braucht auf die Hilfe seines Sohnes nicht auf mehrere Jahre zu verzichten sondern nur während einiger Wintermonate, da die Geschäfte in der Regel nicht drängen. Mithin ist der Unterricht ein wohlfeilerer als in der Ackerbauschule. Die Winterschule schafft keine gelehrten Bauern, aber eine gediegene Grundlage theoretischen Wissens mit dem Drang sich durch Lesen guter Bücher, Zeitschriften und auf dem Weg des Austausches mit besser

Unterrichteten stets fortzubilden . . . Der Winterkurs verlangt keinen Gutsbetrieb, keine großartigen Lehrmittel und kann deshalb überall eingerichtet werden, wo sich schon Lehrkräfte in Bürgerschulen und dergleichen für die Hilfs- und Nebenfächer finden, unter der Voraussetzung eines tüchtigen Hauptlehrers, der Landwirt von Fach sein und die Praxis genau kennen muß. Je näher der Winterkurs den Dörfern gerückt werden kann, um so leichter werden sich die Bauern entschließen ihre Söhne hinzuschicken. Jede Kreisstadt sollte künftig ihren Winterkurs haben.«

Dieses von dem badischen Regierungsrat 1864 in genialer Anpassung an die bäuerliche Agrarverfassung entwickelte und in den Winterschulen Karlsruhe und Heidelberg zuerst verwirklichte Erziehungsprogramm hat sich alle fortgeschrittenen Agrarländer der Erde erobert, soweit in ihnen der Wechsel von Sommer und Winter die Landwirtschaft zu einem Saisongewerbe macht. Leider gibt es im östlichen Preußen noch Kreise, in denen Winterschulen nicht bestehen. Die Ausfüllung dieser Lücken muß neben der Weiterentwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen unsere nächste Aufgabe auf diesem Gebiet sein.

× **Rheinisches Industriegebiet** In seinem Buch **Die Landwirtschaft unter Einfluß von Bergbau und Industrie im rheinischen Ruhrkohlengebiet** /Leipzig, Veit/ schildert Dr. W. Avereck recht sachgemäß die landwirtschaftlichen Verhältnisse in den hochindustriellen Kreisen Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Essen und Dinslaken. Die Lage der größeren Landwirte, die ihren Besitz gekauft oder im Erbgang gegen Auszahlung der Geschwister übernommen haben, ist in diesem Bezirk nicht günstig, weil unter dem Einfluß der Industrie die Bodenpreise und die Arbeitslöhne sehr hoch sind. Nach den von Avereck angestellten Rentabilitätsberechnungen verzinst sich das in größeren bäuerlichen Betrieben angelegte Kapital nur mit 2% und darunter. Zum Teil ist das nach dem Verfasser Schuld der Landwirte, weil sie den rentablen Kartoffel- und Gemüseanbau zu sehr vernachlässigen. Infolgedessen geht die Entwicklungstendenz in dem zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehörigen Teil des Ruhrkohlengebiets dahin, daß die Durchschnittsgröße der bäuerlichen Betriebe abnimmt, und die kleinsten, meist

von Industrie- und Bergarbeitern im Nebenberuf bewirtschafteten Betriebe stark zunehmen. Besonders in den Kreisen mit altem Bergbau, wie Mülheim und Essen, besitzen zahlreiche Bergarbeiter ein Häuschen mit einigen Morgen Land, auf denen sie sehr zu ihrem Vorteil Kartoffel bauen und Schweine und eine Ziege halten. Avereck beurteilt diese Entwicklungstendenz recht günstig: »Vom volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Standpunkt aus kann man es nur begrüßen, wenn hier der bäuerliche Besitz noch mehr parzelliert wird als bisher. Die intensivste Bodenkultur ist nur im Kleinbetrieb möglich, und die Pflege von Spezialkulturen, deren Produkte hier stets eine gute Absatzmöglichkeit finden, würde sicher bedeutend höhere Erträge bringen als es bei dem durch die größeren Besitzer bevorzugten Getreidebau der Fall ist.« Schon 1907 waren da 47 051 Erwerbstätige, meist Industrie- und Bergarbeiter, im Nebenberuf Landwirte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Zwitter zwischen Industrie und Landwirtschaft hätte Avereck noch ausgiebiger schildern sollen.

× **Kurze Chronik** Die innere Kolonisation wurde in den letzten Wochen viel auf Kongressen erörtert. Auf der Tagung der Alldeutschen zu Stuttgart am 19. April referierte über sie Freiherr von Wangenheim und auf dem 19. kirchlichsozialen Kongress, der am 23. April in Wiesbaden tagte, Professor Dr. Dade. Am folgenden Tag fand in Berlin eine Konferenz über diesen Gegenstand statt, die von der Gesellschaft zur Förderung der innern Kolonisation einberufen worden war. Professor Sering übte am Fideikommissgesetzentwurf eine ziemlich scharfe Kritik. Der Präsident des Oberlandeskulturrats Metz besprach die von der fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei im Abgeordnetenhaus zur Förderung der Ansiedlung gestellten Anträge, wobei er die Beibehaltung der Generalkommissionen oder ihre Ersetzung durch provinzielle Grundregelungsbehörden empfahl. Der Direktor der Ostpreussischen Landgesellschaft Freiherr von Gayl sprach über die Belastung der Besiedlungsunternehmen durch öffentlichrechtliche Leistungen, besonders für die Schulen, und empfahl die Schullasten zwischen dem Ansiedlungsunternehmer und dem Staat gleichmäßig zu teilen.